

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

**Die Bedeutung der Einbürgerung für Ausländer und Kommunen
unter besonderer Berücksichtigung
der Stuttgarter Einbürgerungskampagne**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst - Public Management

vorgelegt von

Dorothee Kapitza

Studienjahr 2012/2013

Erstgutachterin: Prof. Dr. A. Zimmermann-Kreher
Zweitgutachterin: A. Özbabacan

Vorwort

An dieser Stelle möchte ich meinen Gutachterinnen Frau Professor Dr. Anette Zimmermann-Kreher von der Hochschule Ludwigsburg und Frau Ayşe Özbabacan von der Abteilung Integration der Landeshauptstadt Stuttgart für ihre Unterstützung herzlich danken.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Andreas Deuschle für die Bereitstellung der Unterlagen über die Stuttgarter Einbürgerungskampagne sowie für das Ausfüllen des Informationsbogens.

Ebenso danke ich Frau Tülin Akkoç von der Türkischen Gemeinde Hamburg und Umgebung e.V. für ihre Hilfsbereitschaft und das Interview über das Hamburger Einbürgerungsprojekt.

Stuttgart, im September 2012

Dorothee Kapitza

Hinweis:

Aus Gründen der Lesbarkeit verwende ich in dieser Bachelorarbeit ausschließlich die männliche Bezeichnung. Die Aussagen beziehen sich selbstverständlich immer auf beide Geschlechter.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	II
Abkürzungsverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis.....	VI
Verzeichnis der Anlagen	VII
1 Einleitung	1
2 Begriffserläuterungen	3
3 Grundlagen der Einbürgerung	5
3.1 Staatsangehörigkeitsrecht.....	6
3.2 Anspruchseinbürgerung nach § 10 Abs. 1 StAG.....	8
3.3 Ermessenseinbürgerung nach § 8 StAG.....	11
3.4 Einbürgerung von Ehegatten und Lebenspartnern deutscher Staatsangehöriger nach § 9 StAG	12
3.5 Zahlenmäßige Entwicklung der Einbürgerungen in Deutschland.	13
4 Die Einbürgerung aus Sicht der Ausländer	16
4.1 Motive für eine Einbürgerung	16
4.1.1 Rechtliche Gleichstellung	17
4.1.2 Politische Gleichstellung.....	19
4.1.3 Unionsbürgerschaft.....	19
4.2 Hinderungsgründe für eine Einbürgerung	21
4.2.1 Nicht ausreichende Deutschkenntnisse.....	21
4.2.2 Unkenntnis der Rechts- und Gesellschaftsordnung.....	23
4.2.3 Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit	25

5 Die Einbürgerung aus kommunaler Sicht am Beispiel der Städte Stuttgart und Hamburg	28
5.1 Stuttgarter Bündnis für Integration	29
5.2 Die Stuttgarter Einbürgerungskampagne	30
5.2.1 Ziel der Einbürgerungskampagne	31
5.2.2 Ablauf der Einbürgerungskampagne	31
5.2.3 Wirkung der Einbürgerungskampagne	33
5.3 Das Hamburger Einbürgerungsprojekt	35
6 Die Einbürgerung als Instrument der Integration	37
6.1 Rechtliche Integration	38
6.2 Gesellschaftliche Integration	38
6.3 Hinnahme der Mehrstaatigkeit als integrationshemmender Faktor	39
6.3.1 Nachteile der Mehrstaatigkeit	41
6.3.2 Vorteile der Mehrstaatigkeit	42
6.3.3 Die niederländische Erfahrung mit der Tolerierung der Mehrstaatigkeit	44
6.3.4 Die teilweise Einführung des „ius soli“-Prinzips in Deutschland	46
6.4 Ausblick	49
7 Zusammenfassung	50
Anlagen	VIII
Literaturverzeichnis	XLVIII
Erklärung	LIII

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Art.	Artikel
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AuslG	Ausländergesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
EinbTestV	Einbürgerungstestverordnung
EU	Europäische Union
GER	Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen (bezüglich des Niveaus der Sprachkenntnisse)
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
i.V.m.	in Verbindung mit
juris	Online-Rechtsportal
RuStAG	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz
SGB II	Zweites Buch Sozialgesetzbuch
SGB XII	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
StAngRegG	Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit
StAR-VwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht
TGH	Türkische Gemeinde Hamburg und Umgebung e.V.
VAH-StAG	Vorläufige Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern zum Staatsangehörigkeitsgesetz
VGH	Verwaltungsgerichtshof

Abbildungsverzeichnis

	Seite
Abbildung 1: Einbürgerungen in Deutschland 1993 bis 2011	13
Abbildung 2: Einbürgerungsquoten in Europa 2006	14
Abbildung 3: Einbürgerungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit	15
Abbildung 4: Einbürgerungen und Hinnahme von Mehrstaatigkeit 2005 bis 2010	26
Abbildung 5: Einwohnerzahlen Stuttgart 2009 bis 2012	29
Abbildung 6: Einbürgerungen in Stuttgart 1998 bis 2011	33
Abbildung 7: Einbürgerungsanträge in Stuttgart 1998 bis 2011	34
Abbildung 8: Einbürgerungsraten der Türken in den Niederlanden 1990 bis 2001	45

Verzeichnis der Anlagen

	Seite
Anlage 1: „Pass“ der Landeshauptstadt Stuttgart	VIII
Anlage 2: Informationsbogen zur Einbürgerungskampagne der Stadt Stuttgart	XII
Anlage 3: Informationsschreiben des Oberbürgermeisters	XIX
Anlage 4: Plakat „Wir sind schon dabei!“	XXIII
Anlage 5: Stuttgarter Zeitung „Viel Lob für die Einwanderungsstadt“ vom 05.10.2011	XXIV
Anlage 6: Flyer der Hamburger Einbürgerungskampagne und des Hamburger Einbürgerungsprojekts	XXV
Anlage 7: Interviewprotokoll zum Hamburger Einbürgerungsprojekt	XXXIV
Anlage 8: Internetquelle Auswärtiges Amt, Visumerleichterungen	XLII
Anlage 9: Internetquelle Auswärtiges Amt, Länderinformationen	XLIII
Anlage 10: Vorläufige Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern zum Staatsangehörigkeitsgesetz (VAH-StAG), Stand 17.04.2009	auf CD

1 Einleitung

Mit Erhalt der Einbürgerungsurkunde werden Ausländer zu deutschen Staatsangehörigen und somit zu gleichberechtigten Bürgern der Bundesrepublik. Was für die Behörde lediglich einen Verwaltungsakt darstellt, ist für den neuen Staatsbürger ein bedeutender Schritt in seinem Leben. Durch die deutsche Staatsangehörigkeit erhält er zusätzliche Rechte und Pflichten.

„PASS auf, lass Dich einbürgern!“ - mit diesem Slogan wirbt die Landeshauptstadt Stuttgart seit März 2009 für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Angesichts der rückläufigen Einbürgerungszahlen in ganz Deutschland ergreifen immer mehr Kommunen die Initiative und informieren über die Vorteile einer Einbürgerung. Doch warum nimmt die Einbürgerungsbereitschaft ab?

Das Einbürgerungspotential der Ausländer in Deutschland ist groß: Zum Ende des Jahres 2010 lebten knapp fünf Millionen Ausländer seit mehr als acht Jahren im Bundesgebiet. Damit erfüllte knapp drei Viertel der Ausländer die zeitliche Voraussetzung für eine Einbürgerung.¹ Dennoch lag die Zahl der Einbürgerungen zu diesem Zeitpunkt lediglich bei ca. 100.000.² Was hält also den Großteil der potenziellen Einbürgerungsbewerber davon ab, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen?

Diese Bachelorarbeit beschäftigt sich mit der Frage, welche Bedeutung die Einbürgerung sowohl für Ausländer als auch für Kommunen besitzt. Um einen Anspruch auf Einbürgerung zu erhalten müssen mehrere Kriterien erfüllt werden. Nachdem zunächst die Grundlagen der Einbürgerung erläutert werden, erfolgt im nächsten Kapitel die

¹ Migrationsbericht 2010, S. 181.

² Siehe Abbildung 1: Einbürgerungen in Deutschland 1993 bis 2011.

Untersuchung der Bedeutung einzelner Tatbestandsvoraussetzungen aus Sicht der Ausländer. Welche Gründe sprechen für die Einbürgerung, und welche dagegen?

Im Anschluss werden die kommunalen Projekte der Landeshauptstadt Stuttgart sowie der Freien und Hansestadt Hamburg zur Förderung der Einbürgerung vorgestellt und bewertet. Unter besonderer Berücksichtigung der Stuttgarter Einbürgerungskampagne soll dargestellt werden, welchen Stellenwert die Einbürgerung in einer Kommune heutzutage einnimmt.

Seit mehreren Jahren ist die Integration von in Deutschland lebenden Ausländern und Migranten wieder im Gespräch. Abschließend wird daher die Einbürgerung als Instrument der Integration betrachtet. Welcher Zusammenhang besteht zwischen Integration und Einbürgerung? Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Diskussion um die Hinnahme von Mehrstaatigkeit. Während Mehrstaatigkeit früher strikt vermieden wurde, herrscht heutzutage eine größere Toleranz gegenüber mehreren Staatsangehörigkeiten.

Durch die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union (EU) ist die deutsche Staatsangehörigkeit für EU-Bürger tendenziell weniger attraktiv als für Menschen, die die Staatsangehörigkeit eines Staates besitzen, der kein Mitglied der EU ist (Drittstaater). Aus diesem Grund wird in dieser Arbeit die Einbürgerung speziell aus Sicht der Drittstaater untersucht.

2 Begriffserläuterungen

Die Staatsangehörigkeit ist das rechtliche Verhältnis eines Menschen zu einem Staat. Sie definiert das Staatsvolk, welches Rechte und Pflichten gegenüber seinem Staat hat. Laut Artikel 15 der Erklärung der allgemeinen Menschenrechte von 1948 hat jeder Mensch Anspruch auf eine Staatsangehörigkeit. Dabei gehört es zum nationalen Selbstbestimmungsrecht eines jeden Staates zu entscheiden, wer als Staatsbürger zugelassen wird oder nicht.³

Die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt einen besonderen, im Grundgesetz (GG) verankerten Schutz. Art. 16 Abs. 1 GG bewahrt jeden Deutschen vor dem Entzug seiner Staatsangehörigkeit. Ein Verlust ist nur aufgrund einer gesetzlichen Regelung möglich. Falls der Verlust gegen den Willen des Betroffenen geschieht, darf er dabei nicht staatenlos werden.

Dieser besondere Schutz resultiert aus der nationalsozialistischen Vergangenheit, in der eine überzogene Entzugspolitik herrschte. Eine solche Art von Zwangsausbürgerungen soll durch das Entzugsverbot verhindert und das Vertrauen in die Zugehörigkeit zur staatlichen Gemeinschaft stabilisiert werden.⁴

Nach § 2 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) ist Ausländer, wer nicht Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG ist. Dieser Artikel bestimmt: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt [...]“. Also fallen auch solche Menschen unter den Begriff des Ausländers, die zwar ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Wird in dieser Arbeit der Begriff des Ausländers verwendet, so sind damit nur die Ausländer gemeint, die ihren gewöhnlichen Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

³ Bauböck, S. 57.

⁴ Ziemke, S. 325f.

Die Definition der „Menschen mit Migrationshintergrund“⁵ wurde erstmals im Mikrozensus 2005 formuliert. Demnach zählen zu den Menschen mit Migrationshintergrund die Personen, die nicht in Deutschland geboren wurden und nach dem 31.12.1949 zugewandert sind, Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit oder Eingebürgerte sowie deutsche Staatsangehörige, wenn ein Elternteil dieser Person mindestens eine der vorangegangenen Bedingungen erfüllt.⁶ Im Folgenden sind unter diesem Begriff in der Regel Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit gemeint.

Mangels einer Legaldefinition herrscht über die Bedeutung des Begriffs der Integration in den verschiedenen Wissenschaften Uneinigkeit. Im Zusammenhang mit dieser Bachelorarbeit wird unter Integration die Eingliederung einer Minderheit in ein Mehrheitssystem verstanden. Ziel der Integration ist es, gleiche Teilhabechancen sowohl für die Minderheit, als auch für die Mehrheitsgesellschaft zu gewährleisten.⁷ Eine gelungene Integration setzt außerdem voraus, dass nicht nur die Minderheit Bereitschaft zur Annäherung zeigt, sondern auch, dass die Mehrheitsbevölkerung Akzeptanz und Respekt zeigt.⁸

Mehrstaatigkeit bedeutet, dass eine Person mehrere Staatsangehörigkeiten gleichzeitig besitzt. Beispielsweise kann ein Kind durch das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) zwei oder mehr Staatsangehörigkeiten erwerben, wenn die Mutter eine andere Staatsangehörigkeit besitzt als der Vater.

⁵ Abkürzung: Migranten.

⁶ Mikrozensus 2005, S. 6.

⁷ ZAR 2012, S. 85-93, 85f.

⁸ ZAR 2010, S. 59-64, 59.

Wenn ein Land seine Staatsangehörigkeit nach dem Territorialprinzip (ius soli) vergibt, kann ein Kind auch neben dem Erwerb der Staatsangehörigkeit(en) der Eltern die Staatsangehörigkeit des Geburtslandes erhalten und wird so zum Mehrstaater.⁹

3 Grundlagen der Einbürgerung

Das Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) zählt in § 3 mehrere Erwerbsgründe der deutschen Staatsangehörigkeit auf. Neben dem Staatsangehörigkeitserwerb durch Geburt ist die Einbürgerung der am häufigsten auftretende Erwerbsgrund für Ausländer. Sie ist ein Verwaltungsakt, der unmittelbar auf die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ausgerichtet ist.

Bei der Einbürgerung wird zwischen der Ermessenseinbürgerung (§ 8 StAG) und der Anspruchseinbürgerung (§ 10 Abs. 1 StAG) unterschieden. Daneben existieren noch die Einbürgerung von Ehegatten oder Lebenspartnern Deutscher (§ 9 StAG) sowie die Miteinbürgerung ausländischer Ehegatten und minderjähriger Kinder unter vereinfachten Bedingungen (§ 10 Abs. 2 StAG).

Die Mehrzahl der Einbürgerungen erfolgt gemäß § 10 Abs. 1 StAG,¹⁰ daher ist im Folgenden mit „Einbürgerung“ die Anspruchseinbürgerung gemeint.

Als Nächstes werden die Grundlagen des Staatsangehörigkeitsrechts sowie die einzelnen Einbürgerungsvoraussetzungen vorgestellt. Der Schwerpunkt dieser Arbeit soll jedoch auf der Anspruchseinbürgerung des § 10 Abs. 1 StAG liegen. Anschließend erfolgt die Betrachtung der zahlenmäßigen Entwicklung der Einbürgerungen in Deutschland im Kontext der rechtlichen Voraussetzungen.

⁹ Blechinger/Bülow, Teil 11 B-N, S. 6.

¹⁰ Münch, S. 199.

3.1 Staatsangehörigkeitsrecht

Bis zum 01.01.2005 waren die gesetzlichen Bestimmungen für die Einbürgerung in verschiedenen Gesetzen zu finden. Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22.07.1913 wurde mit Wirkung zum 01.01.2000 in das StAG umbenannt und reformiert. Kernpunkte waren die Ergänzung des Abstammungsprinzips um Elemente des Territorialprinzips sowie die Erweiterung des Katalogs der Einbürgerungsansprüche,¹¹ aber auch die Erleichterung der Einbürgerung durch die Herabsetzung der notwendigen rechtmäßigen Aufenthaltsdauer im Inland von bisher 15 Jahren auf acht Jahre.¹²

Neben dem RuStAG bzw. StAG enthielt auch das Ausländergesetz (AuslG), welches 1965 verabschiedet worden war, Regelungen zur deutschen Staatsangehörigkeit. Die §§ 85 - 91 AuslG enthielten die Rechtsgrundlage zur Einbürgerung junger Ausländer sowie zur erleichterten Einbürgerung von Ausländern mit langem Aufenthalt.

Durch das Zuwanderungsgesetz wurden zum 01.01.2005 die §§ 85 - 91 AuslG in das StAG überführt und weitere Rechtsnormen reformiert. Gleichzeitig trat das AuslG außer Kraft und wurde durch das AufenthG ersetzt, welches sich seitdem auf die Ein- und Ausreise sowie den Aufenthalt von Ausländern beschränkt.

Mit Wirkung ab dem 28.08.2007 erfolgten durch die Umsetzung des sogenannten Richtlinienumsetzungsgesetzes¹³ weitere bedeutende Änderungen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Die größte Bedeutung hatten die Forderung nach ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen, der Nachweis der Sicherung des Lebensunterhalts auch für jüngere Personen und die Einführung eines Einbürgerungstests. Zusätzlich wurde das Gegenseitigkeitsprinzip bei der Hinnahme von

¹¹ ZAR 2010, S. 293-302, 294.

¹² Hailbronner/Renner/Maaßen, S. 1332.

¹³ Art. 5 des Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19.08.2007.

Mehrstaatigkeit bei EU-Angehörigen und Bürgern der Schweiz aufgehoben.¹⁴ Das bedeutet, dass ab diesem Zeitpunkt die Mehrstaatigkeit bei Angehörigen der EU-Staaten sowie der Schweiz von deutscher Seite aus bedingungslos hingenommen wird.

Das StAG ist heute die wichtigste Gesetzesgrundlage für die Einbürgerung. Die letzte Änderung trat mit Wirkung vom 01.08.2012 durch Art. 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union vom 01.06.2012 in Kraft.

Gemäß Art. 73 Abs. 1 Nr. 2 GG besitzt der Bund die ausschließliche Gesetzgebung über die Staatsangehörigkeit, das StAG ist daher ein Bundesgesetz. Aufbauend auf die Vorläufigen Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern zum Staatsangehörigkeitsgesetz (VAH-StAG) haben die Innenministerien der Länder eigene Anwendungshinweise veröffentlicht. Die aktuelle Verwaltungsvorschrift des Bundes zum Staatsangehörigkeitsrecht (StAR-VwV) ist noch nicht an die neue Rechtslage angepasst, sie ist auf dem Stand des 13.12.2000. Aus diesem Grund wird in dieser Arbeit auf die aktuellere, aber nicht verbindliche VAH-StAG¹⁵ Bezug genommen.

Sachlich zuständig für die Einbürgerung sind die Bundesländer. Dies lässt sich aus Art. 83 GG ableiten. Demnach führen die Länder die Bundesgesetze aus, soweit das GG nichts anderes bestimmt oder zulässt.¹⁶

Gemäß § 17 i.V.m. § 27 nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (StAngRegG) richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach dem dauerhaften Aufenthalt des Einbürgerungsbewerbers. Das StAngRegG wurde allerdings zum 15.12.2010 außer Kraft gesetzt. Seitdem wird die örtliche Zuständigkeit nach den

¹⁴ ZAR 2010, S. 293-302, 294.

¹⁵ In der Fassung vom 17.04.2009.

¹⁶ Blechinger/Bülow, Teil 5, S. 1f.

Verwaltungsverfahrensgesetzen der Bundesländer festgelegt. Üblicherweise ist diejenige Behörde zuständig, in deren Einflussbereich der Antragsteller seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.¹⁷

3.2 Anspruchseinbürgerung nach § 10 Abs. 1 StAG

Wer sämtliche Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 StAG erfüllt, hat einen Anspruch auf Einbürgerung, sofern kein Ausschlussgrund nach § 11 StAG vorliegt.¹⁸ Jedoch wird die deutsche Staatsangehörigkeit nicht automatisch bei Vorliegen der Voraussetzungen verliehen, sondern der Einbürgerungsbewerber muss zunächst einen Antrag stellen.¹⁹ Nach § 37 Abs. 1 StAG i.V.m. § 80 Abs. 1 AufenthG kann ein Ausländer einen selbständigen Antrag stellen, wenn er das 16. Lebensjahr vollendet hat.

Der erste Schritt der Antragsprüfung ist nicht im Gesetz vorgeschrieben, sondern resultiert aus einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 01.09.2011. Demnach genügt es nicht, dass die Ausländerbehörde im Rahmen des Aufenthaltsverfahrens die Identität bereits geklärt hat, sondern die Einbürgerungsbehörde muss durch eine erneute Prüfung sicherstellen, dass die angegebene Identität der Wahrheit entspricht und die Ausländerbehörde nicht getäuscht wurde. So soll verhindert werden, dass die deutsche Staatsangehörigkeit unrechtmäßig erworben wird. Außerdem können die angegebenen Daten die Basis für alle weiteren behördlichen Ermittlungen bezüglich der Namensführung oder beispielsweise der Straffälligkeit bilden. Daher ist die Klärung der Identität eine notwendige Voraussetzung zur Einbürgerung.²⁰

Eine weitere Grundvoraussetzung ist ein rechtmäßiger und gewöhnlicher Aufenthalt im Inland von mindestens acht Jahren (§ 10 Abs. 1 Satz 1 StAG). Bei Vorliegen der Voraussetzungen des

¹⁷ Blechinger/Bülow, Teil 5, S. 2f.

¹⁸ Hailbronner/Renner/Maaßen, S. 510.

¹⁹ Hailbronner/Renner/Maaßen, S. 512.

²⁰ Urteil BVerwG vom 01.09.2011, Az.: 5 C 27/10, juris.

§ 10 Abs. 3 StAG (besondere Integrationsleistungen) kann diese Frist auch auf sieben bzw. sechs Jahre verkürzt werden. Diese Möglichkeit der Fristverkürzung soll einen Anreiz für aktive Integrationsbemühungen bieten.²¹

Darüber hinaus wird ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch eine sogenannte „Loyalitätserklärung“ verlangt (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 StAG). Zu welchem Zeitpunkt die Abgabe der Loyalitätserklärung verlangt wird, ist den Einbürgerungsbehörden freigestellt, der genaue Wortlaut ist jedoch unter Ziffer 10.1.1.1 VAH-StAG vorgegeben.²²

Trotz der Erfüllung des erforderlichen rechtmäßigen Aufenthalts sind nicht alle Aufenthaltserlaubnisse ausreichend, um einen Einbürgerungsanspruch zu begründen. Hierzu zählen solche Erlaubnisse, die für einen nicht auf Dauer angelegten Aufenthalt verliehen werden (z.B. Studium, Ausbildung, Forschung). Auch Personen mit Aufenthaltserlaubnissen aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen sind vom Einbürgerungsanspruch nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 StAG ausgeschlossen.

Grundsätzlich muss die Sicherung des Lebensunterhalts des Einbürgerungsbewerbers und seiner unterhaltsberechtigten Familienangehörigen gesichert sein (§ 10 Abs. 1 Nr. 3 StAG). Das bedeutet, dass die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch²³ (SGB II) oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch²⁴ (SGB XII) den Anspruch auf eine Einbürgerung ausschließt. Mit Urteil vom 16.08.2005 legte das Verwaltungsgericht Berlin fest, dass allein schon der theoretische Anspruch auf diese Leistungen einbürgerungsschädlich sei.²⁵

²¹ Heilbronner/Renner/Maaßen, S. 516.

²² Hofmann/Hoffmann, S. 2048f.

²³ Grundsicherung für Arbeitssuchende

²⁴ Sozialhilfe

²⁵ Urteil VG Berlin vom 16.08.2005, Az.: 2 A 99.04, juris.

Allerdings geht die herrschende Meinung mittlerweile davon aus, dass lediglich die Inanspruchnahme der Leistungen ausschlaggebend ist.²⁶ Auch die VAH-StAG fordert nur die Prüfung, ob tatsächlich Leistungen in Anspruch genommen werden (Ziffer 10.1.1.3). Ein Leistungsbezug ist dann einbürgerungsunschädlich, wenn der Einbürgerungsbewerber diesen nicht zu vertreten hat. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn er aus gesundheitlichen oder betriebsbedingten Gründen gekündigt wurde und er sich anschließend hinreichend intensiv um eine neue Beschäftigung bemüht hat.²⁷ Bis zur Reform im Jahr 2007 waren Jugendliche bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres von der Pflicht zur Sicherung des Lebensunterhalts befreit bzw. sie hatten den Leistungsbezug nicht zu vertreten. Heute gilt diese Ausnahmeregelung ausschließlich für Schüler, Auszubildende und Studenten (Ziffer 10.1.1.3 VAH-StAG).

Um die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten muss der Ausländer prinzipiell seine bisherige Staatsangehörigkeit automatisch verlieren oder aufgeben (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 StAG). Damit der Einbürgerungsbewerber sich in seinem Heimatstaat gegebenenfalls ausbürgern kann und als Nachweis, dass er nicht staatenlos wird, stellt die Behörde eine Einbürgerungszusicherung aus. Diese sagt die Einbürgerung zu einem späteren Zeitpunkt verbindlich zu, falls dann weiterhin alle notwendigen Voraussetzungen vorliegen.²⁸

Bei Erfüllung der Voraussetzungen des § 12 StAG ist es aber auch möglich, unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit eingebürgert zu werden. Die weitere Problematik der Mehrstaatigkeit mit Blick auf die Integration der Migranten ist unter Punkt 6.3ff. erläutert.

Zusätzlich dürfen keine Verurteilungen oder Maßregelungen der Besserung und Sicherung vorliegen (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 StAG). Soweit eine Tat auch im Inland strafbar wäre, werden Verurteilungen im Ausland

²⁶ Heilbronner/Renner/Maaßen, S. 524, Hofmann/Hoffmann, S. 2053.

²⁷ Hofmann/Hoffmann, S. 2055.

²⁸ Hofmann/Hoffmann, S. 2056.

ebenfalls berücksichtigt. Wie bei Straffälligkeit des Einbürgerungsbewerbers zu entscheiden ist, regelt § 12 a StAG. So werden zum Beispiel Jugendverfehlungen, strafrechtliche Verurteilungen zu Geldstrafen bis zu 90 Tagessätzen und Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten auf Bewährung als integrationsunschädlich angesehen.²⁹ Eine Einbürgerung kann dann trotzdem erfolgen.

Abschließend werden noch ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache auf B1 Niveau des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER) sowie Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung vorausgesetzt (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 StAG). An dieser Stelle wird auf die Punkte 4.2.1 (Nicht ausreichende Deutschkenntnisse) und 4.2.2 (Unkenntnis der Rechts- und Gesellschaftsordnung) verwiesen, die sich eingehender mit diesen Voraussetzungen beschäftigen.

Für die Miteinbürgerung von Ehegatten und Kindern gelten gemäß § 10 Abs. 2 StAG abgesehen von den erforderlichen Aufenthaltszeiten dieselben Voraussetzungen wie die des Absatzes 1. Allerdings ist zu unterscheiden, dass es sich bei einer solchen Miteinbürgerung nicht um eine Anspruchseinbürgerung handelt, sondern um eine Ermessenseinbürgerung.³⁰

3.3 Ermessenseinbürgerung nach § 8 StAG

Erfüllt ein Einbürgerungsbewerber nicht die in § 10 Abs. 1 StAG geforderten Tatbestände, kommt für ihn die Ermessenseinbürgerung gemäß § 8 StAG in Betracht.

Das Ermessen der Behörde ist allerdings eingeschränkt, wenn ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht. Dieses wird unterstellt, soweit der Antragsteller alle Tatbestandsvoraussetzung des

²⁹ Heilbronner/Renner/Maaßen, S. 594f.

³⁰ Heilbronner/Renner/Maaßen, S. 545.

§ 8 StAG sowie die allgemeinen Einbürgerungsvoraussetzungen bzw. Ausnahmen des Absatzes 2 erfüllt.³¹ In § 8 Abs. 1 StAG wird gefordert, dass der handlungsfähige Ausländer seinen rechtmäßigen Aufenthalt im Inland hat und dass er straffrei ist. Ferner muss er eine räumliche Unterkunft besitzen und seinen Lebensunterhalt sichern können. Allein der theoretische Anspruch auf Hilfeleistungen nach SGB II oder SGB XII ist bei dieser Anspruchsgrundlage einbürgerungsschädlich, soweit keine Ausnahme nach Maßgabe des Absatzes 2 gegeben ist.³² Die allgemeinen Einbürgerungsvoraussetzungen entsprechen jenen des § 10 Abs. 1 StAG, allerdings sind hier nach den VAH-StAG größere Ausnahmen möglich. Zum Beispiel kann nach Ziffer 8.1.3.5 VAH-StAG ein ausländischer Sportler, der in der Nationalmannschaft eingesetzt werden soll, bereits mit einem Inlandsaufenthalt von drei Jahren eingebürgert werden.

3.4 Einbürgerung von Ehegatten und Lebenspartnern deutscher Staatsangehöriger nach § 9 StAG

Der Zweck der Einbürgerung nach § 9 StAG ist entsprechend Ziffer 9.0 VAH-StAG die Herstellung einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit in der Ehe bzw. Lebenspartnerschaft. Zum Zeitpunkt der Einbürgerung muss daher nicht nur eine gültige Ehe oder Lebenspartnerschaft vorliegen, sondern der Ehegatte oder Lebenspartner muss auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Neben den Voraussetzungen des § 8 StAG muss die bisherige Staatsangehörigkeit aufgegeben und die Einordnung in deutsche Lebensverhältnisse gewährleistet sein. Dies wird angenommen, wenn der Antragsteller mindestens einen rechtmäßigen und gewöhnlichen Inlandsaufenthalt von drei Jahren nachweisen kann und die Ehe oder Lebenspartnerschaft seit mindestens zwei Jahren besteht.³³ Die Ausnahmen des § 12 StAG zur Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit finden ebenfalls Anwendung.

³¹ Hofmann/Hoffmann, S. 2014.

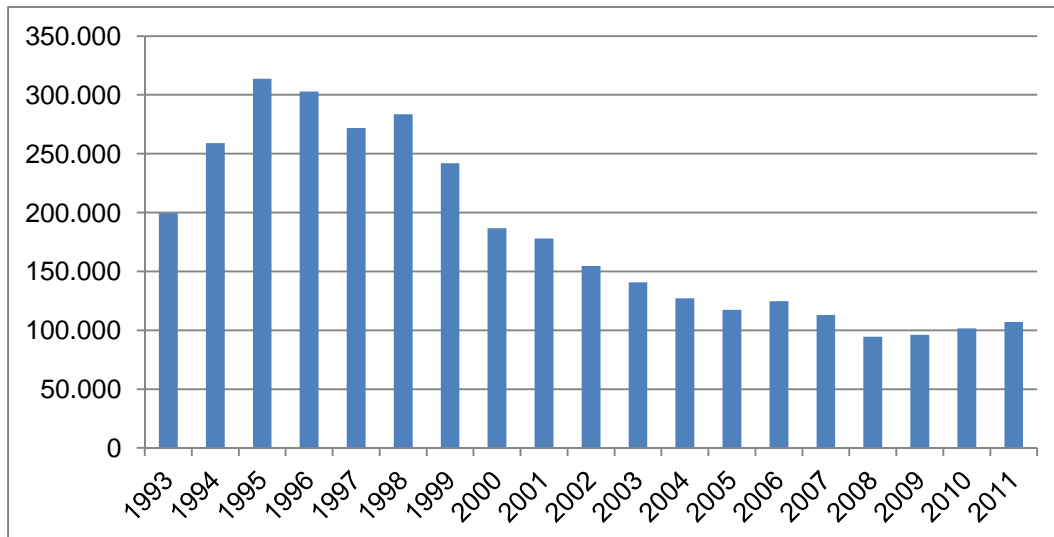
³² Hofmann/Hoffmann, S. 2019.

³³ Heilbronner/Renner/Maaßen, S. 490ff.

3.5 Zahlenmäßige Entwicklung der Einbürgerungen in Deutschland

Seit Ende des 20. Jahrhunderts nehmen die Einbürgerungen in Deutschland stetig ab, was an folgendem Schaubild zu erkennen ist:

Abbildung 1: Einbürgerungen in Deutschland 1993 bis 2011

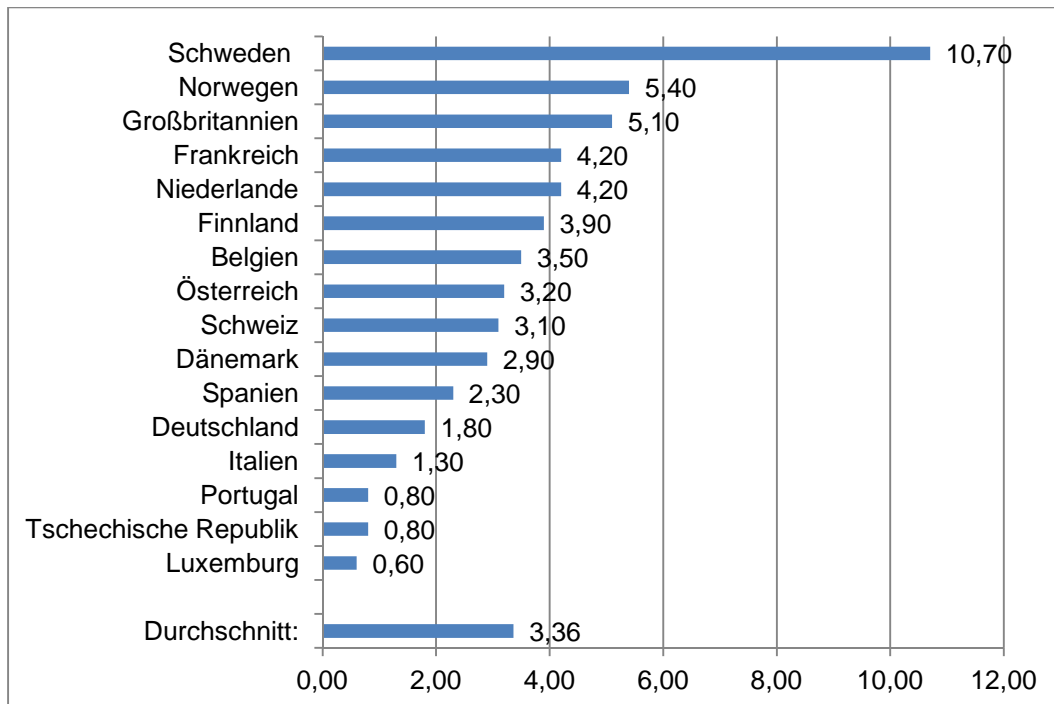


Quelle: Statistisches Bundesamt (eigene Darstellung)

Erhielten im Jahr 1995 noch über 300.000 Ausländer den deutschen Pass, waren es im Jahr 2011 nicht einmal mehr die Hälfte, sondern lediglich knapp 107.000 Personen.

Auch im europäischen Vergleich weist Deutschland zumindest im Jahr 2006 eine niedrige Einbürgerungsquote auf:

Abbildung 2: Einbürgerungsquoten in Europa 2006

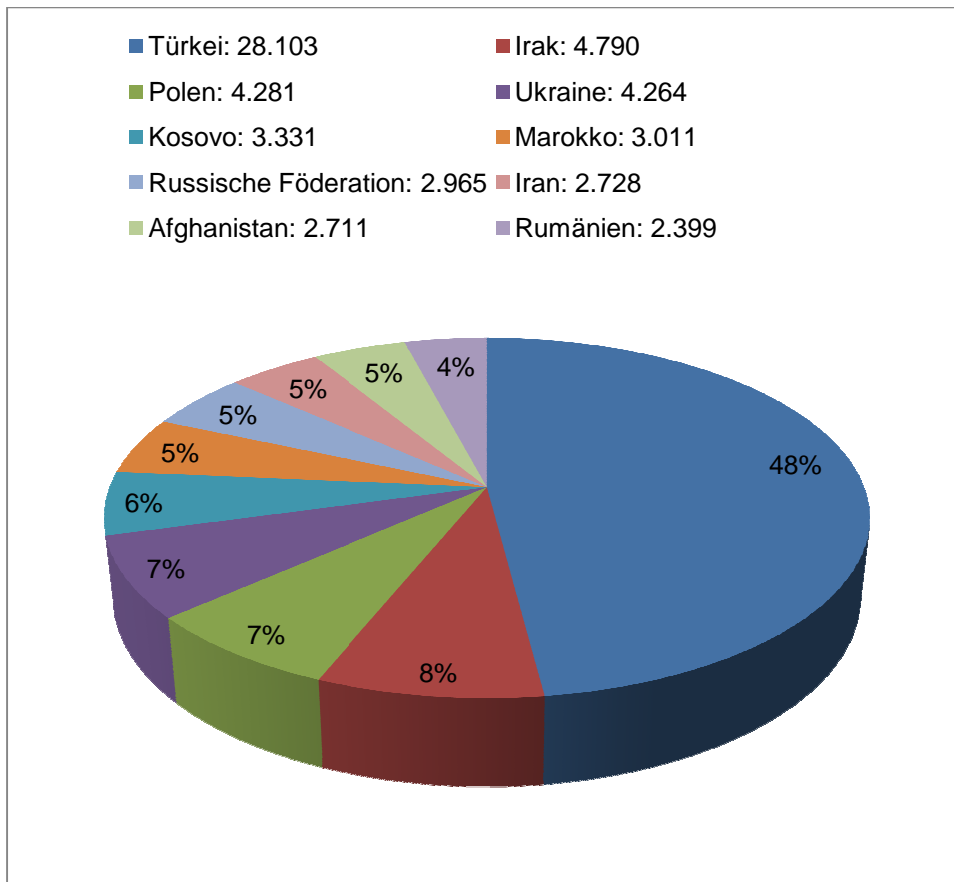


Quelle: Statistisches Bundesamt (eigene Darstellung)

Deutschland befand sich im Jahr 2006 mit einer Einbürgerungsquote von 1,8 % im unteren Drittel der ausgewählten europäischen Länder und unter dem Durchschnitt von 3,36 %. Während in Schweden mehr als jeder zehnte Ausländer eingebürgert wurde, erhielt in Deutschland 2006 nicht einmal jeder 50. Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit.

Aufschlussreich ist die Betrachtung der bisherigen Staatsangehörigkeiten der neuen Staatsbürger:

Abbildung 3: Einbürgerungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit 2011



Quelle: Statistisches Bundesamt (eigene Darstellung)

Auffallend ist, dass beinahe die Hälfte der im Jahr 2011 Eingebürgerten zuvor die türkische Staatsangehörigkeit besaß. Somit beeinflusst das Einbürgerungsverhalten der in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen die Einbürgerungszahlen sehr. Das Einbürgerungsverhalten wiederum wird beeinflusst durch den Informationsstand sowie die rechtlichen Voraussetzungen. Durch die letzten beiden großen Reformen in den Jahren 2005 und 2007 wurden die Anforderungen an die Einbürgerungsbewerber verschärft. Ob dies der Grund für den Rückgang der Einbürgerungen ist, wird unter anderem im folgenden Kapitel behandelt.

4 Die Einbürgerung aus Sicht der Ausländer

Als von Geburt an deutscher Staatsangehöriger macht man sich eher weniger Gedanken über die Vorteile des deutschen Passes. Als in Deutschland lebender Ausländer dafür umso mehr. Ob die Vorteile der Einbürgerung die Hinderungsgründe überwiegen, muss jeder Ausländer für sich selbst entscheiden. Dazu gehört jedoch, dass er sich mit dem Thema auseinander setzt und alle notwendigen Informationen zum Staatsangehörigkeitswechsel erhält.

Angesichts der rückläufigen Einbürgerungszahlen stellt sich die Frage, ob es die rechtlichen Voraussetzungen sind, die die potenziellen Einbürgerungskandidaten von dem Schritt der Einbürgerung abhalten, oder ob Anreize fehlen. Welche Gründe im Wesentlichen für oder gegen eine Einbürgerung sprechen und welche Bedeutung sie für den Einbürgerungsbewerber haben, soll in den folgenden Punkten dieses Kapitels dargestellt werden.

4.1 Motive für eine Einbürgerung

Es gibt vielerlei Gründe für in Deutschland lebende Ausländer, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Eine Untersuchung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Jahr 2011 ergab, dass der Wunsch nach rechtlicher Gleichstellung sowie die emotionale Verbundenheit mit Deutschland die Entscheidung für eine Einbürgerung am stärksten beeinflussten.³⁴ Daher werden im Folgenden die Vorteile der rechtlichen sowie der politischen Gleichstellung und die Vorteile der Unionsbürgerschaft näher untersucht.

³⁴ BAMF-Einbürgerungsstudie 2011, S. 237.

4.1.1 Rechtliche Gleichstellung

Soweit keine Ausnahmeregelung greift, benötigen Ausländer für die Einreise und den Aufenthalt im Bundesgebiet einen Aufenthaltstitel (vgl. § 4 Abs. 1 S. 1 AufenthG). Durch die Einbürgerung entfällt diese Pflicht. Je nach Einzelfall ergeben sich daraus erhebliche Erleichterungen: Es entfallen zeitaufwändige und manchmal auch kostenintensive Besuche auf dem ausländischen Konsulat oder der Botschaft um den ausländischen Pass zu verlängern;³⁵ außerdem erübrigt sich der Gang zur Ausländerbehörde.

Mit Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wird der Eingebürgerte gleichzeitig - wie jeder Deutsche - Träger staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten (vgl. Art. 33 Abs. 1 GG). Zusätzlich zu den Menschenrechten, die jedem unabhängig der Staatsangehörigkeit zustehen, kann sich ein Deutscher auch auf die im Grundgesetz verankerten sogenannten Deutschenrechte berufen.³⁶

Zu diesen Deutschenrechten gehört unter anderem die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), das Recht auf Freizügigkeit (Art. 11 GG) und das Auslieferungsverbot (Art. 16 Abs. 2 GG). Die Menschenrechte gelten sowohl für Deutsche als auch für Nichtdeutsche. An erster Stelle steht das Recht auf Achtung der Menschenwürde (Art. 1 GG). Zu den weiteren Menschenrechten gehört beispielsweise das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und das Recht auf Leben (Art. 2 Abs. 1 und 2 GG).

Im Gegensatz zu deutschen Staatsangehörigen sind Ausländer zusätzlich dem Aufenthaltsgesetz unterstellt. Dadurch können bestimmte Rechte eingeschränkt werden. So kann die politische Betätigung gemäß § 47 AufenthG eingeschränkt oder untersagt werden, wenn es die öffentliche Sicherheit und Ordnung gebietet. Selbst die allgemeinen Menschenrechte, nämlich das Recht auf körperliche Unversehrtheit sowie

³⁵ Prümm, S. 113.

³⁶ Prümm, S. 58.

das Recht auf Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 und 2 GG) können durch § 106 AufenthG eingeschränkt werden.

Obwohl Ausländer mit einem gültigen Aufenthaltstitel und der entsprechenden Genehmigung problemlos einer Tätigkeit in Deutschland nachgehen können, besitzen sie nicht uneingeschränkt freien Zugang zu allen Berufen. Gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 1 Beamtenstatusgesetz darf zum Beispiel nur derjenige in ein Beamtenverhältnis berufen werden, der Deutscher im Sinne des Art. 116 GG ist oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der EU oder eines Drittstaates besitzt, welcher ein entsprechendes Abkommen mit Deutschland hat. Allerdings kann die Zulassung für das Beamtenverhältnis auch insoweit allein auf Deutsche beschränkt werden, als dass es die Aufgabe erfordert.

Subjektiv betrachtet fühlen sich Migranten mit einem deutschen Pass besser behandelt als mit einem ausländischen Pass. Dies gilt nicht nur im Berufsleben, sondern auch im täglichen Leben.³⁷

Allgemein betrachtet eignet sich die Einbürgerung nicht dazu, den Migranten gleichberechtigten Schutz in den Sozialsystemen zu garantieren. Je nach Aufenthaltsstatus besitzt ein Nichtdeutscher dieselben Ansprüche wie ein Deutscher.³⁸ Der Bezug von Leistungen, beispielsweise Sozialhilfe nach SGB XII, kann sich im Einzelfall aber negativ auf den Aufenthaltstitel auswirken. Sogar eine Ermessensausweisung nach § 55 Abs. 2 Nr. 6 AufenthG ist möglich.

Auch wenn der Aufenthalt bei Sozialhilfebezug in den meisten Fällen nicht gefährdet ist, gibt es ein Gefühl der Sicherheit, wenn man durch die deutsche Staatsangehörigkeit trotz Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen einen dauerhaft gesicherten Aufenthalt in Deutschland besitzt.

³⁷ Prümm, S. 204ff., Däuble, S. 200.

³⁸ Prümm, S. 60.

4.1.2 Politische Gleichstellung

Das Wahlrecht ist fester Bestandteil jeder Demokratie. Durch Wahlen bestimmen die Bürger ihre Regierung, und damit die Richtung der Politik. Lebt ein großer Teil der Bevölkerung lange Zeit in Deutschland ohne gleichzeitig auch Mitbestimmungsrechte zu besitzen, wirkt sich das negativ auf die Demokratie aus. Die Interessen dieser Menschen finden wenig oder keine Beachtung, denn die Politik richtet ihre Aktionen am wahlberechtigten Teil der Bevölkerung aus, um bei der nächsten Wahl (wieder) Regierungsmacht zu erhalten.³⁹ Durch die Diskrepanz zwischen der dauerhaften Wohnbevölkerung und dem Wahlvolk entsteht nicht nur ein Legitimationsproblem, sondern auch ein Demokratiedefizit.⁴⁰

EU-Ausländer haben durch Art. 28 Abs. 1 Satz 3 GG schon das aktive und passive Wahlrecht auf der Kommunalebene erhalten. Angehörige von Drittstaaten können sich nach den Vorgaben des Versammlungsgesetzes oder des Vereinsgesetzes politisch engagieren. Im Gegensatz zu den Mitwirkungsrechten deutscher Staatsbürger sind aber die Mitwirkungsrechte der Ausländer nicht verfassungsrechtlich gewährleistet und gefestigt.⁴¹ Ein Wahlrecht besitzen sie nicht. Vor allem Migranten, die schon viele Jahre oder sogar seit der Geburt ihren Lebensschwerpunkt in Deutschland haben und nicht beabsichtigen, in das Land ihrer Staatsangehörigkeit zurückzukehren, sollten ihre Zukunft durch Wahlen mitbestimmen können.

4.1.3 Unionsbürgerschaft

Durch die Einbürgerung erwirbt der Ausländer nicht nur die deutsche Staatsangehörigkeit, sondern auch die Unionsbürgerschaft. Denn Art. 20 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) bestimmt: „Es wird eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzu,

³⁹ Hagedorn, S. 26.

⁴⁰ Angenendt, S. 41, Thränhardt, S. 7.

⁴¹ ZAR 2008, S. 96-102, 100.

ersetzt sie aber nicht.“ Die Rechtstellung eines Unionsbürgers kann also ausschließlich über die nationale Staatsangehörigkeit erlangt werden und nicht umgekehrt.⁴² Gleichzeitig spielt es keine Rolle, ob die Unionsbürgerschaft erlangt werden will oder nicht - die Unionsbürgerschaft ist fest an die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates gebunden.⁴³ Die aus der Unionsbürgerschaft resultierenden Rechte werden in Art. 20 Abs. 2 AEUV definiert. Demnach können sich Unionsbürger auf das Recht der Freizügigkeit (Art. 21 AEUV), das Wahlrecht bei Kommunalwahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament (Art. 22 AEUV), das Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz (Art. 23 AEUV), sowie auf das Petitionsrecht (Art. 24 AEUV) berufen. Eine Erweiterung dieser Rechte ist jederzeit nach Art. 25 Abs. 2 AEUV möglich. Da man die Unionsbürgerschaft ausschließlich über eine nationale Staatsangehörigkeit erwerben kann, wächst die Bedeutung einer solchen nationalen Staatsangehörigkeit bei jeder Erweiterung der Unionsbürgerrechte.⁴⁴

Insbesondere die Freizügigkeit dürfte für Drittstaater ein wichtiger Grund sein, sich für die Einbürgerung zu entscheiden. Als Drittstaater, beispielsweise als Türke, benötigt man für das Reisen innerhalb der Europäischen Union für jedes einzelne Land ein Visum. Erlangt man durch die deutsche Staatsangehörigkeit auch die Unionsbürgerschaft, so kann sich der Eingebürgerte innerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten frei bewegen. Langwierige und auch kostenintensive Gänge zum Konsulat sind nicht mehr notwendig. Auch in vielen außereuropäischen Staaten genießt der Unionsbürger Reise- und Visumerleichterungen, beispielsweise hat die Europäische Union ein Abkommen zur Visumerleichterung mit der Russischen Föderation abgeschlossen.⁴⁵ Ganz ohne Visum können deutsche Staatsangehörige zum Beispiel in die Dominikanische Republik einreisen.⁴⁶

⁴² NVwZ 2012, S. 75-79, 76.

⁴³ Münch, S. 307.

⁴⁴ Ehmann/Stark, S. 3.

⁴⁵ Auswärtiges Amt, Visumerleichterungen [07.09..2012].

⁴⁶ Auswärtiges Amt, Länderinformationen [07.09.2012].

4.2 Hinderungsgründe für eine Einbürgerung

Trotz der Vorteile, die der Wechsel der Staatsangehörigkeit mit sich bringt, entscheidet sich nur ein kleiner Teil der in Deutschland lebenden Ausländer für eine Einbürgerung. Doch was hält sie davon ab, die Einbürgerung zu beantragen? Diese Frage hat sich das BAMF 2011 ebenfalls gestellt. Die durchgeführte Umfrage ergab, dass für mehr als die Hälfte der Ausländer eine Einbürgerung nicht in Frage kommt, da ihr Aufenthalt ohnehin gesichert sei. Ebenfalls war die dann nötige Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit ein Hauptargument gegen den Staatsangehörigkeitswechsel.⁴⁷

Durch die Reformen der letzten Jahre wurden auch die Anforderungen im Bereich der Sprachkenntnisse und der Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung verschärft. Aus diesem Grund werden in den folgenden Punkten diese beiden Kriterien sowie die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit genauer betrachtet. Zum Schluss soll deutlich gemacht werden, ob und inwieweit diese Kriterien die Einbürgerungsbereitschaft der Migranten beeinflussen.

4.2.1 Nicht ausreichende Deutschkenntnisse

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der EU am 28.08.2007 wurden die Einbürgerungsvoraussetzungen tendenziell verschärft. Eine der Neuerungen bestand darin, die „ausreichenden Kenntnisse der deutschen Sprache“ den Anspruchsvoraussetzungen des § 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG hinzuzufügen. Zuvor war dieses Kriterium in § 11 Nr. 1 StAG negativ als Ausschlussgrund formuliert gewesen.⁴⁸ Gemäß Ziffer 10.1.1.6 i.V.m. Ziffer 10.4. VAH-StAG liegen solche Sprachkenntnisse vor, wenn der Einbürgerungsbewerber die Anforderungen des Sprachniveaus B1 GER in mündlicher und schriftlicher Form erfüllt. Für Einbürgerungsbewerber, die

⁴⁷ BAMF-Einbürgerungsstudie 2011, S. 250ff.

⁴⁸ ZAR 2008, S. 96-102, 96.

ihren Antrag noch vor dem 30.03.2007 gestellt haben, gilt gemäß § 40 c StAG aufgrund des Günstigkeitsprinzips weiterhin das alte Recht, da es ein Sprachniveau unterhalb des Niveaus B1 GER voraussetzte.

Durch die Reform wurden die Sprachanforderungen nicht nur verschärft, sondern es wurde auch die uneinheitliche Verwaltungspraxis in den Bundesländern aufgehoben.⁴⁹ Aus unterschiedlichen Auslegungen und Ergänzungen der Erläuterungen in der StAR-VwV resultierten bundesweit verschiedene Prüfverfahren der Deutschkenntnisse, sodass der Erfolg des Einbürgerungsverfahrens davon abhing, in welchem Bundesland der Antrag gestellt worden war.⁵⁰ Beispielsweise war nicht festgelegt, ob auch schriftliche Deutschkenntnisse nachgewiesen werden sollten. Zwar legte das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 20.10.2005 fest, dass auch gewisse schriftliche Kenntnisse nachzuweisen seien, allerdings reduzierte es diese Pflicht auf das Diktat von Texten sowie das Leisten einer Unterschrift, sodass der Einbürgerungsbewerber die schriftliche Äußerung als die seine „tragen“ könne.⁵¹

Durch die Verschärfung der Anforderungen auf das Sprachniveau B1 lässt sich teilweise auch der starke Rückgang der Einbürgerungszahlen um mehr als 16 % im Jahr 2008 (94.470) verglichen mit dem Jahr 2007 (113.030) erklären.⁵²

Besonders für Erwachsene ist es schwierig, eine neue Sprache zu erlernen. Andererseits muss man beachten, dass Sprachkenntnisse nicht nur über eine Prüfung nachgewiesen werden können, sondern auch über einen Schulabschluss bzw. durch einen erfolgreichen vierjährigen Besuch einer deutschen Schule. Auch ein abgeschlossenes deutschsprachiges Studium oder eine deutsche Berufsausbildung genügen als Nachweis (Ziffer 10.1.1.6 VAH-StAG). Da es unter den Einbürgerungsbewerben

⁴⁹ Lage der Ausländerinnen und Ausländer 2012, S. 471.

⁵⁰ ZAR 2008, S. 96-102, 97.

⁵¹ Urteil BVerwG vom 20.10.2005, Az.: 5 C 8/05, juris.

⁵² Siehe Abbildung 1: Einbürgerungen in Deutschland 1993 bis 2011, S. 13.

viele Migranten gibt, die in Deutschland geboren und zur Schule gegangen sind, ist der Nachweis der Deutschkenntnisse für sie kein großes Hindernis. Um überhaupt einen Anspruch auf Einbürgerung zu haben, muss der Migrant einen mindestens achtjährigen rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet nachweisen. Während dieser acht Jahre ist es durchaus zumutbar, Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu erwerben.

Als Zwischenfazit kann festgehalten werden, dass die Anforderungen an den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse durch die letzte Reform angestiegen sind. Allerdings ist dieser Nachweis nur subjektiv gesehen ein Hinderungsgrund die Einbürgerung zu beantragen, da es besonders für junge Migranten großzügige Ausnahmetatbestände gibt.

4.2.2 Unkenntnis der Rechts- und Gesellschaftsordnung

Gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 7 StAG muss der Einbürgerungsbewerber Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland nachweisen. Soweit der Einbürgerungsbewerber nicht einen deutschen Schulabschluss besitzt, muss er diese Kenntnisse durch einen Einbürgerungstest nachweisen (Ziffer 10.5 VAH-StAG). Dieser bundeseinheitliche Einbürgerungstest existiert seit der Reform 2007. Die entsprechende Einbürgerungstestverordnung (EinbTestV) trat am 01.09.2008 in Kraft. Zuvor hatte das Land Hessen einen „Leitfaden Wissen & Werte in Deutschland und Europa“ mit insgesamt 100 Fragen entwickelt, um die Kenntnisse der Einbürgerungsbewerber zu prüfen. Der Leitfaden kam jedoch nicht mehr zum Einsatz, da der einheitliche Einbürgerungstest eingeführt wurde. Dieser war insbesondere aus zwei Gründen notwendig geworden. Zum einen war durch das unterschiedliche Verwaltungshandeln in den Ländern keine Chancengleichheit im

Einbürgerungsverfahren garantiert, zum anderen befürchtete man einen Länderwettbewerb um die strengsten Einbürgerungsstandards.⁵³

Der Einbürgerungstest besteht gemäß § 1 EinbTestV aus 30 bundeseinheitlichen sowie drei länderspezifischen Fragen. Für jede Frage werden vier mögliche Antworten vorgegeben, von denen jeweils nur eine richtig ist. Es handelt sich also um einen sogenannten Multiple-Choice-Test. Es stehen insgesamt 300 allgemeine Fragen aus den Themenfeldern „Leben in der Demokratie“, „Geschichte und Verantwortung“ und „Mensch und Gesellschaft“, sowie je Bundesland zehn verschiedene Fragen zur Verfügung. Aus diesem Fragenkatalog werden die Testbögen erstellt. Innerhalb der vorgegebenen Stunde müssen dabei mindestens 17 Fragen richtig angekreuzt werden, um den Einbürgerungstest zu bestehen.

Durch die EinbTestV sind die Bedingungen für Einbürgerungsbewerber klar vorgegeben. Die Bewertung seitens der Behörde wird ebenfalls vereinfacht. Beim Gesprächsleitfaden Baden-Württembergs musste der Sachbearbeiter bewerten, ob die im Gespräch gegebenen Antworten das Wissen über die Rechts- und Gesellschaftsordnung des Einbürgerungsbewerbers wiedergaben. Durch den Einbürgerungstest ist es möglich geworden, diese Einbürgerungsvoraussetzung objektiv zu prüfen - subjektive Einflüsse werden durch den bundesweit verwendeten Fragenkatalog verhindert.⁵⁴ Dennoch wird auch Kritik am Einbürgerungstest geübt. Zwar bestanden in den ersten zehn Monaten seit Einführung des Einbürgerungstests 98,6 % der Einbürgerungsbewerber den Test,⁵⁵ jedoch wird dieses überdurchschnittlich gute Ergebnis durch Studien angezweifelt, nach

⁵³ ZAR 2008, S. 388-394, 390.

⁵⁴ ZAR 2008, S. 388-394, 390.

⁵⁵ Migrationsbericht 2008, S. 224.

welchen lediglich 83 % oder sogar nur 50,1 % der Teilnehmer bestanden.⁵⁶

Insbesondere durch die öffentliche Diskussion um die Einführung eines Einbürgerungstests wird diesem eine abschreckende Funktion zugesprochen. Aufgrund von Versagensängsten oder dem Gefühl, nicht willkommen zu sein, entscheiden sich Migranten vermutlich gegen eine Einbürgerung. Möglicherweise fühlen sich auch solche Migranten vor den Kopf gestoßen, die ein Studium in Deutschland absolviert haben und seitdem in der Bundesrepublik leben. Denn ein abgeschlossenes Studium kann - im Gegensatz zu einem deutschen Schulabschluss - den Einbürgerungstest nicht ersetzen.

Letztlich stellt der Nachweis der Kenntnisse über die deutsche Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie die Lebensverhältnisse lediglich ein kleines Einbürgerungshindernis dar. Durch Integrationskurse und eine gezielte Vorbereitung auf den Test kann dieser gemeistert werden. Obwohl die Fragen nach § 1 Abs. 2 Satz 2 EinbTestV nicht veröffentlicht worden sind, kann man sich mittlerweile im Internet durch von privaten Anbietern bereitgestellte Testfragebögen vorbereiten. Durch eine flächendeckende Informationsoffensive könnte auch der Staat dazu beitragen, dass der Einbürgerungstest nicht als Abschreckung, sondern als Mittel der Chancengleichheit empfunden wird.

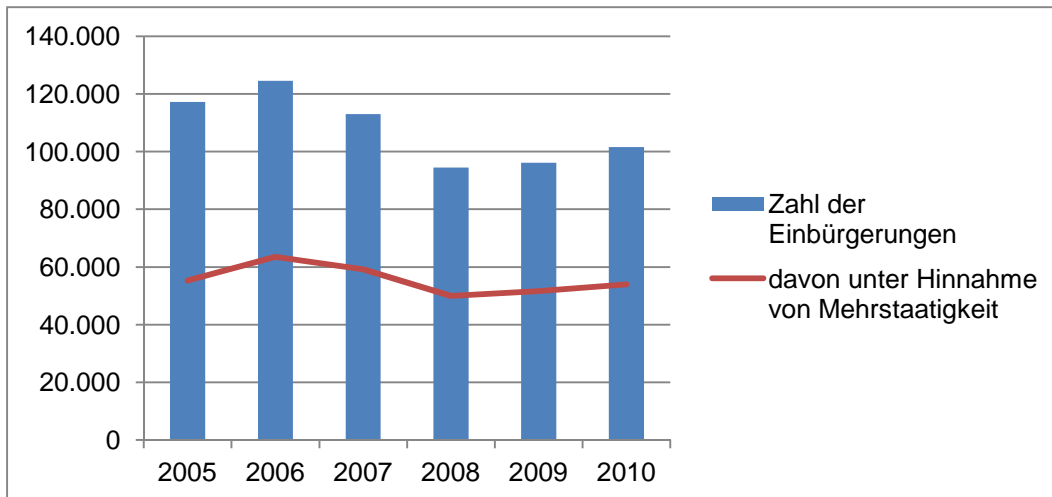
4.2.3 Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit

Einer der wichtigsten Gründe, der aus Sicht der Ausländer gegen eine Einbürgerung spricht, ist die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit. Diese wird gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 4 StAG verlangt, falls die ehemalige Staatsangehörigkeit mit Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit nicht automatisch verloren geht.

⁵⁶ ZAR 2010, S. 293-302, 300.

Die Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit soll ein Ausnahmefall sein.⁵⁷ Das folgende Schaubild zeigt etwas anderes:

Abbildung 4: Einbürgerungen und Hinnahme von Mehrstaatigkeit 2005 bis 2010



Quelle: Migrationsbericht 2010, Statistisches Bundesamt (eigene Darstellung)

Prozentual gesehen stieg die Hinnahme von Mehrstaatigkeit von 47,2 % im Jahr 2005 auf 53,1 % im Jahr 2010. Bisher lag der Höhepunkt bei 53,7 % im Jahr 2009. Obwohl inzwischen über die Hälfte der Einbürgerungsbewerber ihre bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten darf, stellt diese Voraussetzung ein Einbürgerungshindernis dar. Denn diejenigen, die sich aufgrund dieser Voraussetzung nicht haben einbürgern lassen, wurden erst gar nicht in der Statistik erfasst.

In begründeten Ausnahmefällen darf die ursprüngliche Staatsangehörigkeit beibehalten werden. Gemäß § 12 Abs. 1 StAG wird auf die Voraussetzung des § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 StAG verzichtet, wenn die Entlassung aus einer Staatsangehörigkeit nicht möglich ist oder diese vom Heimatstaat regelmäßig verweigert wird, wenn die Entlassung unzumutbar wäre oder wenn der Einbürgerungsbewerber als Flüchtling anerkannt wurde. Zu den Ländern, die eine Entlassung regelmäßig

⁵⁷ Münch, S. 160.

verweigern, gehören beispielsweise Afghanistan, Iran und Tunesien. Ausländer, die bereits die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der EU oder der Schweiz besitzen, können generell unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit eingebürgert werden (§ 12 Abs. 2 StAG).

Warum die Entscheidung zur Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit schwierig ist, wird am Beispiel der Russischen Föderation deutlich: Wird ein Staatsangehöriger der Russischen Föderation deutsch, muss er die russische Staatsangehörigkeit grundsätzlich aufgeben. Als deutscher Staatsangehöriger benötigt er dann aber ein Visum, um in die Russische Föderation zu reisen, zum Beispiel um dort lebende Verwandte zu besuchen. Zwar gibt es ein Abkommen zur Visumerleichterung mit der Russischen Föderation (siehe Punkt 4.1.3), dennoch muss ein ehemals russischer Staatsangehöriger ein Visum beantragen. So wird verständlich, dass es manche Migranten als Zumutung empfinden in ihrem Herkunftsland wie ein Ausländer behandelt zu werden.⁵⁸

Auch wenn Migranten jahrelang in Deutschland leben, so bleiben sie ihrer Heimat trotzdem verbunden. Entweder es lebt noch ein Teil der Familie im Heimatland, oder sie besitzen dort noch finanzielle Ansprüche oder Eigentum. Zählt man die emotionale Verbundenheit zu Deutschland zu den Einbürgerungsmotiven, kann man auch die emotionale Verbundenheit mit dem Heimatland zu den Hinderungsgründen zählen. Auch wenn nicht geplant wird zurück in das Heimatland zu gehen, möchte man nicht den Pass der alten Staatsangehörigkeit verlieren. In einigen Kulturen wird es auch nicht gerne gesehen, oder sogar als Verrat an der Heimat bzw. den Eltern aufgefasst, wenn die Staatsangehörigkeit aufgegeben wird.⁵⁹

Migranten türkischer Staatsangehörigkeit machen beinahe ein Viertel der in Deutschland lebenden Ausländer aus.⁶⁰ Obwohl sie schon zur größten

⁵⁸ Keltek, S. 75.

⁵⁹ ZAR 2012, S. 85-93, 88.

⁶⁰ Migrationsbericht 2010, S. 177.

Gruppe der Eingebürgerten gehören, lag die Einbürgerungsquote⁶¹ im Jahr 2009 lediglich bei 1,49 %: 1.658.083 in Deutschland lebenden Türken standen 24.647 Einbürgerungen gegenüber.⁶² Das Erfordernis der Aufgabe der türkischen Staatsangehörigkeit wird ein bedeutender Grund sein, weshalb die Einbürgerungsbereitschaft so niedrig ist.

Fakt ist, dass trotz des Ausnahmecharakters der Mehrstaatigkeit diese von den Einbürgerungsbehörden immer öfter hingenommen wird. Abhängig davon, welche Staatsangehörigkeit man besitzt, wie die persönlichen Verhältnisse sind oder welchen Aufenthaltsstatus man besitzt, werden höhere oder niedrigere Anforderungen gestellt. In jedem Fall bleibt es die persönliche Entscheidung des Migranten, ob er bereit ist für die deutsche Staatsangehörigkeit die mit der Geburt erhaltene Staatsangehörigkeit aufzugeben.

Ob es sinnvoll ist die Einbürgerungsbereitschaft durch eine generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit zu erhöhen, wird in Kapitel 6 erläutert.

5 Die Einbürgerung aus kommunaler Sicht am Beispiel der Städte Stuttgart und Hamburg

Schon vor einiger Zeit haben es sich Bund und Länder zum Ziel gemacht, die rückläufigen Einbürgerungszahlen wieder zu steigern.⁶³ Indem sie die Einbürgerung durch Kampagnen und Werbeaktionen fördern, soll das wachsende Demokratiedefizit behoben werden, das durch die Diskrepanz zwischen Wohnbevölkerung und Wahlvolk entstanden ist.⁶⁴ Neben dem von der Bundesregierung initiierten Nationalen Integrationsplan und dessen Fortführung, dem Nationalen Aktionsplan Integration, engagieren

⁶¹ In dieser Arbeit wird die Einbürgerungsquote als Quotient aus eingebürgerten Ausländern und gesamter ausländischer Bevölkerung definiert.

⁶² Statistisches Bundesamt.

⁶³ ZAR 2009, S. 126-129, 126.

⁶⁴ Bauböck, S. 67f.

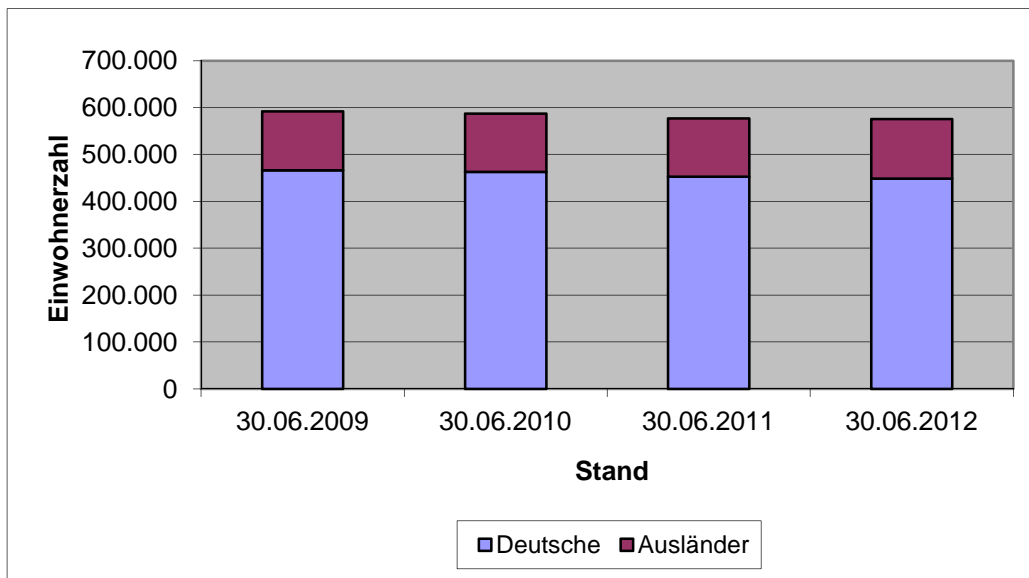
sich auch immer mehr Kommunen in der Förderung der Integration und der Einbürgerung. Einbürgerungskampagnen wurden durchgeführt oder sind in Planung, zum Beispiel in Berlin, Dortmund oder im Land Baden-Württemberg.

Am Beispiel der Landeshauptstadt Stuttgart⁶⁵ sowie der Freien und Hansestadt Hamburg⁶⁶ soll im Folgenden gezeigt werden, welche Mittel eine Stadt zur Förderung der Integration aufbringt und wie Ausländer zu einer Einbürgerung bewegt und dabei unterstützt werden können.

5.1 Stuttgarter Bündnis für Integration

Das folgende Schaubild zeigt die Einwohnerzahlen der Stadt Stuttgart, aufgeteilt nach deutschen Staatsangehörigen und Einwohnern ohne deutschen Pass:

Abbildung 5: Einwohnerzahlen Stuttgart 2009 bis 2012



Quelle: Stadt Stuttgart (eigene Darstellung)

In Stuttgart lag der Ausländeranteil zum 30.06.2012 bei ca. 28 % von insgesamt 575.422 Einwohnern. In den letzten Jahren schwankte dieser

⁶⁵ Im Folgenden „Stadt Stuttgart“ oder „Stuttgart“.

⁶⁶ Im Folgenden „Hamburg“.

Wert nur leicht, weshalb die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in Stuttgart eine große Rolle spielt.

Seit 2001 gehört die Abteilung Integration zum Geschäftskreis des Oberbürgermeisters der Stadt Stuttgart. Gleichzeitig wurde das Bündnis für Integration verabschiedet. Bemerkenswert ist, dass die Stadt nicht zwischen Deutschen und den Menschen ohne deutschen Pass unterscheidet: Aus Sicht dieses Konzeptes sind alle in Stuttgart lebende Menschen auch Stuttgarter Bürger.⁶⁷ Daher hat es sich das Stuttgarter Bündnis für Integration zum Ziel gesetzt, die gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit von Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu fördern und die kulturelle Vielfalt für das Potenzial der internationalen Stadtgesellschaft zu nutzen.⁶⁸ Die Stuttgarter Einbürgerungskampagne ist ein Projekt, das vom Bündnis unterstützt wird.

5.2 Die Stuttgarter Einbürgerungskampagne

Auch in der Landeshauptstadt folgten die Einbürgerungszahlen einem steten Abwärtstrend, obwohl ca. 90.000 Ausländer in Stuttgart leben, die zumindest die zeitlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen. Deshalb wurde im März 2009 eine Einbürgerungskampagne mit dem Slogan „PASS Auf, lass Dich einbürgern!“ gestartet.⁶⁹ Das Projekt wurde gemeinschaftlich vom Amt für öffentliche Ordnung, dem Referat für Sicherheit und Ordnung sowie der Stabsstelle für Integration organisiert; Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster übernahm die Schirmherrschaft. Zusätzlich sind auch Stellen außerhalb der Stadtverwaltung an dem Projekt beteiligt gewesen, wie zum Beispiel das Forum der Kulturen oder der SWR International.⁷⁰

⁶⁷ Schuster, S. 5.

⁶⁸ Schuster, S. 7.

⁶⁹ Anlage 1: „Pass“ der Landeshauptstadt Stuttgart (VIII).

⁷⁰ Anlage 2: Informationsbogen (XII-XVIII), S. 2.

Im Folgenden sollen die Ziele der Kampagne sowie ihr Ablauf und ihre Ergebnisse vorgestellt werden. Die Bewertung der Einbürgerungskampagne erfolgt zusammen mit der Darstellung der Wirkung.

5.2.1 Ziel der Einbürgerungskampagne

Die Stadt Stuttgart sieht die Einbürgerung als wichtigen Teil der Integration an und möchte deshalb die potenziellen Einbürgerungsbewerber über die Vorteile und Voraussetzungen der Einbürgerung informieren. Durch die rechtliche Gleichstellung erhofft sich die Stadt Stuttgart, dass die ehemaligen Ausländer die Mitgestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen und so auf ihr unmittelbares Lebensumfeld, aber auch auf die künftige Stadtentwicklung mit einwirken.⁷¹ Ferner hat sich das Stuttgarter Bündnis für Integration zum Ziel gesetzt, die Ausländerbehörde zu einer bürgerfreundlichen Integrationsbehörde auszurichten.⁷² Dabei spielt die Einbürgerungsbehörde eine wesentliche Rolle, indem sie eine neue Einbürgerungskultur einführt. Durch das aktive Zugehen auf die Ausländer werden diese umfassend über den Staatsangehörigkeitswechsel beraten.

Letztendlich ist das Ziel der Einbürgerungskampagne, den rückläufigen Trend der Einbürgerungszahlen zu stoppen und mehr neue deutsche Staatsangehörige zu gewinnen, um deren Integration in die Gesellschaft zu fördern.⁷³

5.2.2 Ablauf der Einbürgerungskampagne

Die Einbürgerungskampagne startete im September 2009 mit einer Auftaktveranstaltung im Stuttgarter Rathaus. Schon in den Monaten zuvor wurden ca. 1.900 Schreiben an potenzielle Einbürgerungsbewerber versandt, in welchen Oberbürgermeister Schuster die Ausländer über die

⁷¹ Anlage 2: Informationsbogen (XII-XVIII), S. 1.

⁷² Schuster, S. 57.

⁷³ Anlage 2: Informationsbogen (XII-XVIII), S. 2f.

Vorteile und Voraussetzungen der Einbürgerung informierte.⁷⁴ Zuvor war anhand einer Anfrage im Ausländerzentralregister die Zahl derjenigen Ausländer in Stuttgart ermittelt worden, die einen achtjährigen rechtmäßigen und gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet aufweisen konnten und somit die zeitlichen Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllten. Zusätzlich wurden Alterskohorten von Eingebürgerten zusammengestellt und überprüft, bei welchen Altersgruppen die höchste Einbürgerungsbereitschaft vorliegt. Aus der Untersuchung ging hervor, dass im Jahr 2008 über 50 % der Eingebürgerten der Gruppe der 18- bis 35-Jährigen angehörten. Somit wurden die persönlichen Anschreiben zunächst an diese Altersgruppe versandt.

Die potentiellen Einbürgerungsbewerber wurden seit Beginn der Kampagne kontinuierlich weiter angeschrieben und informiert. Dabei wurde die Anzahl der Schreiben an die jeweilige personelle Situation in der Ausländerbehörde angepasst, um einen Stau bei der Antragsbearbeitung zu vermeiden. Parallel wurde der Internetauftritt der Einbürgerungsbehörde neu gestaltet und mit Flyern und Plakaten für die Einbürgerung geworben.⁷⁵

Während im Jahr 2010 weitere Anschreiben versandt wurden, fanden im Jahr 2011 Informationsveranstaltungen - beim Stuttgarter Moscheeverein sowie beim DGB-Bildungswerk⁷⁶ - statt. Um auch Schulabgänger anzusprechen, ist eine weitere Veranstaltung an Stuttgarter Schulen im Herbst 2012 geplant.⁷⁷

Die Einbürgerungskampagne ist auf eine langfristige Aktivierung des Einbürgerungspotentials ausgerichtet. Im Vordergrund stehen die persönlichen Anschreiben des Oberbürgermeisters und die Auslage von Informationsmaterial. Durch vereinzelte Veranstaltungen werden gezielt

⁷⁴ Anlage 3: Informationsschreiben des Oberbürgermeisters (XIX).

⁷⁵ Anlage 4: Plakat „Wir sind schon dabei!“ (XXIII).

⁷⁶ Deutscher Gewerkschaftsbund - Bildungswerk.

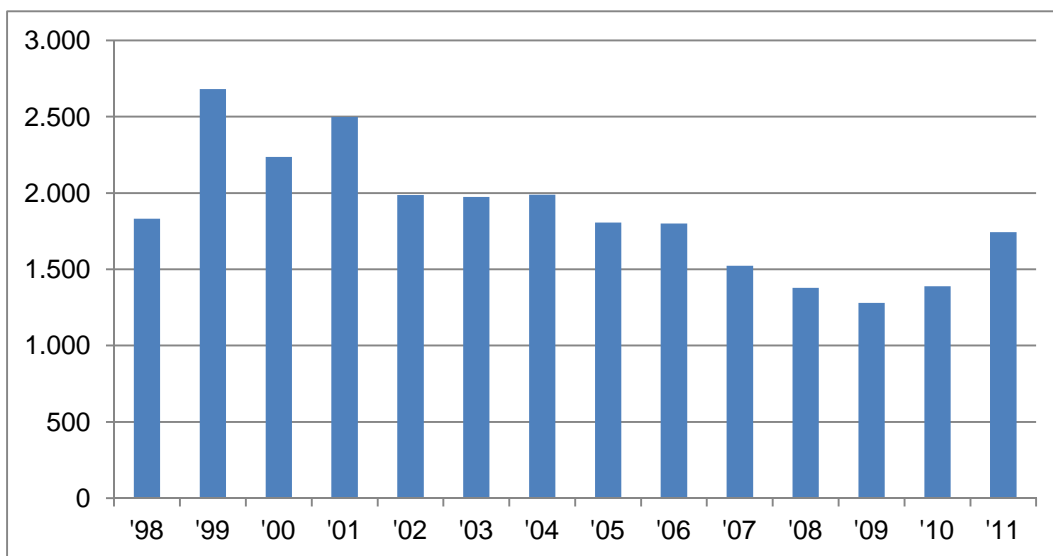
⁷⁷ Anlage 2: Informationsbogen (XII-XVIII), S. 4.

bestimmte Gruppen (Muslime, Schüler, usw.) auf die Möglichkeit der Einbürgerung hingewiesen.

5.2.3 Wirkung der Einbürgerungskampagne

Betrachtet man die Entwicklung der Einbürgerungszahlen für die Stadt Stuttgart in folgendem Schaubild, kann man deutlich den Rückgang der Einbürgerungszahlen bis zum Jahr 2009 erkennen.

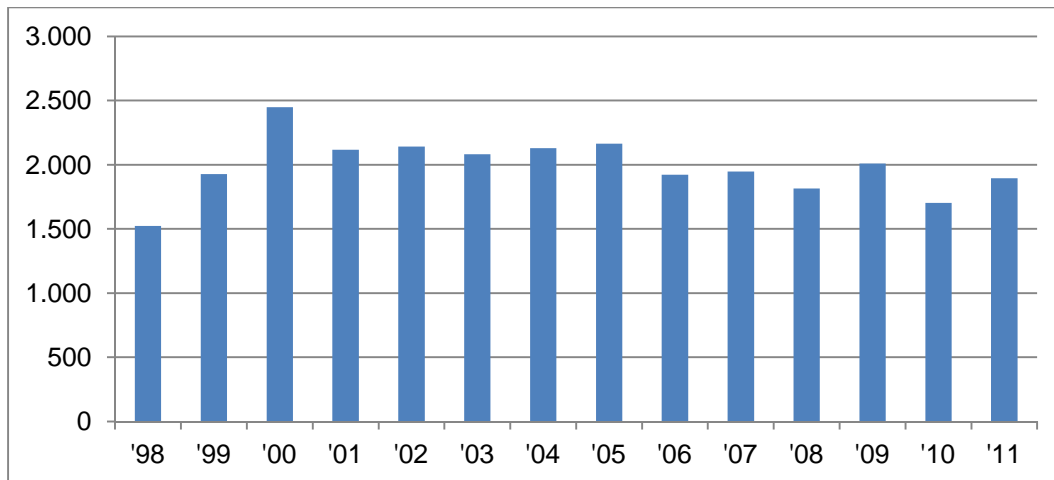
Abbildung 6: Einbürgerungen in Stuttgart 1998 bis 2011



Quelle: Stadt Stuttgart (eigene Darstellung)

Wird ein Antrag auf Einbürgerung bei der Einbürgerungsbehörde eingereicht, muss der Einbürgerungsbewerber zunächst die für die Bearbeitung erforderlichen Unterlagen beschaffen und eine erste Rate der anfallenden Gebühr bezahlen. Da mitunter Unterlagen im Ausland besorgt und übersetzt werden müssen, oder die finanzielle Situation eine sofortige Bezahlung nicht zulässt, kann dies einige Zeit in Anspruch nehmen. Auch die Entlassungsbemühungen im Heimatstaat können mehrere Monate dauern. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Einbürgerungszahlen nicht schon im ersten Jahr der Kampagne ansteigen, sondern erst im darauffolgenden Jahr. Aussagekräftiger ist bei der Evaluation der Einbürgerungskampagne also die Zahl der Einbürgerungsanträge:

Abbildung 7: Einbürgerungsanträge in Stuttgart 1998 bis 2011



Quelle: Stadt Stuttgart (eigene Darstellung)

In diesem Schaubild kann man die sofortige Wirkung der Einbürgerungskampagne nach deren Beginn erkennen. Im Jahr 2009 konnte eine Steigerung von 10 % gegenüber dem Vorjahr erreicht werden. Mit 2.010 Neuanträgen gab es im Jahr 2009 die höchste Zahl der Neuanträge seit dem Jahr 2005.

Eine förmliche Evaluation der Kampagne seitens der Stadt ist nicht erfolgt, da die Stadt bei den Einbürgerungsbewerbern nicht zwischen denjenigen, die ein Schreiben des Oberbürgermeisters erhielten und solchen, die kein Schreiben erhielten, unterscheiden mochte.⁷⁸ Jedoch kann man aus den steigenden Antrags- und Einbürgerungszahlen folgern, dass die Angeschriebenen den Aufruf positiv aufgenommen haben. Beispielsweise erschienen sie mit dem Schreiben des Oberbürgermeisters bei der Beratungsstelle und verwiesen stolz auf das Anschreiben.

Die Auswirkungen der Einbürgerungskampagne beschränkten sich jedoch nicht nur auf Stuttgart. Bundesweit herrschte großes Interesse an der Ausgestaltung und dem Ablauf der Kampagne. In einigen Städten wurden ebenfalls Einbürgerungskampagnen, gestützt auf das Stuttgarter Konzept,

⁷⁸ Anlage 2: Informationsbogen (XII-XVIII), S. 6.

ins Leben gerufen.⁷⁹ Ebenso erhielten die Bemühungen der Stadt Stuttgart aus integrationspolitischer Sicht Anerkennung. Zum 10-jährigen Bestehen des Stuttgarter Bündnisses lobte die Bundesbeauftragte für Migration Maria Böhmer insbesondere die Kampagne und die dadurch implementierte Willkommenskultur der Stadt.⁸⁰

Die Einbürgerungskampagne der Stadt Stuttgart zeigt, wie eine Kommune mit aktiver Informationspolitik dem bundesweiten Trend der rückläufigen Einbürgerungen entgegen wirken kann. Zwar kann eine Kommune nichts an den rechtlichen Voraussetzungen zur Einbürgerung ändern, jedoch kann sie die potenziellen Einbürgerungsbewerber über die Voraussetzungen aufklären und sie im Einbürgerungsverfahren unterstützend begleiten, sodass die Gründe, die gegen eine Einbürgerung sprechen könnten, nicht als abschreckend und unüberwindbar angesehen werden. Gleichzeitig trägt die Einbürgerungsbehörde durch das den ausländischen Mitbürger unterstützende Verwaltungshandeln zur Einführung einer neuen Einbürgerungskultur bei. Den potenziellen Antragstellern wird so zu verstehen gegeben, dass sie willkommen sind.

5.3 Das Hamburger Einbürgerungsprojekt

Seit April 2010 wirbt auch die Freie und Hansestadt Hamburg unter dem Motto „Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause.“ für die Einbürgerung. Gleichzeitig startete das Einbürgerungsprojekt der Türkischen Gemeinde Hamburg und Umgebung e.V. (TGH) mit der Parole „Ich bin Hamburger!“.⁸¹ Neben der Beratung über die Einbürgerungsvoraussetzungen und den Ablauf des Verfahrens bietet die TGH zusätzliche Unterstützung in Form von sogenannten „Einbürgerungslotsen“ an. Sofern gewünscht begleiten diese die

⁷⁹ Anlage 2: Informationsbogen (XII-XVIII), S. 5.

⁸⁰ Anlage 5: Stuttgarter Zeitung vom 05.10.2011 (XXIV).

⁸¹ Anlage 6: Flyer (XXV-XXXIII).

Einbürgerungsbewerber während ihres Einbürgerungsprozesses, helfen bei Behördengängen und bieten moralische Unterstützung.⁸²

Insgesamt beschäftigt die TGH neun sogenannte Koordinatoren auf 400-Euro-Basis. Sie werben innerhalb ihrer „Community“ (z.B. Westafrika, Lateinamerika, Balkanstaaten, ...), auf Veranstaltungen und durch Vorträge für die Einbürgerung und informieren über die Vorteile und das Verfahren. Bei Bedarf vermitteln sie Einbürgerungsinteressierte an Einbürgerungslotsen weiter, die sich mit dem jeweiligen Heimatstaat auskennen oder sogar von dort stammen. Die gegenwärtig 92 Lotsen sind ehrenamtlich tätig und erhalten eine Aufwandsentschädigung.⁸³ Durch regelmäßig stattfindende Workshops sind sie immer auf dem aktuellsten Rechtsstand. Alle anfallenden Kosten, wie Personalkosten, Materialkosten für Flyer oder Fortbildungen werden von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration übernommen.⁸⁴

Das Besondere am Angebot der TGH ist, dass die Beratung auch in der Muttersprache der Migranten angeboten wird.⁸⁵ Zwar sind gewisse Deutschkenntnisse Voraussetzung für eine Einbürgerung, jedoch wollen vereinzelt Eltern die Einbürgerung nur für ihr Kind beantragen. Außerdem wird so Missverständnissen vorgebeugt.

Die Statistik bestätigt die Notwendigkeit eines solchen Projekts: 800 Beratungen wurden schon erfasst, kurze telefonische Auskünfte nicht mit einberechnet. Im Dezember 2011 startete eine Briefoffensive des Ersten Bürgermeisters nach dem Schema der Stuttgarter Oberbürgermeisterbriefe. Unter Einbeziehung dieser Initiative stiegen die Einbürgerungszahlen im Zeitraum Januar 2012 bis Mai 2012 um knapp 36 %, verglichen mit dem Vorjahreszeitraum.⁸⁶

⁸² Anlage 7: Interviewprotokoll (XXXIV-XLI), S. 1.

⁸³ Anlage 7: Interviewprotokoll (XXXIV-XLI), S. 2f.

⁸⁴ Anlage 7: Interviewprotokoll (XXXIV-XLI), S. 1 und 4f.

⁸⁵ Anlage 7: Interviewprotokoll (XXXIV-XLI), S. 6.

⁸⁶ Anlage 7: Interviewprotokoll (XXXIV-XLI), S. 3 und 5.

Hamburg und die TGH sind ein Beispiel dafür, wie eine Kommune in Kooperation mit einem Verein auf einfache Weise zusätzliches Einbürgerungspotenzial aktivieren kann. Es wird sowohl von behördlicher Seite als auch von der Seite der Migranten aus informiert und Hilfe angeboten. Nicht jeder Migrant möchte sich von Behörden helfen lassen - vielleicht, da er damit bereits schlechte Erfahrungen gemacht hat, oder weil er schlicht Angst hat, nicht verstanden zu werden. Insbesondere dort helfen die Lotsen weiter. Sie sind „auf der Seite der Migranten“, da sie nicht für eine Behörde arbeiten und zum großen Teil selbst einmal Antragsteller waren. Um die Einbürgerung wieder populär zu machen, das Verfahren zu beschleunigen und die Antragsteller zu unterstützen, wäre es daher wünschenswert, wenn sich weitere Kommunen ein Beispiel an Hamburg und der TGH nehmen und ein solches Projekt anbieten würden.

6 Die Einbürgerung als Instrument der Integration

Die Einbürgerung wird immer wieder als Ziel sowie als Beleg einer erfolgreichen Integration der Ausländer bezeichnet.⁸⁷ Um diese Behauptung genauer zu untersuchen, wird die Integration zunächst aus zwei verschiedenen Perspektiven betrachtet. Zum einen wird die rechtliche Gleichstellung der Minderheit mit der Mehrheit, also die rechtliche Integration betrachtet. Anschließend wird geprüft, inwieweit die Einbürgerung die gesellschaftliche Integration fördert.

Ein besonderer Schwerpunkt soll auf die Bedeutung der Mehrstaatigkeit für die Integration gelegt werden, sowie auf die Handhabung dieser Problematik. In den 90er Jahren wagte die niederländische Regierung einen Versuch und ließ die Mehrstaatigkeit uneingeschränkt zu. Deutschland hat im Jahr 2000 mit der Einführung von ius soli-Elementen

⁸⁷ ZAR 2012, S. 85-93, 85.

in den Deutschen Rechtsraum einen weiteren Aspekt der Mehrstaatigkeit eingeführt: Die zeitlich beschränkte Mehrstaatigkeit. Auch dieses Prinzip soll auf seine Bedeutung für Ausländer und Migranten untersucht werden.

6.1 Rechtliche Integration

Eine vollständige rechtliche Gleichstellung liegt erst dann vor, wenn ein Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit erhält. Durch die Einbürgerung erfährt der Ausländer eine Rechtserweiterung, die ihn zum Beispiel zur Wahl zulässt, ein unverwirkbares Aufenthalts- und Freizügigkeitsrecht garantiert sowie diplomatischen Schutz im Ausland gewährt. Jedoch darf diese Rechtserweiterung nicht überbewertet werden. Insbesondere wer über einen verfestigten Aufenthaltsstatus, beispielsweise eine Niederlassungserlaubnis, verfügt, oder wer bereits Unionsbürger ist, ist deutschen Staatsangehörigen weitestgehend gleichgestellt. Für die rechtliche Integration ist der Aufenthaltsstatus somit bedeutender als die Staatsangehörigkeit.⁸⁸ Trotzdem ermöglicht die Einbürgerung die vollständige, unbeschränkte rechtliche Integration.

6.2 Gesellschaftliche Integration

Die gesellschaftliche Integration besteht aus mehreren Komponenten, nämlich der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und der sozialen Integration.⁸⁹ Sie wird zwar von der rechtlichen Integration beeinflusst, ist aber nicht abhängig von ihr. In den verschiedenen Teilbereichen der gesellschaftlichen Integration kann der Integrationsgrad unterschiedlich hoch sein.

Im Gegensatz zur rechtlichen Integration wird die gesellschaftliche Integration lediglich indirekt durch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gefördert. Am Beispiel der Anspruchseinbürgerung nach § 10 Abs. 1 StAG lässt sich dies am besten verdeutlichen: Die einzelnen rechtlichen Voraussetzungen zur Einbürgerung stellen bereits

⁸⁸ Dornis, S. 111.

⁸⁹ ZAR 2012, S. 85-93, 86.

Integrationsindikatoren dar. Somit soll gewährleistet werden, dass nur erfolgreich integrierte Ausländer eingebürgert werden.⁹⁰

Ungeachtet der rechtlichen Integration sowie der Förderung der gesellschaftlichen Integration werden in der Einbürgerung auch negative Effekte auf die Integration gesehen. So fiele nach Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit der Druck weg, die Einbürgerungsvoraussetzungen auch weiterhin zu erfüllen. Sprachkenntnisse könnten vernachlässigt werden, und das Fehlen der Abschiebeandrohung könne dazu führen, Kriminalität und verfassungsfeindliche Bestrebungen zu unterstützen.⁹¹ Bei dieser Sichtweise bleibt allerdings unberücksichtigt, dass diese Befürchtungen nur auf einen kleinen Teil der Migranten zutreffen können. In der Regel strebt nur derjenige, der sich dazu entschlossen hat dauerhaft in Deutschland zu bleiben, eine Einbürgerung an. Und dazu gehört auch, dass man mit der Bevölkerung kommunizieren kann und sich an die Gesetze hält.

Dementsprechend ist die Einbürgerung als geeignetes Mittel zur Integration zu sehen.

6.3 Hinnahme der Mehrstaatigkeit als integrationshemmender Faktor

Mit Beschluss vom 21.05.1974 stellte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) u.a. fest, dass doppelte sowie mehrfache Staatsangehörigkeit ein Übel sei, das im Interesse der Staaten und im Interesse der betroffenen Bürger möglichst vermieden oder beseitigt werden solle.⁹² Diese Auffassung bekräftigte es nochmals mit Beschluss vom 16.09.1990 mit einer beinahe wortgleichen Begründung.⁹³ Diese Beschlüsse sind bekannt unter dem Namen „Übeldoktrin“.

⁹⁰ ZAR 2012, S. 85-93, 87f.

⁹¹ Dornis, S. 70.

⁹² Beschluss BVerfG vom 21.05.1974, Az.: 1 BvL 22/71, 1 BvL 21/72, juris.

⁹³ Beschluss BVerfG vom 16.09.1990, Az.: 2 BvR 1864/88, juris.

Mehrstaatigkeit wird generell nur dann hingenommen, wenn sie durch Geburt entsteht. Dies ist dann der Fall, wenn ein Kind innerhalb einer multinationalen Ehe geboren wird und das Abstammungsprinzip gilt.⁹⁴ Das Kind oder die Eltern müssen sich nicht für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Eine Ausnahme hierzu bildet die zum 01.01.2000 eingeführte Optionsregelung, die im Punkt 6.3.4 eingehender erläutert wird.

Über die Zulässigkeit der Mehrstaatigkeit durch Einbürgerung gab es schon jeher heftige Diskussionen. Im Wahlkampf für den hessischen Landtag im Jahr 1999 kam es sogar dazu, dass eine Unterschriftenaktion gegen die mehrfache Staatsangehörigkeit den Ausgang der Wahlen entschied.⁹⁵ Dennoch wuchs die Toleranz gegenüber mehrfacher Staatsangehörigkeit in den darauffolgenden Jahren. Mit der Reform im Jahr 2000 wurde Mehrstaatigkeit bei Bürgern der EU-Mitgliedstaaten hingenommen, soweit ein Gegenseitigkeitsabkommen bestand. 2007 wurde diese Regelung erweitert, indem die Gegenseitigkeit nicht mehr vorausgesetzt wurde. Zudem trat im Jahr 2002 das „Übereinkommen der Staaten des Europarates über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern“ aufgrund der Kündigung im Vorjahr für Deutschland außer Kraft. Es wurde ersetzt durch das ‚Europäische Abkommen über die Staatsangehörigkeit‘ vom 06.11.1997, das im Jahr 2005 für Deutschland in Kraft trat. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger erkennt dieses Abkommen an, dass die Staaten die Problematik der Mehrstaatigkeit in eigener Zuständigkeit lösen können.⁹⁶ Um die Hinnahme der Mehrstaatigkeit als integrationshemmenden Faktor zu bewerten, werden zunächst die Nachteile sowie die Vorteile erläutert. Anschließend wird anhand des oben erwähnten Beispiels aus den Niederlanden gezeigt, welche Bedeutung die Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung hat und welches System der Mehrstaatigkeit Deutschland zum 01.01.2000 eingeführt hat.

⁹⁴ Münch, S. 178f.

⁹⁵ Thränhardt, S. 41.

⁹⁶ ZAR 2012, S. 85-93, 90.

6.3.1 Nachteile der Mehrstaatigkeit

In der Diskussion um die Hinnahme der Mehrstaatigkeit wird immer wieder das Argument des Loyalitätskonflikts angeführt.⁹⁷ Demnach sei es nicht möglich sich mit Deutschland zu identifizieren, wenn man noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitze - nach dem Motto „Niemand kann zwei Herren dienen“⁹⁸. Allerdings scheint dieses Weltbild heutzutage, insbesondere aufgrund der Globalisierung, überholt.⁹⁹ Ergänzend muss man sich fragen, wie die generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Bürgern der EU-Mitgliedstaaten und den weiteren Ausnahmefällen des § 12 StAG mit dem scheinbaren Loyalitätskonflikt zu vereinbaren ist.

Desweiteren war die möglicherweise auftretende mehrfache Wehrpflicht ein Grund gegen Mehrstaatigkeit. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Aussetzung des Wehrdienstes am 01.07.2011 hat sich zumindest dieses Argument gegen die Mehrstaatigkeit erübrigt. Hinzu kommt, dass die Problematik der mehrfachen Wehrpflicht nur einen kleinen Teil der Staatsangehörigen betroffen hätte. Ebenso wäre die Verkürzung des diplomatischen Schutzes ein selten eintretender Fall.¹⁰⁰

Die schwerwiegenderen Probleme liegen nicht in der mehrfachen Staatsangehörigkeit selbst, sondern in der daraus resultierenden Wahlmöglichkeit des Mehrstaaters. Im internationalen Personen-, Familien- und Erbrecht kann die Mehrstaatigkeit dazu führen, dass der Staatsangehörige sich den für ihn günstigeren Gerichtsstand aussuchen kann. Dies wiederum kann die Chancengleichheit der Parteien beeinflussen oder zu Problemen bei der Anerkennung des Urteils im anderen Heimatstaat führen. Diese konkurrierenden Gerichtsstände ließen sich aber - wenn nicht durch Verringerung der Mehrstaatigkeit - durch

⁹⁷ Münch, S. 170, Dornis, S. 71, Hagedorn, S. 183ff.

⁹⁸ Bibelzitat aus dem Matthäus-Evangelium, Kapitel 6.

⁹⁹ ZAR 2012, S. 85-93, 91.

¹⁰⁰ Münch, S. 170f.

zwischenstaatliche Verträge verhindern.¹⁰¹ Ferner führen mehrere Staatsangehörigkeiten zu einer mehrfachen Wahlberechtigung. Gerade in Demokratien ist es fraglich, ob dies mit der Wahlgleichheit vereinbar ist.¹⁰² Jedoch sollte immer der Gedanke im Vordergrund stehen, dass die Bevölkerung, die den deutschen Gesetzen unterworfen ist, auch durch Wahlen mitbestimmen kann, wer die Gesetze erlässt. Ob darüber hinaus ein weiteres Wahlrecht in einem anderen Land besteht, ist zunächst zweitrangig.

6.3.2 Vorteile der Mehrstaatigkeit

Die Hinnahme der Mehrstaatigkeit bringt keineswegs nur Nachteile mit sich. Sie ist sogar unserer heutigen Zeit angemessen: Noch vor 100 Jahren gab es für Migranten kaum Möglichkeiten, den Kontakt zum Ursprungsland aufrecht zu erhalten. Durch den technischen Fortschritt, wie Telefon, Internet und schnelle Verkehrsverbindungen, ist es heutzutage jederzeit möglich, ins Ursprungsland zurückzukehren, familiäre und freundschaftliche Beziehungen zu pflegen und die Entwicklungen im Herkunftsland zu verfolgen. Der Anspruch, dass sich Migranten nur auf die Werte und Normen eines Ziellandes konzentrieren und auf ihre Herkunftswerte verzichten, ist gegenwärtig nicht mehr angemessen.¹⁰³

Diese Meinung wird auch durch eine Umfrage des BAMF gestützt: Nicht-Eingebürgerte fühlen sich zwar zu 35,1 % eher mit Deutschland verbunden, allerdings fühlen sich mehr als die Hälfte, nämlich 51,7 % der Befragten mit ihrem Herkunftsland sowie mit Deutschland gleich stark verbunden.¹⁰⁴ Um dieses Einbürgerungspotential zu aktivieren, wäre eine großzügige oder sogar generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit ein geeignetes Mittel. Es ist nicht zu befürchten, dass die Mehrstaater in großer Zahl anschließend zurück in ihr Herkunftsland emigrieren. Eine deutliche Mehrheit der Eingebürgerten sowie der Nicht-Eingebürgerten hat

¹⁰¹ Dethloff, Nina, Doppelstaatsangehörigkeit und Internationales Privatrecht, in: JZ 1995, S. 64ff, zitiert bei: Münch, S. 173.

¹⁰² Münch, S. 174.

¹⁰³ Keltek, S. 78f.

¹⁰⁴ BAMF-Einbürgerungsstudie 2011, S. 159ff.

sich für eine Zukunft in Deutschland entschieden und plant nicht, für längere Zeit (über ein Jahr oder für immer) in ihr Herkunftsland oder ein anderes Land zu ziehen.¹⁰⁵

Darüber hinaus wächst sowohl die internationale als auch die deutsche Toleranz gegenüber mehrfacher Staatsangehörigkeit. Seit 2002 ist Deutschland nicht mehr Vertragspartner eines Abkommens, das mehrfache Staatsangehörigkeit verhindern will.¹⁰⁶ Somit wäre es rechtlich möglich, die Hinnahme von Mehrstaatigkeit auszuweiten.

Zudem verlangsamt die Vermeidung von Mehrstaatigkeit das gesamte Einbürgerungsverfahren. Das Entlassungsverfahren ist in einigen Ländern sehr langwierig, wodurch der gesamte Einbürgerungsprozess hinausgezögert wird und dieser mitunter mehrere Jahre dauern kann. Außerdem bestehen in den einzelnen Bundesländern erhebliche Unterschiede in der Rechtsanwendung. Während beispielsweise in Brandenburg im Jahr 2006 mehr als die Hälfte aller Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit durchgeführt wurden, hatte Bayern im selben Jahr eine Mehrstaaterquote von nur 28,8 %.¹⁰⁷

Durch die vermehrte oder generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit würde das Verwaltungsverfahren wesentlich vereinfacht. Exakte Vorgaben seitens des Gesetzgebers könnten ebenso ein einheitliches Verfahren und somit Gleichberechtigung in den einzelnen Bundesländern gewährleisten. Das bislang größte Hindernis für eine Einbürgerung würde abgeschafft, was die Einbürgerung generell förderte: Migranten, die bereits alle anderen Voraussetzungen erfüllten, sich aber wegen der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit scheuten die Einbürgerung zu beantragen, ließen sich einbürgern. Da das Prinzip der Vermeidung der Mehrstaatigkeit ohnehin durch großzügige Ausnahmen ausgehöhlt ist,¹⁰⁸ fallen die Argumente gegen Mehrstaatigkeit kaum mehr ins Gewicht. Nicht

¹⁰⁵ BAMF-Einbürgerungsstudie 2011, S. 164ff.

¹⁰⁶ Thränhardt, S. 42.

¹⁰⁷ Thränhardt, S. 26.

¹⁰⁸ Angenendt, S. 43.

nur Ausländer hätten durch die Hinnahme der Mehrstaatigkeit Vorteile, sondern auch der Staat. Auf Grund der Angleichung der wahlberechtigten Bevölkerung an die Wohnbevölkerung würde die Demokratie gestärkt werden und - tatsächliche politische Partizipation vorausgesetzt - die Interessen der Migranten besser vertreten. In Zeiten der Globalisierung wäre es auch für deutsche Unternehmen von Vorteil, Angestellte mit zwei oder mehr Staatsangehörigkeiten zu beschäftigen, da diese leichter in ihre Heimatstaaten reisen und Geschäftsbeziehungen pflegen könnten.

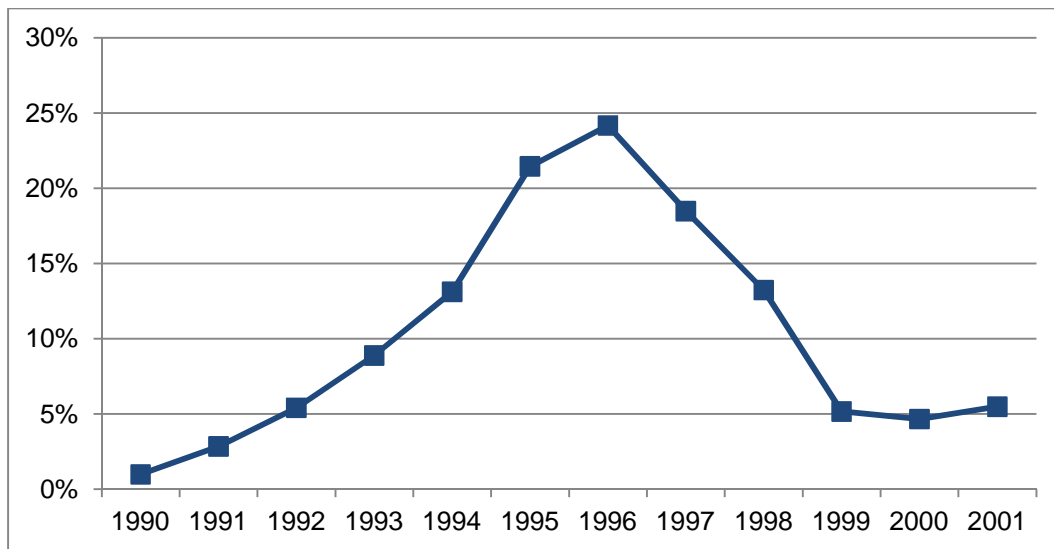
6.3.3 Die niederländische Erfahrung mit der Tolerierung der Mehrstaatigkeit

In der Stellungnahme auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke antwortete die Bundesregierung im Juni 2009 unter anderem, dass sie sich keine signifikante Erhöhung der Einbürgerungszahlen von der generellen Hinnahme der Mehrstaatigkeit verspreche.¹⁰⁹ Dass diese Auffassung ein Irrtum ist, zeigt die Betrachtung der Entwicklung in den Niederlanden. Durch einen Beschluss im Jahr 1991 wurde ab 1992 die mehrfache Staatsangehörigkeit provisorisch zugelassen. Zwar scheiterte das Zustandekommen eines endgültigen Beschlusses im Jahr 1997, jedoch kann man an den Einbürgerungszahlen innerhalb dieser Periode den Zusammenhang zwischen der Hinnahme von Mehrstaatigkeit und der Einbürgerungsbereitschaft deutlich erkennen:¹¹⁰

¹⁰⁹ Angenendt, S. 45.

¹¹⁰ Thränhardt, S. 29.

Abbildung 8: Einbürgerungsraten der Türken in den Niederlanden 1990 bis 2001



Quelle: International Migration Outlook (1996-2003), OECD (eigene Darstellung)

Das Schaubild zeigt die Einbürgerungsquoten der türkischen Staatsangehörigen von 1990 bis 2001. Als Drittstaater haben die Türken auch in den Niederlanden kein grundsätzliches Recht auf Beibehaltung ihrer ursprünglichen Staatsangehörigkeit und müssen sich im Regelfall vor der Einbürgerung aus der türkischen Staatsangehörigkeit entlassen lassen. Ab dem ersten Jahr der Tolerierung mehrerer Staatsangehörigkeiten stieg die Einbürgerungsrate konstant an und erreichte im Jahr 1996 mit 11,4 % ihren Höhepunkt. Kaum war die grundsätzliche Hinnahme von Mehrstaatigkeit im Jahr 1997 zurückgenommen worden, sanken die Einbürgerungszahlen wieder. Dass sie trotz der Rücknahme nicht auf ihren Ursprungswert zurück fielen, liegt wohl daran, dass gleichzeitig eine Verwaltungsvorschrift erlassen worden war, die für 13 Kategorien von Einbürgerungswilligen Ausnahmen vorsah. Insgesamt betrafen diese Ausnahmen 80 % der Einbürgerungsfälle und waren somit wesentlich umfassender gestaltet als die Ausnahmetatbestände in Deutschland.¹¹¹

¹¹¹ Thränhardt, S. 29f.

Diese niederländische Entwicklung zeigt, wie bedeutend die Beibehaltung der ursprünglichen Staatsangehörigkeit für die Einbürgerungsbewerber aus Drittstaaten ist und wie sie die Einbürgerungszahlen positiv beeinflussen kann.

6.3.4 Die teilweise Einführung des „ius soli“-Prinzips in Deutschland

Auch Deutschland toleriert mittlerweile eine besondere Form der Mehrstaatigkeit: Mit der Reform zum 01.01.2000 wurden u.a. Elemente des Territorialprinzips, des „ius soli“, eingeführt. Gemäß § 4 Abs. 3 StAG erwirbt ein Kind ausländischer Eltern dann die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn mindestens ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Die Staatsangehörigkeit der Eltern,¹¹² die das Kind nach dem Abstammungsprinzip erhält, muss dabei nicht aufgegeben werden. Diese Regelung ist mit der Verpflichtung verbunden, sich zwischen der Vollendung des 18. Lebensjahres und des 23. Lebensjahres für eine der beiden Staatsangehörigkeiten zu entscheiden. Diese sogenannte Optionspflicht ist in § 29 StAG geregelt. Nach der Übergangsvorschrift § 40 b StAG konnte auch für diejenigen ausländischen Kinder, die zwischen 1990 und 2000 geboren wurden, ein Antrag auf die deutsche Staatsangehörigkeit gestellt werden. Die Eltern dieser Kinder mussten jedoch gut informiert sein und sich schnell entscheiden, weil ein solcher Antrag nur bis zum 31.12.2000 möglich war.

Seit die ius soli-Regelung im Jahr 2000 in Kraft getreten ist, haben allein bis zum Jahr 2010 394.823 Kinder ausländischer Eltern aufgrund dieser Vorschriften die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.¹¹³ Mit Vollendung des 18. Lebensjahres werden die Jugendlichen von der zuständigen Behörde über ihre Optionspflicht und die Rechtsfolgen informiert

¹¹² Das Kind kann auch mehrere Staatsangehörigkeiten durch Abstammung erwerben, allerdings wird aufgrund der besseren Lesbarkeit im Folgenden der Singular verwendet.

¹¹³ Migrationsbericht 2010, S. 197.

(§ 29 Abs. 5 StAG). Entscheidet sich der Jugendliche für seine ausländische Staatsangehörigkeit oder gibt er innerhalb der Frist keine Erklärung ab, so geht die deutsche Staatsangehörigkeit mit Zugang der Erklärung bzw. mit Ablauf der Frist automatisch verloren (§ 29 Abs. 2 StAG). Möchte der Erklärungspflichtige die deutsche Staatsangehörigkeit behalten, so muss er entweder nachweisen, dass er die ausländische Staatsangehörigkeit verloren bzw. aufgegeben hat, oder er stellt bis zur Vollendung seines 21. Lebensjahres einen Antrag auf Beibehaltung der ausländischen Staatsangehörigkeit (§ 29 Abs. 3 StAG). Die Möglichkeiten der Hinnahme der Mehrstaatigkeit sind dabei weiter gefasst als bei einer Einbürgerung nach §§ 8-10 StAG.¹¹⁴

Im Jahr 2008 wurden die ersten ius soli-Kinder optionspflichtig, bis zum Ende des Jahres 2011 handelte es sich um ca. 15.000 Jugendliche.¹¹⁵ Bei der Bewertung der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die Eltern der Kinder, die nach § 40 b StAG eingebürgert wurden, eine bewusste Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit gefällt haben, wohingegen die Eltern ab dem 01.01.2000 keine Möglichkeit hatten, die deutsche Staatsangehörigkeit bei Vorliegen der Voraussetzungen abzulehnen. Ob es innerhalb dieser Gruppen Unterschiede im Optionsverhalten gibt, wird erst ab 2018 ersichtlich sein.

Erste Ergebnisse hinsichtlich des Optionsverfahrens der § 40 b-Kinder lassen darauf schließen, dass sich viele Kinder für die deutsche Staatsangehörigkeit entscheiden. Jedoch ist die Rückmeldequote der Optionspflichtigen auf die Informationsschreiben der Behörden momentan verhältnismäßig niedrig.¹¹⁶

Während die Einführung des ius soli-Prinzips positiv bewertet wird, wird die Optionsregelung hauptsächlich dahingehend kritisiert, ob der Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit unzulässig gemäß

¹¹⁴ ZAR 2011, S. 1-8, 3.

¹¹⁵ Lage der Ausländerinnen und Ausländer, S. 477.

¹¹⁶ ZAR 2011, S. 1-8, 2f.

Art. 16 Abs. 1 Satz 1 GG sei oder nach Art. 16 Abs. 1 Satz 2 GG einen zulässigen Verlust darstelle.¹¹⁷ Weit interessanter für diese Bachelorarbeit ist jedoch der Integrationsaspekt der Optionsregelung.

Das BAMF führte im Juni 2010 eine qualitative Studie mit Optionspflichtigen durch, die nach § 40 b StAG die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hatten. Auch wenn die Befragten in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, fühlten sie sich doch gleichermaßen mit dem Herkunftsland ihrer Eltern verbunden.¹¹⁸ Zwar wird die Optionspflicht auch positiv, aber zum größeren Teil eher kritisch oder negativ bewertet: Positiv stufen die Befragten ein, dass sie selbst die Wahl haben, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Ebenfalls positiv sei der Denkanstoß, sich zum ersten Mal Gedanken über die Zukunft zu machen und die weitere Entwicklung zu planen.¹¹⁹ Andererseits fühlt sich der Großteil der Optionspflichtigen im Alter von 18 Jahren damit überfordert, eine Entscheidung zu treffen. Hinzu kommt, dass sie sich mehr Informationen und Beratung wünschen. Oft wird die Frage aufgeworfen, warum nicht beide Staatsangehörigkeiten behalten werden können.¹²⁰ Auch wenn der Bezug zum Herkunftsstaat der Eltern lediglich durch jährliche (Verwandten-)Besuche hergestellt wird, bietet die zweite Staatsangehörigkeit eine Art Schutz und Rückzugsmöglichkeit.¹²¹ Durch die doppelte Staatsangehörigkeit soll die doppelte Zugehörigkeit ausgedrückt werden. Da die Beibehaltung beider Staatsangehörigkeiten aber größtenteils nicht möglich ist, wird eine Vernunftentscheidung getroffen. Folglich wird meistens für die deutsche Staatsangehörigkeit optiert, da deren rechtliche Vorteile überwiegen.¹²²

¹¹⁷ Münch, S. 156.

¹¹⁸ BAMF Optionsregelung 2012, S. 68f.

¹¹⁹ BAMF Optionsregelung 2012, S. 145f.

¹²⁰ BAMF Optionsregelung 2012, S. 147f.

¹²¹ BAMF Optionsregelung 2012, S. 128.

¹²² BAMF Optionsregelung 2012, S. 103.

Insgesamt betrachtet schadet die Mehrstaatigkeit der Integration von Optionspflichtigen nicht. Insbesondere Eltern aus Drittstaaten haben durch das Erfordernis des unbefristeten Aufenthaltsstatus bereits integrative Leistungen nachgewiesen, da sie meistens eine Niederlassungserlaubnis oder eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG (§§ 9, 9 a AufenthG) besitzen. Die Voraussetzungen hierfür sind denen der Einbürgerung nach § 10 Abs. 1 StAG angenähert, weshalb schon oft ein Anspruch auf Einbürgerung besteht.¹²³ Daraus lässt sich schließen, dass die ius soli-Kinder in einem integrierten Haushalt aufwachsen. Dass sie zwei oder mehr Staatsangehörigkeiten haben, gehört für sie zum Alltag. Zudem wird die Bedeutung der Mehrstaatigkeit in der öffentlichen Diskussion überbewertet, denn sie besitzt an sich keinen eigenen gesellschaftlichen Wert. Mehrstaatigkeit kann man einer Person nicht ansehen, weshalb sie die Integration weder fördert noch ein Hindernis darstellt.¹²⁴

Vielmehr können sich die jungen Migranten durch den drohenden Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bedrängt und zu einer Entscheidung gezwungen fühlen: Entweder sie kappen die formale Bindung an ein Land, dem sie sich zugehörig fühlen, oder sie werden in dem Land, in dem sie geboren und aufgewachsen sind, zum Ausländer.

6.4 Ausblick

Ausgangspunkt dieses Kapitels war die Einbürgerung als Instrument der Integration. Anhand der Definitionen ist klar geworden, dass eine Einbürgerung die rechtliche Integration ermöglicht sowie die gesellschaftliche Integration zumindest durch die Anforderungen des § 10 Abs. 1 StAG unterstützt. Anschließend wurde untersucht, ob die Hinnahme von Mehrstaatigkeit möglicherweise die Integration negativ beeinflusst. Zwar wurde Mehrstaatigkeit in der Vergangenheit als Übel angesehen, doch wächst die Toleranz gegenüber mehrfacher Staatsangehörigkeit immer mehr. Dabei hat das niederländische Beispiel

¹²³ ZAR 2012, S. 85-93, 88.

¹²⁴ ZAR 2011, S. 1-8, 7.

gezeigt, dass sie sogar die Einbürgerung - und damit indirekt die Integration - positiv beeinflussen kann. Die Einführung des ius soli in Deutschland ist zwar ein guter Ansatz, allerdings ist das damit verbundene Optionsverfahren nicht genug durchdacht und zumindest aus integrationstechnischer Sicht fragwürdig. Manche Stimmen fordern bereits die Abschaffung des Optionsmodells.¹²⁵

Im Ergebnis ist die integrative Wirkung der Einbürgerung eindeutig zu bejahen. Einen nicht unerheblichen Teil trägt dazu die Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei, denn sie fördert die Einbürgerungsbereitschaft der Migranten. Zukünftig wird der Gesetzgeber zur Förderung der Einbürgerung die Hinnahme von Mehrstaatigkeit großzügiger gestalten bzw. generell zulassen müssen. Ohne jeden Zwang kann gleichzeitig über die Nachteile der Mehrstaatigkeit informiert werden und ein Anreizsystem zur Aufgabe anderer Staatsangehörigkeiten geschaffen werden.¹²⁶

7 Zusammenfassung

Um die Demokratie zu stärken ist Deutschland auf die Einbürgerung der hier dauerhaft lebenden Ausländer angewiesen. Ihre Entscheidung für oder gegen eine Einbürgerung wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Neben dem Zugehörigkeitsgefühl spielen auch die gesetzlichen Voraussetzungen eine große Rolle.

Es ist selbstverständlich, dass gewisse Anforderungen an die Einbürgerungsbewerber gestellt werden. Allerdings muss sichergestellt sein, dass der Erfolg des Einbürgerungsverfahrens nicht vom Ort der Antragsstellung abhängt. Dafür ist es unerlässlich, dass der Bund verbindliche Vorschriften erlässt, um ein einheitliches Verwaltungshandeln zu gewährleisten.

¹²⁵ ZAR 2010, S. 348-351, 351.

¹²⁶ ZAR 2011, S. 1-8, 7.

Ohne Frage sind die Anforderungen an die Einbürgerungsbewerber durch die Reformen der letzten Jahre weiter angestiegen. Andererseits gab es auch Erleichterungen, beispielsweise die Herabsetzung des Mindestaufenthalts von 15 auf acht Jahre. Diese positiven Entwicklungen gilt es zu kommunizieren und die Vorteile der Einbürgerung hervorzuheben.

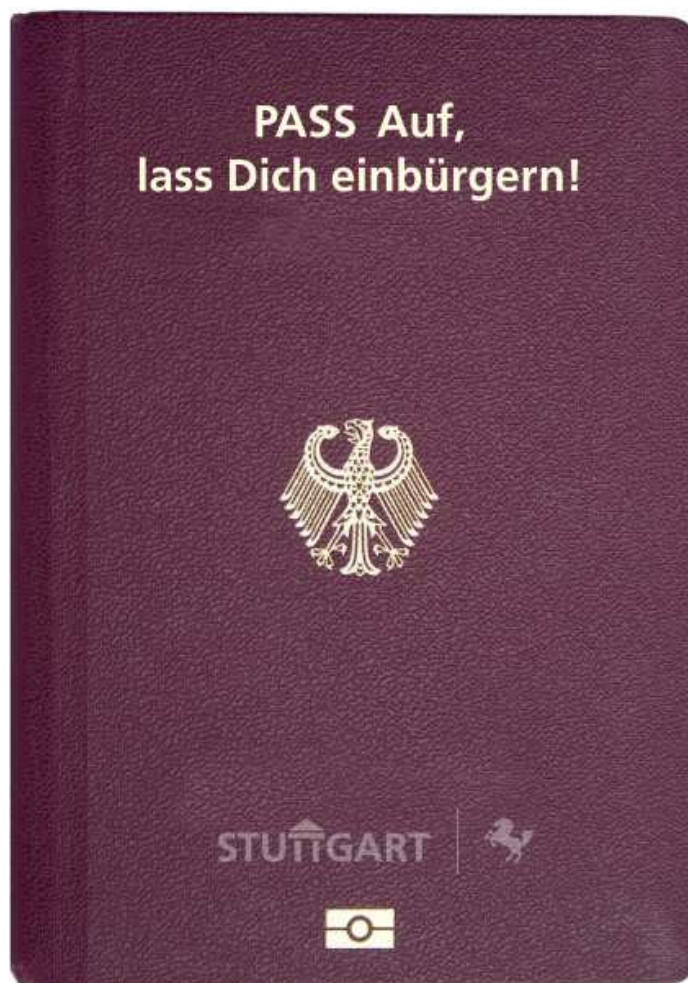
Kommunen spielen dabei eine große Rolle. Sie sind der Lebensmittelpunkt der Einwohner und besitzen direkten Einfluss auf deren Informationsstand. Durch Einbürgerungskampagnen, insbesondere durch Informationsveranstaltungen und persönliche Anschreiben, können sie das Einbürgerungsverhalten positiv beeinflussen. Kooperation mit örtlichen Vereinen würde das Angebot abrunden. Das Zugehen auf die Migranten zeigt die Offenheit gegenüber fremden Kulturen und gibt ihnen ein Gefühl des Willkommenseins.

Die Einbürgerung kann nicht als Abschluss der Integration aufgefasst werden, weil Integration ein andauernder Prozess ist. Sie ist nicht von der Einbürgerung abhängig, kann allerdings von dieser positiv beeinflusst werden. Denn durch die Einbürgerungsvoraussetzungen werden schon vor der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit Integrationsnachweise gefordert. Die Hinnahme von Mehrstaatigkeit ist entgegen der früheren Auffassung nicht integrationsfeindlich, sondern fördert vielmehr die Einbürgerungsbereitschaft.

Zukünftig werden Einbürgerungskampagnen ein fester Bestandteil des Einbürgerungsprozesses sein. Darüber hinaus muss der Gesetzgeber die rechtlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Einbürgerung nicht als unüberwindbare Hürde, sondern als Chance empfunden wird.

Anlagen

Anlage 1: „Pass“ der Landeshauptstadt Stuttgart



Vorderseite

Wer

kann sich einbürgern lassen?

- Sie sind älter als 16 Jahre.
- Sie halten sich seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland auf. Wenn Sie einen deutschen Realschulabschluss oder das deutsche Abitur haben, genügen bereits sechs Jahre.
- Sie können Ihren Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen sichern beziehungsweise besuchen eine Schule, machen eine Ausbildung oder studieren.
- Sie haben keine gravierenden Straftaten begangen.
- Sie verfügen über gute Deutschkenntnisse und Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland.
- Sie vertreten die Werte und Ziele der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes.
- Sie sind bereit Ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben (gilt nicht für Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union und bei einigen weiteren Staaten).

Warum

sollten Sie sich einbürgern lassen?

- Sie können mitbestimmen, wer in Deutschland regiert.
Sie dürfen wählen und auch gewählt werden.
- Sie haben freien Zugang zu allen Berufen.
- Sie genießen gleichberechtigten Schutz in allen Systemen der sozialen Sicherung.
- Sie genießen Reisefreiheit innerhalb der Europäischen Union.
- Sie können leichter eine Arbeit in anderen Ländern der Europäischen Union aufnehmen.
- Sie genießen Reise- und Visumserleichterungen für viele außereuropäische Staaten.
- Sie benötigen keine Aufenthaltserlaubnis mehr und müssen wegen der Passausstellung nicht zu ausländischen Konsulaten oder Botschaften.

Wo

können Sie sich informieren?

■ **Im Internet:** www.stuttgart.de/einbuergerung

■ **Persönliche Information, Beratung und Antragsabgabe:**

Einbürgerungsbehörde Stuttgart:
Eberhardstraße 39 (Schwabenzentrum)
70173 Stuttgart
Zimmer 241

■ **Sprechzeiten:**

Montag bis Mittwoch, 8.30 bis 13 Uhr
Donnerstag, 13 bis 18 Uhr
Freitag, 8.30 bis 12 Uhr

Rückseite

Anlage 2: Informationsbogen zur Einbürgerungskampagne der Stadt Stuttgart

Informationsbogen zur Einbürgerungskampagne der Stadt Stuttgart

Datum: 24.07.2012

Ausgefüllt von: Andreas Deuschle,
Sachgebietsleiter der Stuttgarter Einbürgerungsbehörde

Einbürgerung bei der Stadt Stuttgart

Welche Bedeutung hat die Einbürgerung bei der Integration von Ausländerinnen und Ausländern aus Sicht der Stadt Stuttgart?

Die Einbürgerung wird als wesentlicher Integrationsfaktor angesehen, der den Betroffenen als deutsche Staatsangehörige gleiche Rechte und Pflichten vermittelt und somit eine volle Mitgestaltungsmöglichkeit in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld und bei der künftigen Stadtentwicklung eröffnet.

Eckdaten der Kampagne

In welchem Zeitraum fand die Einbürgerungskampagne statt?

Die Einbürgerungskampagne der Landeshauptstadt Stuttgart wurde im März 2009 gestartet.

Welche Stellen innerhalb der Stadtverwaltung waren daran beteiligt?

Der Oberbürgermeister, der Bürgermeister des Referates Sicherheit und Ordnung, die beim Oberbürgermeister angesiedelte Stabsstelle Integration, das Amt für öffentliche Ordnung (Amtsleitung, Abteilungsleitung, Sachgebiet Einbürgerung mit allen Mitarbeitern).

Welche Stellen außerhalb der Stadtverwaltung waren daran beteiligt?

Forum der Kulturen, SWR International (Bericht über Auftaktveranstaltung), Infoveranstaltungen wurden durchgeführt beim Stuttgarter Moscheeverein und beim DGB-Bildungswerk.

Welches Ziel/Welche Ziele verfolgte die Stadt Stuttgart mit der Kampagne?

Die Einbürgerungsbehörde spielt eine wesentliche Rolle bei der Neuausrichtung der Ausländerbehörde zu einer bürgerfreundlichen Integrationsbehörde. Insoweit wird mit der Einbürgerungskampagne eine Zielsetzung des Stuttgarter Bündnis für Integration umgesetzt.

Mit der Einbürgerungskampagne wurde insoweit eine neue Einbürgerungskultur implementiert (kompetentes Verwaltungshandeln, Unterstützung der Einbürgerungsbewerber durch ein aktives Informations- und Beratungssystem über den Staatsangehörigkeitswechsel, persönliche Ansprache potentieller Einbürgerungsbewerber durch den Oberbürgermeister).

Durch die im Rahmen der Einbürgerungskampagne getroffenen Maßnahmen konnte sowohl eine Steigerung der gestellten

Einbürgerungsanträge als auch der erfolgten Einbürgerungen erreicht werden. Insoweit konnte der im gesamten Bundesgebiet zu beobachtende Trend rückläufiger Einbürgerungen in Stuttgart gestoppt werden.

Ablauf der Kampagne

Wie sah der Ablaufplan der Kampagne aus?

2009:

- Ermittlung der Anzahl derjenigen ausländischen Mitbürger, die die zeitlichen Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen (8-jähriger rechtmäßiger und gewöhnlicher Aufenthalt) anhand einer Anfrage im Ausländerzentralregister.
- Entwicklung eines Flyers zur Einbürgerungskampagne und Neugestaltung des Internetauftritts der Einbürgerungsbehörde.
- Erstellung eines OB-Schreibens samt Merkblättern zum Versand an potentielle Einbürgerungsbewerber. Im OB-Schreiben werden die Voraussetzungen und Vorteile einer Einbürgerung aufgeführt.
- Auswahl einer Personengruppe, die angeschrieben wird. Ein Vergleich nach Alterskohorten macht deutlich, dass in der Gruppe der 18-35 jährigen die Bereitschaft zur Einbürgerung am größten ist (über 50 % der Einbürgerungen entstammen dieser Alterskohorte im Jahr 2008).
- Versand von 1.900 OB-Schreiben an Personen aus dieser Alterskohorte.
- Informationsveranstaltung beim Forum der Kulturen im Sommer 2009 zu den Voraussetzungen und Vorteilen der Einbürgerung.
- Auftaktveranstaltung zur Einbürgerungskampagne im großen Sitzungssaal des Rathauses am 23.09.2009 mit Oberbürgermeister Dr. Schuster.

2010:

- Weiterführung der persönlichen OB-Anschreiben an potentielle Einbürgerungsbewerber (Versand von 3.000 Schreiben).

2011:

- Weiterführung der persönlichen OB-Anschreiben an potentielle Einbürgerungsbewerber (Versand von 5.600 Schreiben).
- Informationsveranstaltungen zur Einbürgerung beim Stuttgarter Moscheeverein und beim DGB-Bildungswerk.

2012:

- Aufgrund einer Stellenstreichung im Bereich Einbürgerungen und ungebremsst hoher Antragszahlen wird die Zahl der versandten OB-Anschreiben gedrosselt (bis Juni 2012: 500 Anschreiben).
- Im Herbst 2012 geplant: Informationsveranstaltung zur Einbürgerung an Stuttgarter Schulen.

Welche Veranstaltungen gab es?

Siehe Ziffer 6.

Wirkung der Kampagne

Hatte die Kampagne direkte Auswirkungen auf den Alltag der Behörde?

Durch die Einbürgerungskampagne konnte sowohl die Zahl der Einbürgerungsanträge als auch die Zahl der Einbürgerungen gesteigert werden. Im Jahr 2009 wurde die höchste Zahl der Neuanträge seit dem Jahr 2005 erreicht. Im Jahr 2010 konnten die Einbürgerungen gegenüber

dem Vorjahr um ca. 10 % gesteigert werden. Im Jahr 2011 erfolgte eine weitere Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 25 %. Die Steigerung wird sich auch im Jahr 2012 fortsetzen. Aus den Zahlen des 1. Halbjahres 2012 lässt sich eine nochmalige Steigerung der Einbürgerungen um 10 % gegenüber dem Vorjahr prognostizieren.

Bei den angeschriebenen Personen (jüngere Einbürgerungsbewerber) ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass wesentliche Einbürgerungsvoraussetzungen vorliegen (z.B. Schulabschluss in Deutschland) und somit die Prüfungsdauer bei der Einbürgerungsbehörde verkürzt wird. In der Folge können mehr Einbürgerungsverfahren (positiv) abgeschlossen werden.

Wie haben die Ausländerinnen und Ausländer auf die Kampagne reagiert?

Viele Einbürgerungsbewerber haben mit dem Schreiben des Oberbürgermeisters zur Antragstellung bei der Einbürgerungsbehörde vorgesprochen. Es gab ausnahmslos positive Reaktionen. Der Erfolg der Kampagne schlägt sich in den gestiegenen Zahlen nieder.

Wie haben andere Kommunen auf die Kampagne reagiert?

Bundesweit wurde die Landeshauptstadt Stuttgart über die Ausgestaltung und den Ablauf der Stuttgarter Einbürgerungskampagne angefragt (Stadt Hamburg, Stadt Hannover, Innenministerium Nordrhein-Westfalen, Stadt Mannheim, Stadt Heidelberg). Hannover und Hamburg haben gestützt auf das Stuttgarter Konzept vergleichbare Einbürgerungskampagnen gestartet.

Wie hat die Presse auf die Kampagne reagiert?

Der Start und der Verlauf der Einbürgerungskampagne wurden pressemäßig begleitet.

Evaluation der Kampagne**Wie zufrieden ist die Stadt mit der Umsetzung der Kampagne, wurden alle Ziele erreicht?**

Durch die Einbürgerungskampagne konnte eine neue Einbürgerungskultur etabliert werden, die dem Antragsteller deutlich macht, dass er in Deutschland erwünscht ist und im laufenden Verwaltungsverfahren begleitet wird. Der Erfolg der Kampagne lässt sich daran ermessen, dass bzgl. der Einbürgerungen und der Neuanträge durch die Einbürgerungskampagne eine Trendumkehr erreicht werden konnte. Die Nachhaltigkeit dieses Paradigmenwechsels und das neue Außenbild der Einbürgerungsbehörde bei potentiellen Antragstellern lassen sich daran erkennen, dass aktuell trotz einer geringeren Anzahl versandter OB-Anschreiben, die Zahl der Einbürgerungsanträge weiter ansteigt.

Eine förmliche Evaluation ist vor dem datenschutzrechtlichen Hintergrund der versandten OB-Schreiben nicht erfolgt. Die verwendeten Datenlisten werden nach Abarbeitung sofort vernichtet. Es wird nirgendwo vermerkt und soll nirgendwo ersichtlich sein, ob der Eingebürgerte im Rahmen der Kampagne angeschrieben wurde oder nicht.

**Wie geht es nach der Kampagne mit der Öffentlichkeitsarbeit für die
Einbürgerung weiter?**

- Weiternutzung der Flyer und der neu gestalteten Internetseite
- Anlassbezogen und punktuell werden weiterhin Informationsveranstaltungen durchgeführt.
- Je nach Entwicklung der Antragszahlen können die persönlichen Anschreiben des Oberbürgermeisters an potentielle Einbürgerungsbewerber flexibel weiter versandt werden (zu berücksichtigen dabei bleibt die Abstimmung mit dem im Herbst 2012 neu zu wählenden Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart)

Anlage 3: Informationsschreiben des Oberbürgermeisters

Landeshauptstadt Stuttgart
Der Oberbürgermeister

STUTTGART



Hausadresse:
Rathaus, Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Postadresse:
70161 Stuttgart

Telefon (07 11) 2 16-0
Fax (07 11) 2 16-77 20
E-Mail ob.buero@stuttgart.de

GZ: OB xxx

xx.xx 2008

Einbürgerung

Sehr geehrter ,

nachdem Sie sich bereits seit vielen Jahren in Deutschland aufhalten und Ihren Lebensmittelpunkt in Stuttgart haben, möchte ich Sie heute gerne persönlich ansprechen.

Haben Sie schon einmal daran gedacht die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben und die Einbürgerung zu beantragen?

Durch die Einbürgerung erhalten Sie die volle rechtliche Gleichstellung und können umfassend am politischen Willensbildungsprozess teilnehmen (auch bei Bundestags- und Landtagswahlen). Sie können also auf allen Ebenen wählen und gewählt werden. Sie haben weiterhin u.a. das Recht auf gleichberechtigten Schutz in den Systemen der sozialen Sicherung und genießen das Recht auf konsularischen Schutz durch den deutschen Staat im Ausland.

Als Anlage habe ich Ihnen eine Kurzinformation zu den wesentlichen Einbürgerungsvoraussetzungen beigelegt. Aus ihr können Sie auch entnehmen, wo Sie sich, bezogen auf Ihren Einzelfall, beraten lassen können.

Mir ist bewusst, dass die Einbürgerung am Ende eines individuellen Entscheidungsprozesses steht und einen wichtigen biographischen Einschnitt für jeden einzelnen Einbürgerungsbewerber darstellt. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Schuster

Anlage: Information zur Einbürgerung

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Einbürgerungsurkunde

Vorname(n), Familienname, Geburtsname

HIER könnte bald auch IHR NAME stehen

geboren am

in

Wohnort

hat mit dem Zeitpunkt der Aushändigung dieser Urkunde die deutsche Staatsangehörigkeit durch
Einbürgerung erworben.

Die Einbürgerung hat sich nicht auf Kinder des/der Eingebürgerten erstreckt.

**Haben Sie sich schon einmal überlegt, sich in Deutschland
einbürgern zu lassen?**

In vielen Fällen geht das leichter als gedacht!

Neugierig geworden?

Dann schauen Sie doch mal auf die Rückseite!

Muster Einbürgerungsurkunde

WER?

- Sie sind älter als 16 Jahre
- Sie halten sich mindestens 8 Jahre rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland auf. Soweit Sie einen deutschen Realschulabschluss oder das deutsche Abitur besitzen, genügt bereits ein Aufenthalt von 6 Jahren
- Sie können Ihren Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen sichern bzw. besuchen eine Schule, machen eine Ausbildung oder studieren
- Sie haben keine gravierenden Straftaten begangen
- Sie verfügen über gute Deutschkenntnisse und Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland
- Sie vertreten die Werte und Ziele der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes
- Sie sind bereit Ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben (wird nicht verlangt bei Staatsangehörigen eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union und bei weiteren Staaten)

Warum?

Es gibt viele gute Gründe deutscher Staatsangehöriger zu werden:

- Sie können mitbestimmen, wer in Deutschland regiert. Sie können wählen und auch gewählt werden
- Sie haben freien Zugang zu allen Berufen
- Sie genießen gleichberechtigten Schutz in allen Systemen der sozialen Sicherung
- Sie genießen Reisefreiheit innerhalb der Europäischen Union
- Sie haben die erleichterte Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme in anderen Ländern der Europäischen Union
- Sie genießen Reise- und Visumserleichterungen für viele außereuropäische Staaten
- Sie benötigen keine Aufenthaltserlaubnis mehr und müssen wegen der Passausstellung nicht zu ausländischen Konsulaten oder Botschaften

WO?

☞ weitere Informationen:

- Im Internet: www.stuttgart.de; Stichwort Einbürgerung

- Persönliche Information, Beratung und Antragsabgabe:

Einbürgerungsbehörde Stuttgart:

Eberhardstr. 39 (Schwabenzentrum), 70161 Stuttgart

Zimmer 241 (Sprechzeiten: Mo bis Mi 08:30 bis 13:00 Uhr

Do 13:00 bis 18:00 Uhr

Fr 08:30 bis 12:00 Uhr)

WER?

- Sie sind Angehöriger eines Staates der Europäischen Union
- Sie sind älter als 16 Jahre
- Sie halten sich mindestens 8 Jahre rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland auf. Soweit Sie einen deutschen Realschulabschluss oder das deutsche Abitur besitzen genügt bereits ein Aufenthalt von 6 Jahren
- Sie können Ihren Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen sichern bzw. besuchen eine Schule, machen eine Ausbildung oder studieren
- Sie haben keine gravierenden Straftaten begangen
- Sie verfügen über gute Deutschkenntnisse und Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland
- Sie vertreten die Werte und Ziele der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes

Warum?

Es gibt viele gute Gründe deutscher Staatsangehöriger zu werden:

- Sie können mitbestimmen, wer in Deutschland regiert. Sie können auch auf Landesebene und Bundesebene wählen und gewählt werden
- Sie haben freien Zugang zu allen Berufen
- Sie genießen gleichberechtigten Schutz in allen Systemen der sozialen Sicherung
- Sie genießen Reise- und Visumserleichterungen für viele außereuropäische Staaten
- Sie müssen wegen der Passausstellung oder Passverlängerung nicht zu ausländischen Konsulaten oder Botschaften
- Sie können neben der deutschen Staatsangehörigkeit Ihre bisherige Staatsangehörigkeit behalten

WO?

☛ weitere Informationen:

- Im Internet: www.stuttgart.de; Stichwort Einbürgerung
- Persönliche Information, Beratung und Antragsabgabe:

Einbürgerungsbehörde Stuttgart:
 Eberhardstr. 39 (Schwabenzentrum), 70161 Stuttgart
 Zimmer 241 (Sprechzeiten: Mo bis Mi 08:30 bis 13:00 Uhr
 Do 13:00 bis 18:00 Uhr
 Fr 08:30 bis 12:00 Uhr)

Anlage 4: Plakat „Wir sind schon dabei!“



Anlage 5: Stuttgarter Zeitung „Viel Lob für die Einwanderungsstadt“ vom 05.10.2011

Viel Lob für die Einwanderungsstadt

Zuwanderung Das Bündnis für Integration wird zehn Jahre alt und lässt Bundespolitiker und Migrationsforscher schwärmen. Von *Nicole Höffe*

Die Folklore dürfte natürlich nicht fehlen. Gestern Abend wurde im Rathaus das zehnjährige Bestehen des Bündnisses für Integration gefeiert. Die Rollen während der Feier waren klar verteilt: eine nigerianische Trommelgruppe sorgte für die nötige Portion Multikulti, Oberbürgermeister Wolfgang Schuster für die gesetzten Worte und der Gastredner und Migrationsforscher Klaus Bade für die Pointen. „Hier in Stuttgart würde auch ich mich gerne einbürgern lassen“, ließ der Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration das Publikum wissen.

Während der Wissenschaftler Bade der Politik im Allgemeinen beschied, quasi 40 Jahre lang nichts für eine gelungene Integration der Einwanderer getan zu haben, sparte er nicht an Lob für die Stuttgarter Kommunalpolitik. „Stuttgart hat als eine der ersten deutschen Städte Integrationspolitik nicht nur als Sozialtherapie gegenüber Migranten als Benachteiligte verstanden.“ Vielmehr hätten der Oberbürgermeister und seine Integrationsabteilung frühzeitig die Potenziale der Migranten für Wirtschaft, Wissenschaft und die Stadtentwicklung erkannt und systematisch gefördert. Auch sei es der Politik und Verwaltung gelungen, eine breite Allianz für Integration aufzubauen.

Lob zum Jubiläum gab es auch von der Bundesregierung. Maria Böhmer, die Bundesbeauftragte für Migration, beschienigte Stuttgart, in Sachen Integrationspolitik zum Vorbild für viele deutsche Städte geworden zu sein. „Die Grundhaltung ist entscheidend, der Ansatz zu sagen, alle sind Stuttgarter, unabhängig von ihrer Nationa-

Für die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) ist denn auch eine Entwicklung bemerkenswert: Während in anderen Städten im Land die Einbürgerungsbereitschaft stagniert oder rückläufig ist, nimmt sie in Stuttgart zu. „Eine Stadt kann nur bestehen, wenn sie die Potenziale der Einwanderer frühzeitig erkennt und auch nutzt.“

Für Oberbürgermeister Wolfgang Schuster dagegen ist ein anderer Wert entscheidend: die Zufriedenheitsquote bei der Bürgerumfrage. „Die Umfragen haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sich zwischen 85 und 87 Prozent der Bürger in

Stuttgart wohlfühlen, eingeschlossen die Migranten.“ Schuster nutzte den Festakt, um noch einmal auf die zehn Jahre zurückzublicken: Das Bündnis wurde verabschiedet, aus der Integrationsabteilung im Sozialamt wurde eine höherangestufte Stabsstelle und aus dem Ausländerausschuss der Internationale Ausschuss, in dem sachverständige Migranten vertreten sind. „Wir haben uns bewusst als Einwanderungsstadt definiert und uns damals auch viel Kritik eingehandelt“, sagte Schuster. Für ihn aber ist klar: Eine Stadt ohne Zuwanderer wäre in vieler Hinsicht ärmer. „Dann hätten wir am Ende ein großes Altersheim.“

SIE HABEN MITGEFEIERT: FÜNF STIMMEN ZUM INTEGRATIONSKONZEPT



„Ich sehne mich in die Niederlande zurück“

Stuttgart ist eine schöne Stadt, trotzdem sehne ich mich in die Niederlande zurück, wo ich aufgewachsen bin. Dort haben Frauen mit Kopftuch die Chance auf gute Jobs, wenn sie qualifiziert sind. Den Haag erschien mir in dieser Hinsicht viel offener und toleranter als Stuttgart.

Naima Ameziane, 30



„Froh über den Paradigmenwechsel“

In Rumänien bin ich 1978 ausgewiesen worden, damals kam ich als Spätaussiedler nach Stuttgart. Ich bin froh, dass vor zehn Jahren in der Ausländerpolitik ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat, und sich Stuttgart zu einer Einwandererstadt erklärt hat, die sie schon damals war.

Georg Ceschan, 59



„In Stuttgart bin ich zuhause“

Mit zwei Jahren bin ich hierher gekommen, weil meine Eltern uns Kindern eine bessere Zukunft ermöglichen wollten. Im nächsten Jahr mache ich Abitur am Schickhardt-Gymnasium. Ich bin in Stuttgart zum Bündnis für Integration vor-her nie etwas gehört habe.

Leyla Tugül, 18



„Die deutsche Kultur akzeptieren“

1999 bin ich als Student nach Deutschland gekommen, 2004 habe ich mich einbürgern lassen. Man muss die deutsche Kultur akzeptieren, dann kann man die Menschen davon überzeugen, dass auch die nigerianische Kultur nicht schlecht ist. Integrationskonzepte können helfen.

John-Maurice Ezeani, 46



„Migranten sind ins soziale Leben einbezogen“

Ich habe einen griechischen Pass, fühle mich aber durch und durch als Stuttgarterin. Meine Eltern sind nach Griechenland zurückgekehrt, mein Mann und meine Töchter aber leben hier. An Stuttgart gefällt mir, dass Migranten ins politische und soziale Leben stark einbezogen sind.

Anna Labrinakou, 47

StZ, 05.10.2011

Anlage 6: Flyer der Hamburger Einbürgerungskampagne und des
Hamburger Einbürgerungsprojekts



Sultan Ahmad Popalyar
Einbürgerungslotse

Ali Güngörmüş
Sternekoch

Susianna Kentikian
Box-Weltmeisterin

**Hamburg. Mein Hafen.
Deutschland. Mein Zuhause.**

Entscheiden Sie sich für den deutschen Pass.
Machen Sie es für sich und für Hamburg.
Es bringt Ihnen wichtige Vorteile wie das Wahl-
recht und die Reisefreiheit. Jetzt informieren
unter www.einbuengerung.hamburg.de
oder unter: 040 – 42 82 80.


Hamburg

Vorderseite

Hamburg heißt Sie willkommen!

Die Vielfalt unserer Bürgerinnen und Bürger ist entscheidend für unsere Zukunft.

Sie leben schon seit langem in Deutschland, haben hier Ihren Lebensmittelpunkt, aber noch keinen deutschen Pass?

Sie sind Teil der Gesellschaft – werden Sie auch rechtlich gleichberechtigt und entscheiden Sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit.

**„Ich bin Hamburger
und Deutscher!“**



Piotr Trochowski
Fußballprofi

Wer kann eingebürgert werden?

Der **Anspruch auf Einbürgerung** besteht in der Regel dann, wenn die folgenden **Voraussetzungen** vorliegen:

- Sie **bekennen sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland**.
- Sie besitzen zum Zeitpunkt der Einbürgerung ein **unbefristetes Aufenthaltsrecht** (unter Umständen genügt auch eine befristete Aufenthaltserlaubnis).
- Sie haben **seit acht Jahren** (unter Umständen verkürzbar) Ihren gewöhnlichen rechtmäßigen Aufenthalt **in Deutschland**.
- Sie können den **Lebensunterhalt für sich und Ihre unterhaltsberechtigten Familienangehörigen** bestreiten (unter Umständen auch bei Bezug öffentlicher Leistungen möglich).
- Sie **geben Ihre bisherige Staatsangehörigkeit auf**, es sei denn die Aufgabe ist nicht oder nur unter besonders schwierigen Bedingungen möglich.
- Sie sind **nicht wegen einer Straftat verurteilt** (geringfügige Verurteilungen sind unbeachtlich).
- Sie haben **ausreichende Deutschkenntnisse** („Zertifikat B1“).
- Sie haben **Kenntnisse über die Rechts- und Gesellschaftsordnung** sowie die **Lebensverhältnisse in Deutschland** (Einbürgerungstest).

Welche Vorteile hat eine Einbürgerung?

Es gibt **gute Gründe**, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, z.B.

- die freie Wahl des Aufenthalts und des Wohnsitzes in Deutschland (**Freizügigkeit**) sowie in allen anderen Ländern der Europäischen Union,
- erleichterte Nachzugsmöglichkeiten für Familienangehörige,
- die **uneingeschränkte Berufsfreiheit**,
- **visafreie Reisemöglichkeit** in viele Länder und Schutz im Ausland durch die deutsche Auslandsvertretung,
- das aktive und passive **Wahlrecht** bei Bezirksversammlungs-, Bürgerschafts-, Bundestags- und Europawahlen.

„Ich habe mich für die Einbürgerung entschieden, um auch beruflich frei meinen Weg zu gehen.“

Mayra Hidalgo
Jura-Studentin



Wer unterstützt mich bei der Einbürgerung?

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat ein einzigartiges Angebot ins Leben gerufen: die **Einbürgerungslotsen**.

Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund stehen Interessierten aller Nationalitäten mit Rat und Unterstützung zur Seite, wenn es um ihr Einbürgerungsverfahren geht.

Einbürgerungslotsen arbeiten ehrenamtlich und helfen, indem sie

- **in Ihre Community kommen**, um Sie zu informieren,
- **Sie bei der Antragstellung und bei Formalitäten unterstützen**,
- **bei Unklarheiten und Problemen vermitteln**,
- **Sie bei Behördengängen begleiten**.

Das Team der Einbürgerungslotsen besteht aus erfahrenen Personen aus Ihrer jeweiligen Community, die mit Ihrer Sprache, Ihrer Kultur und mit dem Thema „Einbürgerung“ vertraut sind.

Auch für Ihr Anliegen steht ein Lotse bereit!

Leitung Projekt Einbürgerung:

Frau Meryem Çelikkol
TGH Türkische Gemeinde Hamburg
Hospitalstraße 111, TGH Haus
22767 Hamburg

Telefonkontakt: 040 – 413 66 09 32
Mailkontakt: Meryem.Celikkol@tghamburg.de

Der Weg zur Einbürgerung.

Jede Einbürgerungsbiografie ist unterschiedlich. Besuchen Sie die **Einbürgerungsabteilung** im **Einwohner-Zentralamt** und lassen Sie sich persönlich beraten!

Sie erhalten dort Informationen zu Ihrer individuellen Einbürgerungsperspektive und auf Wunsch ein Antragsformular (auch online abrufbar unter: www.hamburg.de/antragsformular/109070).

Wenn Sie sich entschieden haben, einen Einbürgerungsantrag zu stellen, werden in der Regel Gebühren in Höhe von 255 Euro pro Erwachsener und 51 Euro pro Kind erhoben.

Behörde für Inneres

Einwohner-Zentralamt
Einbürgerungsabteilung
Amsinckstraße 34
20097 Hamburg

Öffnungszeiten:

montags und freitags 08.00-12.00 Uhr,
dienstags und mittwochs geschlossen,
donnerstags 08.00-15.00 Uhr (allgemeine Sprechzeit)
sowie 15.00-17.00 Uhr (nur nach Vereinbarung)

Telefonkontakt:

040 – 428 280

Telefonische Erreichbarkeit:

montags 13.00-15.00 Uhr sowie mittwochs 10.00-12.00 Uhr

Mailkontakt:

Staatsangeh undEinbuerg@bfi-e.hamburg.de

Impressum:

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und
Verbraucherschutz
Hamburger Straße 47
22083 Hamburg


Bestellungen über:

publikationen@bsg.hamburg.de

Druck:

Karl Bergmann & Sohn

www.einbuergung.hamburg.de

**Projekt Einbürgerung**
„Ich bin Hamburger!“

TGH
TÜRKISCHE
GEMEINDE
HAMBURG
UND UMGEBUNG e.V.

Das **Einbürgerungsprojekt „Ich bin Hamburger!“** der Türkischen Gemeinde in Hamburg (TGH) spricht **alle Einbürgerungsinteressierten sämtlicher Nationalitäten** an. Ca. **50 Lotsen** engagieren sich **ehrenamtlich** und sind in der Thematik gut geschult. Die Lotsen kommen **aus ihren Communities** und **beraten und unterstützen Sie bei der Einbürgerung.**

Sie möchten sich einbürgern lassen, aber

- Sie haben Fragen zu den Voraussetzungen und Vorteilen einer Einbürgerung,
- Sie haben Hemmungen vor den deutschen Behörden,
- Ihnen ist der Antrag auf Einbürgerung zu kompliziert,
- Sie wissen nicht, wie und ob Sie sich ausbürgern lassen müssen,
- Sie sind sich nicht sicher, ob Ihre Familie mit eingebürgert werden kann.

Dann sind unsere Lotsen Ihnen behilflich, indem sie Sie zu Behörden begleiten, mit Ihnen gemeinsam den Antrag ausfüllen, schauen, ob Sie alle nötigen Unterlagen beisammen haben und sich bei den entsprechenden Konsulaten oder Botschaften bezüglich der Ausbürgerung erkundigen. Kurz, die Lotsen klären auf, räumen Vorurteile aus dem Weg und stehen Ihnen zur Seite.

Wir fördern die Verständigung zwischen Bürgern und Behörden und stellen einen klaren und direkten Dialog her.

Brauchen Sie Informationen oder Hilfe bezüglich der Einbürgerung? Dann kontaktieren Sie uns gern!

Türkische Gemeinde Hamburg e.V.
Projekt Einbürgerung „Ich bin Hamburger!“
Projektleitung: Meryem Çelikkol

Hospitalstraße 111 · TGH Haus · 22767 Hamburg
Tel.: 040-413 66 09 -32 · Fax: 040-413 66 09 -69
Mail: meryem.celikkol@tghamburg.de
Website: www.tghamburg.de



Projekt Einbürgerung „Ben Hamburg’luyum!“



Hamburg Türk Toplumu’nun uyguladığı “Ich bin Hamburger!” (Ben Hamburg’luyum!) isimli projesi farklı ülkelerden gelip Alman vatandaşlığına geçmek isteyen insanlara hitap etmektedir. Bu alanda bilgili yaklaşık 50 Vatandaşlık Gönüllüsü sizlere yardımcı olmaktadır. Bu Vatandaşlık Gönüllüleri sizlerin geldiği ülkelerden geliyorlar ve vatandaşlık konusunda ilgilenen kişilere danışmanlık yaparak yardımcı olmaktadır.

Siz de Alman vatandaşlığına geçmek istiyorsunuz, fakat

- vatandaşlığa geçişin şartları ve getireceği avantajlar hakkında sorularınız var,
- Alman resmi makamları ile irtibata geçişte önyargılısınız,
- sizin için başvuru formu çok karmaşık
- geldiğiniz ülkenin vatandaşlığından çıkıp çıkmayacağınız konusunda bilginiz yok,
- aile bireylerinizin de sizinle birlikte vatandaşlığa geçip geçemeyeceği konusunda bilginiz eksik.

Yukarıda belirtilen hususlara yanıtınız evet ise, bizim Vatandaşlık Gönüllülerimiz sizlere resmi makamlarda eşlik ederek, başvuru formunu birlikte doğru şekilde doldurmada, evraklarınızın eksiksiz olmasında, Konsolosluk veya Büyükelçiliklerde vatandaşlıktan çıkma konusunda bilgi alma hususlarında yardımcı olmaktadır. Kısacası Vatandaşlık Gönüllülerimiz sizlere, sorunlarınıza çözüm üreterek ve önyargılarınızı ortadan kaldırarak yardımcı olmaktadır.

Bizler proje olarak resmi makamlar ile vatandaşlar arasında iletişimi destekleyerek direkt bir diyalogun gerçekleşmesini sağlıyoruz.

Vatandaşlığa geçiş konusunda bilgilenmek istiyor veya yardıma ihtiyacınız var ise, bizimle çekinmeden bağlantıya geçebilirsiniz.

Türkische Gemeinde Hamburg e.V.
Projekt Einbürgerung „Ich bin Hamburger!“
Projektleitung: Meryem Çelikkol

Hospitalstraße 111 · TGH Haus · 22767 Hamburg

Tel.: 040-413 66 09 -32 · Fax: 040-413 66 09 -69

Mail: meryem.celikkol@tghamburg.de

Website: www.tghamburg.de

Hinweis: Eine aktualisierte Version des Flyers (u.a. mit den Daten von Tülin Akkoç) war zur Zeit des Interviews noch in Druck, daher sind auf diesem Flyer teils veraltete Daten zu finden.

Aktuelle Kontaktdaten von Frau Tülin Akkoç finden sich auf folgender Visitenkarte:



Anlage 7: Interviewprotokoll zum Hamburger Einbürgerungsprojekt

Protokoll des Interviews mit Tülin Akkoç, Projektleiterin des Hamburger Einbürgerungsprojektes „Ich bin Hamburger!“

Hamburg, 28.08.2012

Wobei handelt es sich bei dem Einbürgerungsprojekt „Ich bin Hamburger!“? Welche Ziele hat es?

Das Projekt „Ich bin Hamburger!“ wurde von der Türkischen Gemeinde Hamburg und Umgebung e.V. (TGH) mit der Förderung der Stadt Hamburg initiiert, die zum gleichen Zeitpunkt mit ihrer Einbürgerungskampagne gestartet hat. Es begann im April 2010 und war auf zwei Jahre angelegt. Kernstück des Projekts sind die „Einbürgerungslotsen“ und die „Koordinatoren“.

Ziel unseres Projektes ist es, den Prozess der Einbürgerung zu vereinfachen und zu beschleunigen. So sollen die Einbürgerungszahlen vervielfältigt werden. Unsere Koordinatoren aus den verschiedenen Communities (Westafrika, Russland, Südamerika etc.) nehmen über Veranstaltungen o.ä. direkten Kontakt zu den Einbürgerungsinteressierten auf und vermitteln bei Bedarf Kontakt zu den Einbürgerungslotsen, die den Einbürgerungsbewerber bei der Einbürgerung behilflich sind.

Alle zwei Monate finden unsere sogenannten „Lotsen-Workshops“ statt, in denen die Einbürgerungslotsen und auch die Koordinatoren im Bereich Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht geschult werden. Herr Klusmann von der BIS (Behörde für Inneres und Sport) gibt dann einführende Einblicke in die Grundlagen zur Einbürgerung.

Da das Projekt großen Erfolg hatte, wurde es bis Ende 2014, also nochmals um drei Jahre, verlängert. Den bisherigen Erfolg haben wir auch

unserer Kollegin Frau Çelikkol zu verdanken, die das Projekt bis Ende 2011 geleitet hat. Seit Februar 2012 leite ich, Tülin Akkoç, dieses Projekt.

Die Bausteine der Hamburger Einbürgerungsinitiative sind Folgende:

- Fortführung der städtischen Kampagne „Hamburg. Mein Hafen - Deutschland. Mein Zuhause.“ einschließlich des erfolgreichen Projektes „Ich bin Hamburger!“
- Regelmäßige Einbürgerungsfeiern im Rathaus mit Begrüßung der neu eingebürgerten Hamburgerinnen und Hamburger durch den ersten Bürgermeister Olaf Scholz
- Briefkampagne des Ersten Bürgermeisters, die sogenannte „Briefoffensive“ an alle 137.000 Hamburger ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die mindestens 16 Jahre alt sind und die zeitlichen Voraussetzungen erfüllen

Wie viele Koordinatoren und Einbürgerungslotsen gibt es insgesamt?

Mittlerweile haben wir neun Koordinatoren und 92 ehrenamtliche Lotsen:

- Deutsche ohne Migrationshintergrund: 12
- Türkei: 21
- Naher und mittlerer Osten: Iran (8), Afghanistan (7), Irak (1), Armenien (1)
- Fernost: Vietnam (1), Malaysia (1)
- Balkan: Bosnien (und Herzegowina) (4), Serbien (1), Bulgarien (2), Kroatien (2)
- Russischsprachige Community: Russland (5), Ukraine (3), Weißrussland (2), Lettland (1), Litauen (1)

- Lateinamerika: Bolivien (3), Chile (1), Ecuador (2), Nicaragua (1), Kolumbien (1), Mexico (1)
- Afrika: Togo (1), Elfenbeinküste (1), Eritrea (1), Ghana (1), Mali (1), Algerien (1), Tunesien (2), Ägypten (1), Kenia (1)

Wie viele Personen haben das Angebot schon in Anspruch genommen bzw. werden zurzeit unterstützt?

Über 3.500 Menschen wurden bereits auf das Projekt und die Kampagne über das Internet, Infoveranstaltungen, Mundpropaganda, etc. aufmerksam gemacht. Im Rahmen des Einbürgerungsprojekts wurden bei der TGH bereits über 800 Beratungen erfasst. In den Beratungen wird ermittelt, ob die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllt sind. Wir informieren, bieten Hilfestellung beim Ausfüllen des Antragformulars, machen die Termine bei den Sachbearbeitern wenn dies gewünscht wird und vermitteln Lotsen etc. In einem von der TGH entwickelten Fragebogen werden dann die Daten in einer Datenbank erfasst, diese bleiben aber bei der TGH.

Es gibt aber auch viele, die einfach zwischendurch anrufen, um sich zu informieren. Wenn man diese Personen dazu zählt, ist die Zahl der Beratungen weitaus größer.

Wer (bezogen auf die Staatsangehörigkeit) nimmt das Angebot am häufigsten in Anspruch?

Da die türkischen Migranten die größte Gruppe darstellen, nehmen diese das Angebot am häufigsten in Anspruch. Aber auch Iraner und Afghanen und besonders die Russische und Serbische Community nimmt unsere Hilfe an. Gerade bei den beiden letztgenannten und auch bei der

türkischen Community gestaltet sich die Ausbürgerung oftmals schwierig: In ehemaligen Kriegsgebieten fehlen die Dokumente; bei den türkischen Männern gibt es Probleme bei Ausbürgerung bzgl. des eventuell nicht geleistete Militärdienstes.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den Einbürgerungsbehörden?

Die Koordination zwischen Einbürgerungsbehörden und unser Projektleitung läuft ganz eng. Wir haben immer Kontakt mit Sachbearbeiter/innen, die wir jederzeit erreichen können. Ich als Projektleitung wurde den einzelnen Sachbearbeitern und natürlich auch den Referatsleitern und dem Abteilungsleiter persönlich vorgestellt. Es besteht großes Interesse, mit uns zusammenzuarbeiten. Bei Ungereimtheiten, Problemen oder Fragen nach dem Status der Bearbeitung von Anträgen rufen wir beim jeweiligen Sachbearbeiter an, bei etwas komplizierteren Fällen auch mal beim Referatsleiter. Manchmal läuft es dann einfach schneller, Missverständnisse klären sich etc. Auch die Sachbearbeiter sind Menschen und haben vielleicht mal etwas vergessen. Wir laden sie außerdem zu unseren Workshops ein. Auch beim ersten Stammtisch waren sie dabei.

Welche Kosten entstehen, und wer übernimmt diese?

Die Kosten übernimmt die BASFI (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration). Hauptsächlich entstehen Kosten für folgende Posten:

- Personalkosten (Projektleitung und Koordinatoren)
- Aufwandsentschädigung für die Lotsen
- Sachkosten (Flyer, Büromaterial, Telefon, Kopien, Porto etc.)

- Fortbildung/ Fahrgelder
- Workshops (gastronomische Verpflegung)

Die Gebühr für die Antragsstellung in der Einbürgerungsbehörde beträgt 255,- Euro, für ein miteinzubürgendes Kind 51,- Euro. Wenn man Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung bezieht, kann man eine Gebührenermäßigung bekommen. Bei der Antragstellung wird nicht explizit auf diese Möglichkeit hingewiesen, deshalb machen wir das. Dann müssen die Einbürgerungsbewerber nur die Hälfte der Gebühr bezahlen.

Auch bei der Entlassung aus der Ursprungsstaatsangehörigkeit entstehen Kosten (Übersetzung von Dokumenten, Bearbeitungsgebühren etc.), diese variieren aber.

Kann man schon Erfolge im Einbürgerungsverfahren feststellen (schnellere Bearbeitungszeit o.ä.)?

Ja, man kann schon Fortschritte erkennen. Unter Einbeziehung der Briefoffensive des Ersten Bürgermeisters sind in der Zeit von Januar 2012 bis Mai 2012 insgesamt 2.980 Einbürgerungsanträge gestellt worden. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit 2.192 Anträgen bedeutet dies eine Steigerung um 35,95 %.

Bei den Beratungsgesprächen der Einbürgerungsbehörde ist eine Steigerung von über 50 % zu verzeichnen, nämlich von 3.820 Beratungen im Zeitraum von Januar 2011 bis Mai 2011 auf 5.810 Beratungen im Vergleichszeitraum 2012.

Ganz aktuell (24.08.2012, 06:24 Uhr): Bis Juni erhielten mehr Ausländer einen deutschen Pass als im gesamten Jahr 2010. (Quelle: Hamburger Abendblatt 27.08.2012)

Die Personen, die zu uns kommen, sind sehr dankbar für die Hilfe, die wir Ihnen anbieten. Einige Antragssteller haben vorher mit den Behörden schlechte Erfahrungen gemacht und sind umso dankbarer, wenn sie von uns auch noch in ihrer Heimatsprache beraten werden. Wir verlangen zum einen keine Beratungsgebühr (wie beispielweise Anwälte), wir beraten in ihrer Heimatsprache, und wenn dies gewünscht wird, erfolgt die Beratung bei den Einbürgerungsinteressierten zu Hause.

Traten bisher Probleme bei der Umsetzung bzw. Zusammenarbeit oder Koordination auf?

Bei der Zusammenarbeit mit den Behörden sehe ich keinen Verbesserungsbedarf.

Im Einbürgerungsverfahren selber haben wir meistens Probleme mit Flüchtlingen, die aus Kriegsregionen stammen und wichtige Dokumente verloren haben. Daneben haben wir bei der Ausbürgerung folgende Schwierigkeiten:

- Kinder von anerkannten Flüchtlingen sind nicht beim Konsulat registriert worden und können der Forderung nach Ausbürgerung mit Vollendung des 18. Lebensjahres nicht nachkommen,
- junge Männer werden nicht ausgebürgert, da sie den Militärdienst im Land ihrer Staatsangehörigkeit nicht absolviert haben, bzw. sie wurden beim jeweiligen Konsulat „falsch“ registriert (z.B. falsches Geschlecht, falsches Geburtsdatum), daher muss über eine Vollmacht eines Anwaltes im jeweiligen Land zunächst die

Registrierung per Gerichtsurteil berichtigt werden, was mit hohen Kosten und viel Zeit verbunden ist

Wie wichtig ist die Einbürgerung für Ihre Organisation im Zusammenhang mit Integration?

Zu allererst muss ich betonen, dass es natürlich jeder für sich selbst entscheiden muss, ob er sich einbürgern lassen will oder nicht. Es wird niemand dazu gezwungen oder dazu überredet. Ich kann lediglich die Vorteile nennen, die man dadurch hat und Hilfe bei der Antragsstellung anbieten. Beispielsweise erhalten sie freien Zugang zu allen Berufen (Beamtenanstellungen, Berufsfeuerwehr), oder das Wahlrecht. Für die Partizipation am gesellschaftlichen Leben ist es auch wichtig, auf politischer Ebene - egal ob auf Bundesebene oder ob auf Kommunalebene - mitbestimmen zu können.

Generell kann man sagen, dass man für die Einbürgerung sowieso bestimmte Voraussetzungen erfüllen muss, z.B. man darf keine gravierenden Straftaten begangen haben, man muss ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen sowie Kenntnisse über die Politik- und Gesellschaftsordnung, und man braucht einen Job. Und genau diese Punkte werden doch in der öffentlich geführten Integrationsdebatte von den Migranten gefordert.

Wie stehen Sie und die TGH zur doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit? Würde die Hinnahme Auswirkungen auf die Zahl der Einbürgerungen haben?

Ich persönlich habe mich vor ca. 10 Jahren einbürgern lassen. Nicht nur ich, sondern auch die TGH spricht sich ganz deutlich FÜR die doppelte

Staatsbürgerschaft aus. Das wird ja auch politisch sehr diskutiert. Ich persönlich sehe da keine Nachteile für Deutschland, wenn jemand die doppelte Staatsangehörigkeit hat.

Meiner Ansicht nach ist es sehr gut möglich, dass durch das Recht auf die doppelte Staatsangehörigkeit die Einbürgerungszahlen steigen könnten, da bestimmte Personen nicht mehr in einen moralischen Konflikt kommen.

Für den Fall der Türkei ist es so, dass die türkische Regierung allen türkischstämmigen eingebürgerten Deutschen die sogenannte „Blaue Karte“ (Mavi Kart, früher Pembe Kart), gibt. Zwar erhalten sie dadurch wieder viele Rechte in der Türkei, allerdings nicht das Wahlrecht. Deshalb gibt es trotzdem noch viele, die ihren türkischen Pass nicht weggeben wollen. Zu dieser Personengruppe gehören oft die etwas älteren Generationen, beispielsweise auch meine Eltern. Und genau für diese Gruppe würde im Falle der doppelten Staatsbürgerschaft dieser Konflikt nicht mehr aufkommen.

Anlage 8: Internetquelle Auswärtiges Amt, Visumerleichterungen

Auswärtiges Amt - Visumerleichterungsabkommen

http://www.auswaertiges-amt.de/sid_375DFBFAB19...



Auswärtiges Amt

Abkommen zur Visumerleichterung

Die Europäische Union hat Visumerleichterungsabkommen mit folgenden Staaten abgeschlossen (Datum der Unterzeichnung):

- Russische Föderation (25.05.2006)
- Ukraine (18.06.2007)
- Republik Moldau (10.10.2007)
- Serbien (18.09.2007)
- Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (18.09.2007)
- Montenegro (18.09.2007)
- Bosnien und Herzegowina (18.09.2007)
- Albanien (18.09.2007)
- Georgien (17.06.2010)

Das Visumerleichterungsabkommen mit Russland ist am 01.06.2007 in Kraft getreten, die übrigen Abkommen – mit Ausnahme des mit Georgien – zum 01.01.2008. Das Visumerleichterungsabkommen mit Georgien ist am 01.03.2011 in Kraft getreten.

Die sich in Inhalt und Struktur ähnelnden Abkommen gelten **für geplante Aufenthalte im Schengenraum von bis zu 90 Tagen im Halbjahr (Kurzzeitaufenthalte)**. Sie gelten jeweils **für die Staatsangehörigen dieser Länder weltweit**.

Visumfreiheit für Staatsangehörige von Albanien, Bosnien und Herzegowina, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien

Zum 19.12.2009 wurde die Visumpflicht für Staatsangehörige der EJR Mazedonien, Montenegros und Serbiens für Aufenthalte im Schengenraum von bis zu 90 Tagen im Halbjahr aufgehoben, sofern sie Inhaber eines biometrischen Passes sind (vgl. Anhang II, Teil 1 der EU-VisaVO).

Zum 15.12.2010 wurde die Visumpflicht auch für Staatsangehörige von Albanien sowie Bosnien und Herzegowina für Aufenthalte im Schengenraum von bis zu 90 Tagen im Halbjahr aufgehoben. Auch diese Regelung gilt nur für Inhaber biometrischer Pässe. Für Staatsangehörige ohne biometrischen Pass besteht die Visumpflicht jedoch fort und die genannten Visumerleichterungsabkommen finden weiterhin Anwendung.

Staatsangehörige von Kosovo unterliegen weiterhin der Visumpflicht, auch wenn sie Inhaber eines serbischen Passes sind.

Wesentliche Inhalte der Abkommen

Die Schwerpunkte der Abkommen sind:

- **Erleichterungen beim Nachweis des Reisezwecks** (Art. 4; zum Beispiel für offizielle Delegationen, Geschäftsleute, LKW-Fahrer, Journalisten, Schüler und Studenten sowie enge Familienangehörige)
- **Verstärkte Vergabe von unechten Jahres- und Mehrjahresvisa** an privilegierte Personengruppen (berechtigter Personenkreis wie oben)
- Grundsätzlich Festschreibung der **Visumgebühr auf 35 Euro** (Art. 6), dabei verschiedene Befreiungen von der Visumgebühr (beispielsweise für Verwandtenbesuche).
- **Regelbearbeitungszeit von 10 Kalendertagen** nach Antragseingang (Art. 7)
- **Wegfall der Visumpflicht für Inhaber von Diplomatenpässen** (Art. 10 oder 11)

Die Abkommen finden Sie unter den Links in der rechten Spalte.

Stand 15.12.2010

Dokumente

- [Abkommen zwischen der EU und Albanien PDF | 168 KB](#)
- [Abkommen zwischen der EU und Bosnien und Herzegowina PDF | 237 KB](#)
- [Abkommen zwischen der EU und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien PDF | 100 KB](#)
- [Abkommen zwischen der EU und der Republik Moldau PDF | 215 KB](#)
- [Abkommen zwischen der EU und Montenegro PDF | 219 KB](#)
- [Abkommen zwischen der EU und der Russischen Föderation PDF | 91 KB](#)
- [Abkommen zwischen der EU und Serbien PDF | 187 KB](#)
- [Abkommen zwischen der EU und der Ukraine PDF | 82 KB](#)
- [Abkommen zwischen der EU und Georgien PDF | 881 KB](#)

© 1995-2012 Auswärtiges Amt

Anlage 9: Internetquelle Auswärtiges Amt, Länderinformationen [07.09.2012]

Auswärtiges Amt - Reise- und Sicherheitshinweise - ... <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinforma...>



Dominikanische Republik: Reise- und Sicherheitshinweise

Stand 07.09.2012
(Unverändert gültig seit: 26.07.2012)

- [Aktuelle Hinweise](#)
- [Landesspezifische Sicherheitshinweise](#)
- [Allgemeine Reiseinformationen](#)
- [Einreisebestimmungen für deutsche Staatsangehörige](#)
- [Besondere strafrechtliche Bestimmungen](#)
- [Besondere Zollvorschriften](#)
- [Medizinische Hinweise](#)

Letzte Änderungen:
Einreisebestimmungen fuer deutsche Staatsangehörige (VISUM)

Aktuelle Hinweise

Seit Mitte Dezember lässt sich eine erhöhte seismische Aktivität im Raum Puerto Rico/Hispaniola feststellen. Drei Erdbeben erreichten eine Stärke von mehr als 5,0 auf der Richterskala, richteten jedoch nur geringe Sachschäden an.

Als Folge der andauernden Cholera-Epidemie im Nachbarland Haiti hat sich der Krankheitserreger auch in der Dominikanischen Republik ausgebreitet. Die Ansteckungsgefahr für Reisende in der Dominikanischen Republik ist ohne engen Kontakt zu Erkrankten, beispielsweise in Krankenhäusern, sehr gering.

Cholera wird typischerweise über ungenügend aufbereitetes Trinkwasser oder rohe Lebensmittel übertragen. Daher sind hier die üblichen Empfehlungen zur Vermeidung von Magen-Darminfektionen besonders zu beachten. Weitere Informationen hierzu sowie zur Cholera im Allgemeinen finden Sie im Abschnitt „Medizinische Hinweise“ sowie in einem Merkblatt des Auswärtigen Amts (http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/01-Laender/Gesundheitsdienst/MerkblaetterListe_node.html)

Landesspezifische Sicherheitshinweise

Kriminalität

Die Kriminalität im Land ist hoch. Sie richtet sich allerdings nur selten gezielt gegen Ausländer, sondern bedroht alle Bevölkerungsgruppen und daher auch die ausländischen Touristen und Residenten. Zu erhöhter Vorsicht wird geraten. Beim Verlassen der Touristenzentren besteht insbesondere in einsameren, ländlichen Gegenden und für Einzelreisende die Gefahr von Überfällen. Ausflüge sollten nur mit ansässigen renommierten Touristikunternehmen mit Versicherungsschutz durchgeführt werden. Der Versicherungsschutz der Busunternehmer ist im Vergleich zu Deutschland geringer.

Wertsachen sollten nur in unbedingt erforderlichem Umfang mitgeführt und stets – sofern vorhanden – in einem Safe deponiert werden. Auf Schmuck, auch billigen Modeschmuck, sollte verzichtet werden. Armenviertel sollten Sie nur in Begleitung Ortskundiger betreten. In größeren Menschenansammlungen (Märkte, Busbahnhöfe, Busfahrten, Tanzlokale etc.) sollten Sie besonders auf Geldbörsen und Wertsachen achten. Wichtige Dokumente (Flugschein, Reisepass, Führerschein, Adressenlisten etc.) sollten nur in Fotokopie mitgeführt und Originale im Safe des Hotels hinterlegt werden. Bei Übergabe von Wertgegenständen an Hotelsafes ist in manchen Fällen die Anfertigung einer detaillierten Übergabeliste mit unterschrieblicher Bestätigung der Hotelleitung zu empfehlen. Die Rechtsverhältnisse im Verlustfall sollten unter Zeugen vor Übergabe geklärt werden.

Dominikaner tragen teilweise Handfeuerwaffen mit sich und setzen diese auch immer wieder im Konfliktfall als Drohmittel ein. Vermeiden Sie daher generell bei Meinungsverschiedenheiten oder bei Konflikten aggressives Auftreten.

Allgemeine Reiseinformationen

Sprache

Die Landessprache ist Spanisch. In den Hotels und Gebieten mit hohem Touristenaufkommen ist eine Verständigung auf Englisch, seltener auf Deutsch, mit Einschränkungen möglich.

Naturkatastrophen

In Mexiko, in Zentralamerika, der Karibik und den südlichen Bundesstaaten der USA ist von Juni bis November Wirbelsturmsaison. Es muss mit Tropenstürmen, starken Regenfällen und unter Umständen auch mit Erdbeben gerechnet werden. Reisende sollten die regionalen Wettervorhersagen verfolgen und die Hinweise der lokalen Sicherheitsbehörden beachten. Aktuelle Informationen über Wirbelstürme sind im Internet u.a. unter www.nhc.noaa.gov abrufbar.

Die Dominikanische Republik ist ein erdbebengefährdetes Land. Es muss immer mit unvorhersehbar einsetzender tektonischer Aktivität gerechnet werden.

Infrastruktur

Die Dominikanische Republik ist eines der touristischen Schwerpunktländer in der Karibik. Das Straßennetz zwischen den verschiedenen Touristenzentren ist gut ausgebaut. Abseits dieser Hauptstraßen sind aber oftmals nur Geländewagen geeignete Fortbewegungsmittel. Straßenschäden, u.a. als Folge von Überschwemmungen, sind häufig.

Straßenverkehr

Im Straßenverkehr ist wegen der im Lande üblichen aggressiven Fahrweise und der häufigen Nichtbeachtung der Verkehrsregeln besonders umsichtiges und defensives Verhalten geboten. Eine Festnahme aller Beteiligten nach einem Unfall, auch über Nacht, ist nicht selten, bei Unfällen mit Personenschäden die Regel. Bei einem Unfall sollte die Polizei gerufen und die für die Schadensregulierung erforderlichen Daten (auch Namen von Zeugen) umgehend aufgenommen werden. Aufgrund oft nicht vorhandenem Versicherungsschutz oder Fahrerlaubnis ist die Gefahr von Fahrerflucht hoch.

Anmietung von Motorrädern

Beim Mieten von Motorrädern ist Vorsicht geboten, da diese immer wieder gestohlen werden und die örtlichen Versicherungen nicht für diesen Verlust haften. Der Mieter ist gemäß dem üblichen Mietvertrag verpflichtet, den Wert des Motorrades zu ersetzen. Die Kosten betragen in der Regel 2.000-3.000 US-Dollar, bei Nichtbezahlung droht die Festnahme.

Erwerb von Immobilien

Der Erwerb von Immobilien oder Time-Share-Objekten sollte keinesfalls ohne Mitwirkung eines seriösen Rechtsanwalts oder Notars abgewickelt werden. Vor Angeboten unseriöser Kreditgeber oder Vermittler, gleich welcher Nationalität, wird gewarnt.

Geld

Devisen, nach Möglichkeit US-Dollar-Traveler-Schecks, sollten nur bei hierzu autorisierten Stellen (Banken, Hotels, Wechselstuben) in Landeswährung umgetauscht werden. Zunehmend ist der Umtausch von Euro bei den hiesigen Geschäftsbanken möglich. Auf der Straße sollten Devisen jedoch auf keinen Fall getauscht werden, da ein solcher Tausch nicht nur strafbar, sondern auch die Gefahr des Betruges gegeben ist. Es gibt einige Geldautomaten, die in das MAESTRO-System integriert sind, und an denen mit der EC-Karte Bargeld gezogen werden kann.

Kreditkarten

In fast allen Hotels, Geschäften und Restaurants werden Kreditkarten (Eurocard/Mastercard, Visacard) akzeptiert. Es sind wiederholt Fälle bekannt geworden, in denen mit zuvor in der Dominikanischen Republik genutzten Kreditkarten in einem Drittland widerrechtliche Zahlungen getätigt wurden. Vor diesem Hintergrund ist eine Bargeldzahlung dem Einsatz der Kreditkarte vorzuziehen. Zusätzlich sollten Sie Ihre Aufenthalte klar und nachweisbar dokumentieren, um sich bei einer möglichen Schadensregulierung gegenüber dem Kreditinstitut erklären zu können.

Hilfe in Notfällen

In Notfällen wenden Sie sich bitte zunächst an Ihre Reiseleitung. Bei Pauschalreisen ist es üblich, dass das Unternehmen seinen Kunden in einer Notlage hilft. Sollte die Reiseleitung Ihr Problem nicht beheben können, wird Ihnen die Konsularabteilung der Deutschen Botschaft in Santo Domingo im Rahmen ihrer Möglichkeiten gern weiterhelfen.

Auslandsreisende sollten auf jeden Fall auch an den Krankenversicherungsschutz denken. Es existiert mit der Dominikanischen Republik, wie mit fast allen außereuropäischen Staaten, kein Sozialversicherungsabkommen. Deutsche Krankenkassen kommen für ambulante und stationäre Behandlungen in der Dominikanischen Republik oder gar für einen notwendigen Rücktransport nicht auf. **Daher ist es unbedingt notwendig, eine private Auslandsreisekrankenversicherung abzuschließen.** Die Behandlungskosten in Arztpraxen und privaten Krankenhäusern sind deutlich höher als in Deutschland. Personen, die ihre Rechnungen nicht begleichen können, werden regelmäßig festgehalten und erst nach Erteilung einer Kostenübernahmeerklärung durch die Krankenversicherung entlassen. Es wird daher empfohlen vor der Reise zu klären, ob die Auslandskrankenversicherung bereit und in der Lage (spanische Sprachkenntnisse) ist, gegebenenfalls eine solche Erklärung abzugeben.

Es wird außerdem daraufhin hingewiesen, dass sich Individualreisende vor Reisebeginn einen Überblick über die im Urlaubsgebiet vorhandenen Ärzte und Krankenhäuser verschaffen sollten, da in einigen abgelegenen touristischen Gebieten die Dichte der Einrichtungen mit ärztlicher Versorgung sehr gering ist und bei Notfällen eine rasche Reaktion zur Ersten Hilfe nicht immer gewährleistet ist. Die Botschaft empfiehlt daher, entsprechende Kontakttelefonnummern griffbereit zu halten.

Einreisebestimmungen für deutsche Staatsangehörige

Visum

Deutsche Staatsangehörige benötigen für die Einreise und einen Aufenthalt bis zu 60 Tagen kein Visum. Bei der Einreise muss eine Touristenkarte für 10,- US-Dollar gekauft werden, die 60 Tage gültig ist. Bei einem touristischen Aufenthalt von mehr als 60 Tagen

muss beim zuständigen Ausländeramt (Departamento de Extranjería, Dirección General de Migración) eine gebührenpflichtige Verlängerung beantragt werden.

Bei der Ausreise ist eine Flughafensteuer in Höhe von 20,- US-Dollar zu bezahlen. Einige Fluggesellschaften haben diese Steuer bereits in ihrem Flugpreis enthalten. Ab einer Aufenthaltsdauer von mehr als 30 Tagen muss zusätzlich eine progressive Gebühr gezahlt werden. Die aktuellen Gebührensätze können Sie auf der Internetseite der dominikanischen Migrationsbehörde unter www.migracion.gov.do/tarifas.html einsehen.

Reisende, die beabsichtigen, ihren regelmäßigen Wohnsitz in die Dominikanische Republik zu verlegen, sollten bereits bei der zuständigen dominikanischen Auslandsvertretung im Inland ein Visum für einen Daueraufenthalt beantragen. Die Beantragung der Aufenthaltserlaubnis direkt in der Dominikanischen Republik ist ohne vorheriges auf den Aufenthaltswitzweck abgestimmtes Einreisevisum nicht mehr möglich. Das Vorhandensein eines solchen Visums wird seit Mitte 2012 verstärkt kontrolliert.

Reisedokumente

Mit folgenden Dokumenten ist die Einreise für deutsche Staatsangehörige möglich:

Reisedokumente	Einreise möglich / Bedingungen
Reisepass	Ja
vorläufiger Reisepass	Ja
Personalausweis	Nein
vorläufiger Personalausweis	Nein
Kinderreisepass	Ja
Noch gültiger Kinderausweis nach altem Muster (der Kinderausweis wird seit 1. Januar 2006 nicht mehr ausgestellt)	Ja, für Kinder älter als 3 Jahre muss der Kinderausweis mit einem Foto versehen sein
Anmerkungen	Das Ausweisdokument muss über die gesamte Reisedauer bis zur Ausreise aus der Dominikanischen Republik gültig sein

Kindereinträge im Reisepass eines Elternteils sind seit dem 26.06.2012 nicht mehr gültig. Jedes Kind benötigt ein eigenes Ausweisdokument.

Minderjährige, die permanent in der Dominikanischen Republik leben oder auch die dominikanische Staatsangehörigkeit besitzen und nicht mit beiden Elternteilen reisen, benötigen zur Ausreise eine notarielle, von der Procuraduría General de la República Dominicana beglaubigte Genehmigung des nicht mitreisenden Elternteils.

Für die Einreise sind keine Impfungen vorgeschrieben.

Weitere Auskünfte erteilt das Fremdenverkehrsamt der Dominikanischen Republik in Frankfurt am Main, Tel. +49 (0)69-91397879, info@dominikanisches-fva.com

Über diese Hinweise hinausgehende Fragen zu den Einreisebestimmungen müssten Sie bitte direkt bei der Botschaft oder einem der Generalkonsulate des Ziellandes klären. Nur dort können Sie eine rechtsverbindliche Auskunft erhalten.

Botschaft der Dominikanischen Republik
Dessauer Str. 28-29
109 63 Berlin
Tel.: (030) 257 5776-0
Fax: (030) 2575776-1
E-Mail: info@embajadadominicana.de

Besondere strafrechtliche Bestimmungen

Drogenkonsum und Drogenhandel sind strafbar, auch bei geringsten Mengen. Bei Verstößen gegen die Drogengesetzgebung werden hohe Strafen verhängt, eine Freilassung gegen Kaution ist ausgeschlossen. Nach Drogenkurieren wird gezielt gefahndet. Dabei werden regelmäßig auch deutsche Drogenkuriere bei der Ausreise von den Behörden entdeckt und festgenommen. Es ist dringend davon abzuraten, sich auf jegliche Art des Drogengeschäftes bzw. auf den Kontakt mit Drogen einzulassen. Es ist große Vorsicht geboten bei Entgegennahme von Paketen von Fremden und beim unbeaufsichtigten Parken von Fahrzeugen, um unbeabsichtigten Transport von Drogen auszuschließen.

Im Fall einer Verhaftung wird die Kontaktaufnahme mit der Botschaft Santo Domingo empfohlen.

Besondere Zollvorschriften

Gemäß des Gesetzes zur Geldwäsche besteht eine Meldepflicht für Bargeld in der Höhe von 10.000,- USD oder mehr für Reisende, die in die Dominikanische Republik ein- oder ausreisen. Die Meldung erfolgt auf der Zollerklärung, die bei Ankunft

ausgehändigt wird. Zuwiderhandlung ist strafbar.

Sollten Sie weitergehende Zollinformationen zur Einfuhr von Waren benötigen, so müssten Sie diese bitte direkt bei der Botschaft Ihres Ziellandes erfragen. Nur dort können Sie eine rechtsverbindliche Auskunft erhalten.

Die Zollbestimmungen für Deutschland können Sie auf der Website des deutschen Zolls www.zoll.de einsehen oder telefonisch erfragen.

Medizinische Hinweise

Impfschutz

Das Auswärtige Amt empfiehlt, die Standardimpfungen gemäß aktuellem Impfkalender des Robert-Koch-Institutes für Kinder und Erwachsene anlässlich einer Reise zu überprüfen und zu vervollständigen, siehe www.rki.de. Dazu gehören auch für Erwachsene die Impfungen gegen Tetanus, Diphtherie, Pertussis (Keuchhusten), ggf. auch gegen Mumps, Masern Röteln (MMR) und Influenza.

Als Reiseimpfungen werden Hepatitis A, bei Langzeitaufenthalt oder besonderer Exposition auch Hepatitis B, Typhus und Tollwut empfohlen.

Durchfallerkrankungen und Cholera

Zur aktuellen Situation bezüglich Cholera beachten Sie bitte obige „Aktuelle Hinweise“ sowie das Cholera-Merkblatt des Auswärtigen Amtes (http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/01Laender/Gesundheitsdienst/MerkblaetterListe_node.html)

Eine Choleraimpfung steht zwar zur Verfügung. Sie erfordert jedoch eine zweimalige Schluckimpfung mit einem zwei- bis vierwöchigen Vorlauf und bietet auch dann keinen vollständigen Schutz. Die Indikation für eine Choleraimpfung ist daher in der Regel nur bei besonderen Expositionen (z.B. Arbeit im Krankenhaus) gegeben, wobei auch die jeweils aktuelle epidemiologische Lage zu beachten ist.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass nur ein kleiner Teil der an Cholera infizierten Menschen auch erkrankt und von diesen wiederum die Mehrzahl einen vergleichsweise milden klinischen Verlauf nehmen.

Durch eine entsprechende Lebensmittel- und Trinkwasserhygiene lassen sich die meisten Durchfallerkrankungen und besonders Cholera vermeiden. *Einige Grundregeln:* Ausschließlich Wasser sicheren Ursprungs trinken, z.B. Flaschenwasser, frisch gekochten Tee oder Kaffee, nie Leitungswasser. Eiswürfel nur, wenn sie auch sicher mit aufbereitetem Wasser hergestellt wurden. Nur gefiltertes, desinfiziertes oder abgekochtes Wasser benutzen. Bei Nahrungsmitteln gilt: Kochen, selbst Schälen oder Desinfizieren. Fisch und Fleisch nur gut durchgekocht genießen. Halten Sie unbedingt Fliegen von Ihrer Verpflegung fern. Waschen Sie sich so oft wie möglich mit Seife die Hände, immer aber nach dem Stuhlgang und immer vor der Essenszubereitung und vor dem Essen. Händedesinfektion, wo angebracht durchführen, Einmalhandtücher verwenden.

Denguefieber

Dengue wird landesweit durch den Stich der tagaktiven Mücke Aedes aegypti übertragen. Die Erkrankung geht in der Regel mit Fieber, Hautausschlag und ausgeprägten Gliederschmerzen einher.

In seltenen Fällen treten insbesondere bei Kindern der Lokalbevölkerung zum Teil schwerwiegende Komplikationen inkl. möglicher Todesfolge auf. Diese sind jedoch bei Reisenden insgesamt extrem selten.

Da es derzeit weder eine Impfung bzw. Chemoprophylaxe noch eine spezifische Therapie gegen Dengue gibt, besteht die einzige Möglichkeit zur Vermeidung dieser Virusinfektion in der konsequenten Anwendung persönlicher Maßnahmen zur Minimierung von Mückenstichen (s. u.).

Malaria

Vorkommen ganzjährig, ausschließlich Malaria tropica, ohne Resistenzen.

Geringes Risiko im ganzen Land, v.a. in den westlichen Provinzen (Azua, Bahoruco und Dajabón) und in La Altagracia (Punta Cana). Als malariefrei gelten Santo Domingo und Santiago.

Eine Chemoprophylaxe wird in der Regel nicht empfohlen, je nach individuellem Reisestil kann die Mitnahme einer Chloroquin-Notfallmedikation im Einzelfall nach reisemedizinischer Rücksprache sinnvoll sein. Generell sind die üblichen Mückenschutzmaßnahmen empfohlen (s. u.).

Persönlicher Mückenschutz

Aufgrund der mückengebundenen Infektionsrisiken wird allen Reisenden empfohlen:

- körperbedeckende Kleidung zu tragen (lange Hosen, lange Hemden),
- tagsüber (Dengue) sowie in den Abendstunden und nachts (Malaria) Insektenschutzmittel, sog. Repellents auf alle freien Körperstellen wiederholt aufzutragen,
- ggf. unter einem Moskitonetz zu schlafen.

Ciguatera

Insbesondere von April bis September besteht die Gefahr, dass Fische giftige Algen aufgenommen haben, die auch beim Menschen zu schweren Vergiftungen führen können (Ciguatera). Den Fischen selbst sind keinerlei Veränderungen anzumerken. Lokale Warnungen sollten beachtet werden.

HIV / Aids

Durch ungeschützte sexuelle Kontakte, bei Drogenmissbrauch (unsaubere Spritzen und Kanülen) und Bluttransfusionen besteht grundsätzlich das Risiko einer HIV-Infektion. Kondombenutzung wird immer, insbesondere aber bei Gelegenheitsbekanntschaften, empfohlen.

Tollwut

In der Dominikanischen Republik treten immer wieder einzelne Fälle von Tollwut auf, die zumeist von Hunden, Katzen oder Fledermäusen übertragen werden.

Bitte beachten Sie neben unserem generellen Haftungsausschluss (siehe unten) den folgenden wichtigen Hinweis:

Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der medizinischen Informationen sowie eine Haftung für eventuell eintretende Schäden kann nicht übernommen werden. Für Ihre Gesundheit bleiben Sie selbst verantwortlich.

Die Angaben sind:

- zur Information medizinisch vorgebildeter Laien gedacht. Sie ersetzen nicht die Konsultation eines Arztes;
- auf die direkte Einreise aus Deutschland in ein Reiseland, insbes. bei längeren Aufenthalten vor Ort zugeschnitten. Für kürzere Reisen, Einreisen aus Drittländern und Reisen in andere Gebiete des Landes können Abweichungen gelten;
- immer auch abhängig von den individuellen Verhältnissen des Reisenden zu sehen. Eine vorherige eingehende medizinische Beratung durch einen Arzt / Tropenmediziner ist im gegebenen Fall regelmäßig zu empfehlen;
- trotz größtmöglicher Bemühungen immer nur ein Beratungsangebot. Sie können weder alle medizinischen Aspekte abdecken, noch alle Zweifel beseitigen oder immer völlig aktuell sein.

Haftungsausschluss

Reise- und Sicherheitshinweise beruhen auf den zum angegebenen Zeitpunkt verfügbaren und als vertrauenswürdig eingeschätzten Informationen des Auswärtigen Amts. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie eine Haftung für eventuell eintretende Schäden kann nicht übernommen werden. Gefahrenlagen sind oft unübersichtlich und können sich rasch ändern. Die Entscheidung über die Durchführung einer Reise liegt allein in Ihrer Verantwortung. Hinweise auf besondere Rechtsvorschriften im Ausland betreffen immer nur wenige ausgewählte Fragen. Gesetzliche Vorschriften können sich zudem jederzeit ändern, ohne dass das Auswärtige Amt hiervon unterrichtet wird. Die Kontaktaufnahme mit der zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Ziellandes wird daher empfohlen.

Das Auswärtige Amt rät dringend, die in den Reise- und Sicherheitshinweisen enthaltenen Empfehlungen zu beachten sowie einen entsprechenden Versicherungsschutz, z.B. einen Auslands-Krankenversicherungsschutz mit Rückholversicherung, abzuschließen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass Ihnen Kosten für erforderlich werdende Hilfsmaßnahmen nach dem Konsulargesetz in Rechnung gestellt werden.

Auswärtiges Amt

Bürgerservice
Arbeitseinheit 040
D-11013 Berlin
Tel.: (03018) 172000
Fax: (03018) 1751000

- [Sicherheitshinweise](#)

Weltweite Terrorwarnung

- [Weltweiter Sicherheitshinweis](#)

Reisemedizinische Hinweise

- [Merkblätter des Gesundheitsdienstes](#)

© 1995-2012 Auswärtiges Amt

Literaturverzeichnis

Angenendt, Steffen:

Staatsbürgerschaft, Teilhabe und Zugehörigkeit: Auf der Suche nach einem neuen Konsens für Deutschland, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wer gehört dazu? Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration, 2011, S. 29-50

Auswärtiges Amt:

Abkommen zur Visumerleichterung; http://www.auswaertiges-amt.de/sid_375DFBFAB19B3AD9FF2C9A27F1FD454B/DE/EinreiseUndAufenthalt/Visumerleichterungsabkommen_node.html [07.09.2012]
zitiert als: Auswärtiges Amt, Visumerleichterungen

Auswärtiges Amt:

Länderinformationen; <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/DominikanischeRepublikSicherheit.html?nn=546420#doc347122bodyText3> [07.09.2012]
zitiert als: Auswärtiges Amt, Länderinformationen

Bade, Klaus J.:

Von der Arbeitswanderung zur Einwanderungsgesellschaft - Teil 2, in: ZAR 2010, S. 59-64

Bauböck, Rainer:

Ein Stakeholder-Prinzip für Staatsbürgerschaft: Ist die Zeit reif?, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wer gehört dazu? Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration, 2011, S. 51-72

Blechinger, Jürgen/Bülow, Carola (Hrsg.):

Das neue Staatsangehörigkeitsrecht, Praxishandbuch zur Umsetzung aktueller Vorschriften, Loseblattsammlung, Stand: 47. Lfg., Juli 2012

Bundesministerium des Innern (Hrsg.):

Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung, Migrationsbericht 2008, 2010

zitiert als: Migrationsbericht 2008

Bundesministerium des Innern (Hrsg.):

Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung, Migrationsbericht 2010, 2012

zitiert als: Migrationsbericht 2010

Däuble, Helmut:

Auf dem Weg zum Bundesrepublikaner, Einwanderung - kollektive Identität - politische Bildung, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, Dissertation, 2000

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.):

9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, 2012

zitiert als: Lage der Ausländerinnen und Ausländer 2012

Dorf, Yvonne:

Schriftsprachkenntnisse von Einbürgerungsbewerbern?, in: ZAR 2008, S. 96-102

Dornis, Christian:

Einbürgerung in Deutschland, Ihre Rolle bei der Integration von Zuwanderern und die Verwaltungspraxis im Regionalvergleich, Humboldt-Universität zu Berlin, Dissertation, 2001

Ehmann, Eugen/Stark, Heinz:

Deutsches Staatsangehörigkeitsrecht: Vorschriftensammlung mit erläuternder Einführung, 8. Auflage, 2010

Göbel-Zimmermann, Ralph/Eichhorn, Alexander:

Entwicklungen des Staatsangehörigkeitsrechts seit 2000 - eine kritische Bilanz (Teil 1), in: ZAR 2010, S. 293-302

Göbel-Zimmermann, Ralph/Eichhorn, Alexander:

Entwicklungen des Staatsangehörigkeitsrechts seit 2000 - eine kritische Bilanz (Teil 2), in: ZAR 2010, S. 348-351

Hagedorn, Heike:

Wer darf Mitglied werden? Einbürgerung in Deutschland und Frankreich im Vergleich, in: Nohlen, Dieter/Schutze, Rainer-Olaf/Woyke, Wichard (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Paperbacks, Studien und Texte zu den politischen Problemfeldern und Wandlungstendenzen westlicher Industriegesellschaften, Band 32, 2001

Hailbronner, Kay/Renner, Günter/Maaßen, Hans-Georg:

Staatsangehörigkeitsrecht, Kommentar, 5. Auflage, 2010

Hanschmann, Felix:

Die Einbürgerungstestverordnung - Ende einer Debatte?, in: ZAR 2008, S. 388-394

Hofmann, Rainer M./Hoffmann, Holger (Hrsg.):

Ausländerrecht, Handkommentar, 2008

Keltek, Tayfun:

Kritische Anmerkungen zum geltenden Staatsangehörigkeitsrecht in Deutschland, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wer gehört dazu? Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration, 2011, S. 73-81

Lämmermann, Falk:

Besondere Integrationsleistungen als einbürgerungsrechtliche Privilegierungsmöglichkeit, in: ZAR 2009, S. 126-128

Lämmermann, Falk:

Ein Jahrzehnt ius soli - Bilanz und Ausblick, in: ZAR 2011, S. 1-8

Lämmermann, Falk:

Unionsbürgerschaft und Optionspflicht - ein Widerspruch? in: NVwZ 2012, S. 75-79

von Münch, Ingo:

Die deutsche Staatsangehörigkeit, Vergangenheit - Gegenwart - Zukunft, 2007

Nielsen-Dietrich, Julia:

Integration und Staatsangehörigkeit, in: ZAR 2012, S. 85-93

Prümm, Kathrin:

Einbürgerung als Option, Die Bedeutung des Wechsels der Staatsangehörigkeit für Menschen türkischer Herkunft in Deutschland, in: Dombois, Rainer/Faist, Thomas (Hrsg.): Politik, Gemeinschaft und Gesellschaft in einer globalisierten Welt, Band 1, Universität Osnabrück, Dissertation, 2004

Schuster, Wolfgang:

Stuttgarter Bündnis für Integration, Fortschreibung 2009,
Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.), 2009

Statistisches Bundesamt (Hrsg.):

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund
- Ergebnisse des Mikrozensus 2005 -, Fachserie 1 Reihe 2.2, 2007
zitiert als: Mikrozensus 2005

Thränhardt, Dietrich:

Einbürgerung, Rahmenbedingungen, Motive und Perspektiven des
Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit, Gutachten für die Friedrich-
Ebert-Stiftung, in: WISO Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur
Wirtschafts- und Sozialpolitik, 2008

Weinmann, Martin/Becher, Inna/Babka von Gostomski, Christian:

Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in
Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen - Ergebnisse der
BAMF-Einbürgerungsstudie 2011, Forschungsbericht 15, Bundesamt für
Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), 2012
zitiert als: BAMF-Einbürgerungsstudie 2011

Worbs, Susanne/Scholz, Antonia/Blicke, Stefanie:

Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der Sicht von
Betroffenen - Qualitative Studie, Forschungsbericht 16, Bundesamt für
Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), 2012
zitiert als: BAMF Optionsregelung 2012

Ziemske, Burkhardt:

Die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Grundgesetz, in: Schriften
zum Öffentlichen Recht, Band 680, Universität zu Köln, Habilitation, 1995

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

Datum

Unterschrift

Stand: 17. April 2009

Anlage zu dem BMI-Rdschr. an die Innenministerien der Länder vom 17. April 2009

Vorläufige Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern

zum

Staatsangehörigkeitsgesetz in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 158)

Diese Vorläufigen Anwendungshinweise berücksichtigen neben den Änderungen durch das Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes noch die mit dem Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, FGG-Reformgesetz – FGG-RG vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586), vorgenommenen früheren Änderungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG). Sie dienen der sachgerechten Anwendung der geänderten gesetzlichen Vorschriften von ihrem Inkrafttreten bis zur Anpassung der einschlägigen Bestimmungen der StAR-VwV gemäß Artikel 84 Abs. 2 GG. Auf die Vorbemerkung der in Teilen weiterhin geltenden StAR-VwV wird hingewiesen.

Um den Staatsangehörigkeitsbehörden die Handhabung zu erleichtern, werden die Anwendungshinweise in der vorliegenden Form (Einpassung in den Text der Vorläufigen Anwendungshinweise vom 10. Dezember 2004) zur Verfügung gestellt. Sie bedürfen einer verbindlichen Umsetzung durch Änderung der StAR-VwV.

1 Zu § 1 Begriff des Deutschen

1.1 Allgemeines

Deutsche im Sinne des § 1 sind deutsche Staatsangehörige. Statusdeutsche fallen nicht unter den Begriff des Deutschen im Sinne des § 1. Rechtsgrundlagen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Statusdeutsche sind seit dem 1. August 1999 § 7 (Ausstellung einer Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 oder Abs. 2 des Bundesvertriebenengesetzes) und § 40a (Überleitung in die deutsche Staatsangehörigkeit). Die gesetzlichen Erwerbs- und Verlustgründe des Staatsangehörigkeitsgesetzes gelten für Statusdeutsche entsprechend.

1.2 Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit

Die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, wer sie erworben und nicht wieder verloren hat. Seit dem 1. Januar 1914 sind vor allem die Erwerbs- und Verlustgründe des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes in seiner jeweils geltenden Fassung zu beachten. Davor waren Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit im Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 (BGBl. Norddt. Bund S. 355) geregelt.

1.2.1 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit

Für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sind insbesondere folgende Tatbestände in Betracht gekommen:

- a) Abstammung von einem deutschen Vater (bei Geburt außerhalb einer Ehe erst seit dem 1. Juli 1993) oder einer deutschen Mutter (bei Geburt innerhalb einer Ehe erst seit dem 1. Januar 1975 uneingeschränkt),

- b) Legitimation durch einen deutschen Vater (bis zum 30. Juni 1998) oder Erklärung nach § 5 (seit dem 1. Juli 1998),

- c) Eheschließung mit einem Deutschen (bis zum 31. März 1953) oder Erklärung bei der Eheschließung (bis zum 31. Dezember 1969, vergleiche Artikel 1 Nr. 1 des Dritten Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit),

- d) Annahme als Kind durch einen Deutschen (seit dem 1. Januar 1977) und

- e) Einbürgerung (einschließlich der in § 1 des Staatsangehörigkeitsregelungsgesetzes genannten Sammeleinbürgerungen).

- f) Erklärung nach Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 20. Dezember 1974.

Ergänzende Anmerkung:

Artikel 3 bis 5 des RuStAÄndG 1974 sind aufgrund des Ersten Gesetzes über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des BMI vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334) mit Ablauf des 31. Juli 2006 außer Kraft getreten.

Zu den aktuellen Erwerbsgründen vergleiche auch Nummer 3.

1.2.2 Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

Für den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit sind insbesondere folgende Tatbestände in Betracht gekommen:

- a) Entlassung,
- b) Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit auf Antrag,
- c) Verzicht (seit dem 1. Januar 1975),

d) Annahme als Kind durch einen Ausländer (seit dem 1. Januar 1977),

e) Legitimation durch einen Ausländer vor dem 1. April 1953 (nach dem 23. Mai 1949 nicht in allen Fällen) oder

Ergänzende Anmerkung:

Nach den Urteilen des BVerwG vom 29.11.2006 (5 C 5.05 und 5 C 9.05) verstieß der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit infolge der Legitimation durch einen ausländischen Mann gegen Artikel 3 Abs. 2 GG und war daher nach dem 31. März 1953 nicht mehr anzuwenden. Die bisherige Rechtsprechung der obersten Bundesgerichte ist mit diesen Entscheidungen aufgegeben worden.

f) Eheschließung mit einem Ausländer vor dem 1. April 1953 (bei Eheschließung nach dem 23. Mai 1949 nicht in allen Fällen).

Nach dem Ersten Weltkrieg konnte auf Grund der Regelungen des Versailler Vertrags und seiner Folgebestimmungen (Genfer Abkommen, Wiener Abkommen) ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit eintreten.

Nach dem Übereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaaten vom 6. Mai 1963 (BGBl. 1969 II S. 1953) konnte ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit auch bei Einbürgerung in einem Vertragsstaat bis zum 21. Dezember 2002 (Bindungsfrist nach Kündigung des Abkommens durch Deutschland) eintreten.

Zu den aktuellen Verlustgründen vergleiche auch Nummer 17.

1.2.3 Erwerb der DDR-Staatsbürgerschaft

Dem Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR ist für die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen des *ordre public* die Rechtswirkung des Erwerbs der deutschen

Staatsangehörigkeit beizumessen. Dies gilt auch dann, wenn das vor dem 3. Oktober 1990 geltende Bundesrecht keinen entsprechenden Erwerbsstatbestand kannte.

1.3 Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit

Von dem Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit kann ausgegangen werden, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht ist, dass der Betroffene und gegebenenfalls die Personen, von denen er seine Staatsangehörigkeit ableitet, spätestens seit dem 1. Januar 1950 von deutschen Stellen als deutsche Staatsangehörige behandelt wurden. Dies gilt nicht, wenn sich im Einzelfall Zweifel ergeben, zum Beispiel wegen Geburt oder Aufenthalt im Ausland einschließlich der Gebiete, deren staatsrechtliche Zugehörigkeit sich geändert hat, sowie bei ausländischer Staatsangehörigkeit von Eltern oder Geschwistern.

Die Behandlung als deutscher Staatsangehöriger kann insbesondere belegt werden durch Staatsangehörigkeitsurkunden (Staatsangehörigkeitsausweise, Heimatscheine) oder durch deutsche Personalpapiere, in denen die deutsche Staatsangehörigkeit eingetragen ist oder die nur deutschen Staatsangehörigen erteilt wurden (zum Beispiel Personalausweise, Reisepässe, Wehrpässe, Arbeitsbücher oder Kennkarten).

Ergänzende Anmerkung:

Bei einer zwölfjährigen Behandlung als deutscher Staatsangehöriger kann trotz nachgewiesenem Nichtbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit der durch das Richtlinienumsetzungsgesetz neu eingefügte Erwerbsstatbestand der „Ersitzung“ nach § 3 Abs. 2 in Betracht kommen (vergleiche Nummer 3.2).

Abweichend von Absatz 1 können einzelne Länder für ihren Bereich bestimmen, dass vom Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit nur dann ausgegangen werden kann, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht ist, dass der

Betroffene und gegebenenfalls die Personen, von denen er seine Staatsangehörigkeit ableitet, spätestens seit dem 1. Januar 1938 von deutschen Stellen als deutsche Staatsangehörige behandelt wurden.

1.4 Staatsangehörigkeitsausweis

Ein Staatsangehörigkeitsausweis kann auf Antrag ausgestellt werden, wenn der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit nachgewiesen ist. Ein Ausweis über die Rechtsstellung als Deutscher kann auf Antrag ausgestellt werden, wenn der Besitz der Deutscheneigenschaft nachgewiesen ist (vergleiche Nummer 30.3).

Ergänzende Anmerkung:

Der Ausweis über die Rechtsstellung als Deutscher (Statusdeutscher) ist weitgehend entbehrlich geworden (vergleiche Nummer 7).

2 Zu § 2

Nicht belegt.

3 Zu § 3 Erwerb der Staatsangehörigkeit

3.1 Erwerbsgründe

§ 3 fasst die im Staatsangehörigkeitsgesetz geregelten Erwerbsgründe zusammen. Daneben kann die deutsche Staatsangehörigkeit erworben werden durch:

- a) Einbürgerung nach den §§ 9, 11 und 12 ff. des Staatsangehörigkeitsregelungsgesetzes, § 21 des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet sowie Artikel 2 des Gesetzes zur Verminde- rung der Staatenlosigkeit,

Ergänzende Anmerkung:

Artikel 3 RuStAÄndG 1974 ist aufgehoben worden (vergleiche Nummer 1.2.1 Buchstabe f)

- b) Einbürgerung oder Wohnsitznahme in Deutschland nach Artikel 116 Abs. 2 des Grundgesetzes nach Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit Entziehung oder Ausbürgerung beziehungsweise Nichterwerb infolge eines solchen bei einem weitergabefähigen Verwandten in aufsteigender Linie eingetretenen Verlustes.

Zu früheren Erwerbsgründen vergleiche Nummer 1.2.1.

3.2 Erwerb durch langjährige Behandlung als deutscher Staatsangehöriger (sog. Ersitzung)

Der besondere Erwerbsgrund in Absatz 2 knüpft an eine zwölfjährige Behandlung als deutscher Staatsangehöriger durch deutsche Stellen trotz Nichtbestehens oder nachträglichen Wegfalls der deutschen Staatsangehörigkeit, z.B. durch Anfechtung der Vaterschaft, an und dient der Rechtssicherheit, vor allem in den Bereichen, für die die deutsche Staatsangehörigkeit Voraussetzung weiterer Rechte ist, z.B. beim Wahlrecht, im Beamtenrecht. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach Absatz 2 kann frühestens mit dem Inkrafttreten der Neuregelung am 28. August 2007 festgestellt werden, wenn zu diesem Zeitpunkt die Behandlung als deutscher Staatsangehöriger noch andauerte.

Der Betroffene muss mindestens 12 Jahre lang von deutschen Stellen als Deutscher behandelt worden sein.

Deutsche Stellen sind Verwaltungsbehörden oder Selbstverwaltungsorgane, die unmittelbar oder mittelbar mit der Prüfung des Staatsangehörigkeitsstatus des Betroffenen befasst sind. Dazu zählen neben den Staatsangehörigkeitsbehörden und den mit konsularischen Angelegenheiten befassten Stellen des Auswärtigen Amtes, vor allem die Pass-, Ausweis- und Meldebehörden und die Standesämter.

Die Behandlung als deutscher Staatsangehöriger erfolgt z.B. durch die Ausstellung von Urkunden, die den Inhaber als deutschen Staatsangehörigen ausweisen, z.B. durch Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises, eines Reisepasses oder Personalausweises, durch Eintragung in das Wählerverzeichnis für Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen, durch Berufung in das Beamtenverhältnis oder Zulassung zu einem bestimmten Beruf, zu dem nur deutsche Staatsangehörige Zugang haben. Die Aufzählung in Satz 2 ist daher nicht abschließend.

Der Betroffene darf die Behandlung als deutscher Staatsangehöriger nicht zu vertreten haben; d.h. er darf weder die deutschen Stellen über das Bestehen seiner deutschen Staatsangehörigkeit getäuscht noch einen diesbezüglichen Irrtum aufrechterhalten haben. Kenntnisse des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts sind in der Regel vom Betroffenen nicht zu erwarten. Er darf auch grundsätzlich auf die Richtigkeit von Verwaltungshandeln vertrauen. Nicht zu vertreten hat es daher der Betroffene, wenn er von deutschen Stellen falsch unterrichtet worden ist oder wenn sich die bisherige Rechtsauslegung, z.B. aufgrund von Gerichtsentscheidungen, geändert hat.

Der Erwerbsgrund der Ersitzung wirkt auf den Zeitpunkt zurück, zu dem ursprünglich der Erwerb der Staatsangehörigkeit angenommen worden war, z.B. beim Abstammungs- oder *ius-soli*-Erwerb nach § 4 auf den Zeitpunkt der Geburt, beim Erklärungserwerb nach § 5 auf den Zeitpunkt der Erklärung, beim Erwerb durch Adoption nach § 6 auf den Zeitpunkt der Annahme als Kind. Die Regelung über die Erstreckung der Ersitzung auf die Abkömmlinge dient der Klarstellung.

4 Zu § 4 Erwerb durch Geburt

4.0 Allgemeines

§ 4 regelt den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt. Nach den Absätzen 1 und 2 wird die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt durch Abstammung erworben (*ius sanguinis*). Absatz 3 sieht den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt im Inland vor (Geburtsortsprinzip - *ius soli*). Absatz 4 schränkt den Geburtserwerb durch Abstammung ein.

Die Abstammung kann durch deutsche oder ausländische Personenstandsurkunden nachgewiesen werden. Liegen Urkunden nicht vor oder ergeben sich Zweifel an den Abstammungsverhältnissen, sind diese, soweit keine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung besteht, unter Berücksichtigung der Regelungen des Internationalen Privatrechts nach dem danach berufenen Sachrecht zu prüfen.

4.1 Zu Absatz 1 (Erwerb durch Abstammung)

Von der deutschen Staatsangehörigkeit eines Elternteils kann ausgegangen werden, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht ist, dass der Elternteil und gegebenenfalls die Personen, von denen er seine Staatsangehörigkeit ableitet, spätestens seit dem 1. Januar 1950 von deutschen Stellen als deutsche Staatsangehörige behandelt worden sind, vergleiche Nummer 1.3. In Zweifelsfällen kann die Vorlage eines Staatsangehörigkeitsausweises gefordert werden, vergleiche Nummern 1.4 und 30.1 bis 30.3).

§ 4 Abs. 1 gilt entsprechend für den Erwerb der Deutscheigenschaft durch Kinder von Statusdeutschen.

Ergänzende Anmerkung:

Vorstehender Satz ist aufgrund des § 40 a und des durch das Richtlinienumsetzungsgesetz präzisierten § 7 weitgehend bedeutungslos, da diese Personen seit dem 1. August 1999 in der Regel deutsche Staatsangehörige geworden sind bzw. unmittelbar nach der Aufnahme durch die Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. (vergleiche § 7 und Nummer 7).

Abweichend von Absatz 1 können einzelne Länder für ihren Bereich bestimmen, dass vom Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit des Elternteils nur dann ausgegangen werden kann, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht ist, dass der Elternteil und gegebenenfalls die Personen, von denen er seine Staatsangehörigkeit ableitet, spätestens seit dem 1. Januar 1938 von deutschen Stellen als deutsche Staatsangehörige behandelt wurden.

4.2 Zu Absatz 2 (Findelkinder)

Findelkind ist ein Kind, das infolge seines Alters hilflos ist und dessen Abstammung nicht feststellbar ist. Der Beweis des Gegenteils ist erst erbracht, wenn der Personenstand eines Findelkindes später ermittelt wird und danach die Abstammung von ausländischen Eltern feststeht.

4.3 Zu Absatz 3 (Erwerb durch Geburt im Inland)

4.3.1 Zu Satz 1 (Aufenthaltsvoraussetzungen)

4.3.1.1 Der rechtmäßige gewöhnliche Aufenthalt muss bei Geburt des Kindes seit acht Jahren bestanden haben. Zu den Aufenthaltsunterbrechungen vergleiche Nummern 12b.1 bis 12b.1.3 und 12b. 3.

4.3.1.2 Rechtmäßiger gewöhnlicher Aufenthalt im Inland; anrechenbare Aufenthaltszeiten

Anrechenbare Aufenthaltszeiten sind nur Zeiten, in denen der Ausländer

a) ein Aufenthaltsrecht

(aa) als freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger oder als gleichgestellter Staatsangehöriger eines EWR-Staates (Island, Liechtenstein, Norwegen) - § 12 Freizügigkeitsgesetz/EU) - oder deren Familienangehöriger oder Lebenspartner - § 4a Freizügigkeitsgesetz/EU – (nach § 5 Abs. 1 und 2 Freizügigkeitsgesetz/EU wird darüber für die Unionsbürger von Amts wegen eine Bescheinigung bzw. für Familienangehörige, die nicht Unionsbürger sind, eine Aufenthaltskarte ausgestellt) oder

(bb) gemäß Artikel 6 oder 7 des Beschlusses Nr. 1/80 des Assoziationsrates EWG-Türkei (die Aufenthaltserlaubnis nach § 4 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes ist nur deklaratorisch) oder

b) Als Staatsangehöriger der Schweiz oder dessen Familienangehöriger aufgrund des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit (BGBl. 2001 II S. 810) eine Aufenthaltserlaubnis besessen hat.

c) eine Niederlassungserlaubnis oder eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG oder eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz,

Ergänzende Anmerkung:

Die Aufenthaltserlaubnis-EU ist durch das Richtlinienumsetzungsgesetz entfallen. Freizügigkeitsberechtigten Familienangehörigen wird nach § 5 Abs. 2 Freizügigkeitsgesetz/EU eine „Aufenthaltskarte für Familienangehörige von Unionsbürgern“ ausgestellt. Die Erlaubnis zum Daueraufenthalt nach § 9a des Aufenthaltsgesetzes dagegen ist ein Aufenthaltstitel, der durch das Richtlinienumsetzungsgesetz neu

eingeführt worden ist in Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG. Sie wird an innerhalb der EU langfristig Aufenthaltsberechtigte erteilt und entspricht im Wesentlichen der Niederlassungserlaubnis.

- d) eine Aufenthaltserlaubnis, eine Aufenthaltsberechtigung, eine Aufenthaltsbewilligung oder eine Aufenthaltsbefugnis nach dem bis zum 31. Dezember 2004 gültigen Ausländerrecht oder eine Aufenthaltserlaubnis-EG nach dem bis zum 31. Dezember 2004 gültigen Aufenthaltsgesetz/EWG oder der Freizügigkeitsverordnung-EG oder eine Aufenthaltserlaubnis-EU nach dem bis zum 27. August 2007 gültigen Freizügigkeitsgesetz oder
- e) in Fällen der unanfechtbaren Anerkennung als Asylberechtigter und in den Fällen der unanfechtbaren Feststellung der Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Aufenthaltsgestattung nach dem Asylverfahrensgesetz (§ 55 des Asylverfahrensgesetzes)

Ergänzende Anmerkung:

Nr. 4.3.1.2 Buchstabe f) der StAR-VwV, der auf § 35 Abs. 1 Satz 2 des bis zum 31. Dezember 2004 gültigen Ausländergesetzes (heutigen § 26 Abs. 4 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes) verweist ist bis zu einer Neuregelung nicht mehr anwendbar. Vergleiche Urteil des BVerwG vom 29.03.2007– 5 C 8.06, das sich gegen die Anrechnung von Gestattungszeiten bei einem erfolglosen Asylverfahren ausspricht.

besessen hat oder

- f) vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit oder deutscher Staatsangehöriger oder Statusdeutscher war.

Anrechenbare Aufenthaltszeiten sind ferner alle Zeiten, in denen

- g) der Aufenthalt des Ausländers als heimatloser Ausländer kraft Gesetzes erlaubt war,
- h) eine Erlaubnisfiktion nach § 81 Abs. 3 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes oder nach § 69 Abs. 3 des bis zum 31. Dezember 2004 gültigen Ausländergesetzes oder nach § 68 Abs. 1 Satz 2 des Asylverfahrensgesetzes in der bis zum 31. Dezember 2004 gültigen Fassung bestand oder
- i) der Ausländer über ein Aufenthaltsrecht nach dem Recht der ehemaligen DDR verfügte.

Zeiten einer Duldung können nicht angerechnet werden.

4.3.1.3 Erforderlicher Aufenthaltsstatus

Der maßgebliche Elternteil muss zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes folgenden Aufenthaltsstatus besitzen:

- a) ein unbefristetes Aufenthaltsrecht oder
- b) als Staatsangehöriger der Schweiz oder dessen Familienangehöriger eine sog. Aufenthaltserlaubnis auf Grund des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und der Schweiz über die Freizügigkeit (BGBl. 2001 II S. 810).

Ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzen folgende Personengruppen: Freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger und gleichgestellte Staatsangehörige eines EWR-Staates (Island, Liechtenstein, Norwegen) sowie deren Familienangehörige und Lebenspartner, türkische Staatsangehörige, die unter Art. 6 und 7 des Beschlusses Nr. 1/80 des Assoziationsrates EWG-Türkei fallen, Ausländer mit einer Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG nach dem Aufenthaltsgesetz oder heimatlose Ausländer nach § 1 des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer

im Bundesgebiet vom 25. April 1951 (BGBl. I S. 269).

Ergänzende Anmerkung:

Die Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte nach § 101 des Aufenthaltsgesetzes ist zu beachten.

Eine Befreiung vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels (zum Beispiel für Botschaftspersonal) genügt nicht für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit.

4.3.2 Zu Satz 2 (Eintragung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit)

Das Nähere zur Eintragung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit regelt § 21 Abs. 3 Nr. 4 des Personenstandsgesetzes (PStG) i.V.m. § 34 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (PStV). Danach vermerkt das Standesamt das Ergebnis der Prüfung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit auf dem später zur Sammelakte zu nehmenden Formular nach dem Muster der Anlage 12 gemäß § 34 PStV und trägt einen entsprechenden Hinweis im Geburtenregister ein. Der Hinweis hat lediglich deklaratorische Bedeutung.

Ergänzende Anmerkung:

Der Wortlaut des § 4 Abs. 3 Satz 2 ist durch das Gesetz zur Reform des Personenstandsrechts – PStRG – vom 19.2.2007 (BGBl. I S. 122) geändert worden. Die Regelung ist mit Wirkung vom 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

Die nach Absatz 3 erworbene deutsche Staatsangehörigkeit kann nicht ausgeschlagen werden. Zum Verzicht auf die deutsche Staatsangehörigkeit vergleiche Nummern 26.1 bis 26.4.

4.3.3 Zu Satz 3 (Verordnungsermächtigung)

Von der Verordnungsermächtigung in Satz 3 hat das Bundesministerium des Innern mit der

Sechzehnten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 12. November 1999 (BGBl. I S. 2203) erstmals Gebrauch gemacht, vorliegend in der Fassung vom 22. November 2008 (BGBl. I S. 2263).

4.4 Zu Absatz 4 (Einschränkung des Abstammungserwerbs bei Auslandsgeburt)

§ 4 Abs. 4 schränkt den Abstammungserwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für im Ausland geborene Kinder selbst im Ausland geborener deutscher Eltern ein.

4.4.1 Zu Satz 1 (Voraussetzungen; Vermeidung von Staatenlosigkeit)

Setzt auch das ausländische Recht voraus, dass die ausländische Staatsangehörigkeit nur erworben wird, wenn das Kind andernfalls staatenlos würde, dann erwirbt das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit.

4.4.2 Zu Satz 2 (Anzeige der Geburt bei der Auslandsvertretung)

Erfolgt rechtzeitig die Anzeige der Geburt, wird die deutsche Staatsangehörigkeit rückwirkend mit dem Zeitpunkt der Geburt erworben. Die Anzeige der Geburt soll zur Niederschrift bei der zuständigen Auslandsvertretung der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen werden.

Ergänzende Anmerkung:

Mit Inkrafttreten des Personenstandsreformgesetzes – PStRG – am 1. Januar 2009 kann die Geburt im Ausland **auf Antrag** beurkundet werden (§ 36 Abs. 1 des Personenstandsgesetzes – PStG).

4.4.3 Zu Satz 3 (zwei deutsche Elternteile)

Sind beide Elternteile deutsche Staatsangehörige und erfüllen beide die in Absatz 4 Satz 1 genannten Voraussetzungen, so ist es für den

Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auch ausreichend, wenn die Anzeige bei der Auslandsvertretung nach Absatz 4 Satz 2 durch einen Elternteil erfolgt.

§ 4 Abs. 4 gilt entsprechend für den Erwerb der Deutscheneigenschaft durch Kinder von Statusdeutschen.

Ergänzende Anmerkung:

Vergleiche Nr. 4.1.

5 Zu § 5 Erklärungsrecht für vor dem 1. Juli 1993 geborene Kinder

5.1 Voraussetzungen

Die zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erforderliche Erklärung wird für ein unter elterlicher Sorge oder unter Vormundschaft stehendes Kind von dem gesetzlichen Vertreter abgegeben, wenn das Kind das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Wer das 16. Lebensjahr vollendet hat, gibt die Erklärung selbst ab. Die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters ist nicht erforderlich, vergleiche § 37 in Verbindung mit den §§ 80 Abs. 1 und 3 des Aufenthaltsgesetzes.

Im Falle der Betreuung bedarf die Erklärung der Einwilligung des Betreuers, wenn sich ein Einwilligungsvorbehalt nach § 1903 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf das Verfahren erstreckt.

5.1.1 Zu Nummer 1 (Anerkennung oder Feststellung der Vaterschaft)

Die Voraussetzung der Nummer 1 kann als erfüllt angesehen werden, wenn der Vater zum Zeitpunkt der Geburt des nichtehelichen Kindes deutscher Staatsangehöriger war. Eine nach deutschen Gesetzen wirksame Anerkennung oder gerichtliche Feststellung der Vaterschaft ist anzunehmen, wenn sich die Vaterschaft aus

einem deutschen Personenstandsbuch oder Personenstandsregister ergibt. Ist das nicht der Fall, hat die Staatsangehörigkeitsbehörde zu prüfen, ob eine nach deutschen Gesetzen wirksame Anerkennung oder Feststellung der Vaterschaft vorliegt.

Es ist nicht erforderlich, dass der Vater auch bei Abgabe der Erklärung weiterhin deutscher Staatsangehöriger ist oder noch lebt.

5.1.2 Zu Nummer 2 (drei Jahre rechtmäßiger gewöhnlicher Aufenthalt im Inland)

Zur Frage des rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts wird auf die Nummer 4.3.1.2 verwiesen. Zu Aufenthaltsunterbrechungen vergleiche Nummern 12b.1 bis 12b.1.3 und 12b.3.

5.1.3 Zu Nummer 3 (Erklärungsfrist)

Die Erklärung ist nur dann rechtzeitig abgegeben, wenn die Voraussetzungen der Nummern 1 und 2 vor Vollendung des 23. Lebensjahres des Erklärenden erfüllt sind.

5.2 Kein Erstreckungserwerb

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung erstreckt sich nicht auf Abkömmlinge des Erklärenden. Insoweit kommt eine erleichterte Einbürgerung in Betracht, vergleiche Nummern 8.1.3.3 und 8.1.3.6.

5.3 Urkunde; Gebühren

Über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wird eine Urkunde nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit dem Muster der Anlage 2 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen ausgestellt. Das Verfahren ist gebührenfrei (§ 38 Abs. 2 Satz 3).

6 Zu § 6 Erwerb durch Annahme als Kind

6.1 Zu Satz 1 (Voraussetzungen)

6.1.1 Adoption im Inland

Eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Annahme als Kind durch einen Deutschen liegt vor, wenn ein deutsches Vormundschaftsgericht die Annahme als Kind durch Beschluss ausgesprochen hat (§ 1752 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs). Voraussetzung für den Erwerb der Staatsangehörigkeit ist, dass das Kind in dem Zeitpunkt, in dem der Annahmeantrag beim Vormundschaftsgericht eingegangen ist, das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Auch wenn das Vormundschaftsgericht bei der Annahme eines Volljährigen bestimmt hat, dass sich die Wirkungen der Annahme nach den Vorschriften über die Annahme eines Minderjährigen richten (§ 1772 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), ist die Bestimmung auf Personen, die zum Zeitpunkt des Annahmeantrags das 18. Lebensjahr vollendet haben, nicht anwendbar. Beruht die Entscheidung des deutschen Vormundschaftsgerichts nach Maßgabe des Artikels 22 Satz 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche auf ausländischem Sachrecht, so hat die Adoption den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nur zur Folge, wenn ihre Wirkungen den Wirkungen einer deutschen Minderjährigenadoption im Wesentlichen entsprechen. Es muss sich also um eine Volladoption handeln.

6.1.2 Adoption im Ausland

Eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Annahme als Kind hat bei einer Adoption aufgrund einer Entscheidung eines ausländischen Gerichts oder einer ausländischen Behörde (Dekretadoption) den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nur zur Folge, wenn es sich um eine Volladoption handelt (vergleiche Nummer 6.1.1).

Ergänzende Anmerkung:

Ausländische Adoptionen können in Deutschland nach dem Adoptionswirkungsgesetz - AdWirkG - vom 5. November 2001 (BGBl. I S. 2953) anerkannt oder erweitert werden. Wirksamkeit und Umfang einer ausländischen Adoption werden durch das Verfahren nach dem AdWirkG mit rechtsverbindlicher Wirkung festgestellt.

6.1.2.1 Beruht die Annahme als Kind auf der Entscheidung eines ausländischen Gerichts oder einer ausländischen Behörde, so richtet sich deren Anerkennung nach § 16a des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Danach setzt die Anerkennung insbesondere voraus, dass

- a) der Annehmende oder einer der annehmenden Ehegatten oder das Kind zur Zeit der Adoptionsentscheidung entweder die Staatsangehörigkeit des Entscheidungsstaates besaß oder dort seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte und
- b) die durch den ausländischen Adoptionsakt herbeigeführte Rechtslage wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts nicht offensichtlich widerspricht und insbesondere mit den Grundrechten in Einklang steht (Beachtung des Kindeswohls sowie der Mitwirkungsrechte des Kindes und seiner leiblichen Eltern).

6.1.2.2 Beruht die Annahme als Kind auf einem Rechtsgeschäft (Adoptionsvertrag), so beurteilt sich deren Wirksamkeit nach dem jeweils anwendbaren Recht (Artikel 22 und 23 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche). Hierbei ist auf die Wahrung der deutschen öffentlichen Ordnung (Artikel 6 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche) besonders Bedacht zu nehmen. Kommt deutsches Sachrecht zur Anwendung, so ist eine durch Rechtsgeschäft vollzogene Adoption stets unwirksam.

6.1.3 Statusdeutsche; Einbürgerung

§ 6 gilt entsprechend für den Erwerb der Deutscheigenschaft durch die Annahme als Kind durch Statusdeutsche.

Ergänzende Anmerkung:
Vergleiche Nr. 4.1

Zu den Voraussetzungen einer Einbürgerung nach § 8 bei Nichterwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 6, insbesondere bei der Adoption eines Volljährigen, vergleiche Nummer 8.1.3.3. Gegebenenfalls kommt auch eine Einbürgerung nach § 13 bei Minderjährigen in Betracht.

6.2 Zu Satz 2 (Erstreckungserwerb)

Der Erwerb der Staatsangehörigkeit erstreckt sich nach Satz 2 kraft Gesetzes auf die Abkömmlinge des Kindes.

7 **Zu § 7 Erwerb durch Ausstellung der Bescheinigung gemäß § 15 Abs. 1 oder Abs. 2 des Bundesvertriebenengesetzes**

§ 7 regelt den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Spätaussiedler und ihre in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen.

Alleinige Voraussetzung für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist eine Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 oder 2 des Bundesvertriebenengesetzes, durch deren Ausstellung die Aufnahme als Spätaussiedler oder als in den Aufnahmebescheid einbezogene berechnigte Familienangehörige festgestellt worden ist.

Maßgebender Zeitpunkt für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist das Datum der Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 des Bundesvertriebenengesetzes. Wann sie tat-

sächlich ausgehändigt wird, ist ohne Bedeutung.

Ergänzende Anmerkung:

Durch den neuen Wortlaut des § 7 ist lediglich eine Klarstellung des gesetzlichen Erwerbs erfolgt. Aufgrund der Neufassung des § 15 Abs. 1 und 2 des Bundesvertriebenengesetzes vom 16. Mai 2007 (BGBl. I S. 748) ist die Bescheinigung des Bundesverwaltungsamtes über die Spätaussiedlereigenschaft und über den Statuserwerb der einbezogenen Ehegatten und Abkömmlinge verbindlich für alle Behörden, die für die Gewährung von Rechten oder Vergünstigungen als Spätaussiedler zuständig sind; aus drücklich gilt dies auch für Staatsangehörigkeitsbehörden. Diese brauchen daher nicht mehr zu überprüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen „Spätaussiedler“ oder „in den Aufnahmebescheid einbezogene Familienangehörige“ erfüllt sind, da diese Voraussetzungen durch die von Amts wegen erteilte Bescheinigung des Bundesverwaltungsamtes bereits bestätigt sind. Satz 2 (Erstreckungserwerb der Kinder) ist entfallen.

8 **Zu § 8 Einbürgerung nach Ermessen**

8.0 Allgemeines

Nach § 8 kann bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen (vergleiche Nummern 8.1.1 bis 8.1.1.4) eine Einbürgerung nach Ermessen der Behörde erfolgen, wenn im Einzelfall ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung festgestellt werden kann. Maßgeblich hierfür sind die unter den Nummern 8.1.2 bis 8.1.3.9.2 und 8.2 aufgeführten Gesichtspunkte. Zuvor ist jedoch zu prüfen, ob nicht eine Einbürgerung nach den §§ 10 ff. in Betracht kommt (vergleiche Nummern 10.1 bis 12b.3).

8.1 Zu Absatz 1 (Voraussetzungen der Einbürgerung)

8.1.1. Gesetzliche Voraussetzungen

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 GG ist (§ 2 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes).

Zum rechtmäßigen und gewöhnlichen Aufenthalt vergleiche Nummer 4.3.1.2.

Eine Einbürgerung ist nur auf Antrag möglich. Der Antrag soll schriftlich gestellt werden. Zur Erleichterung der Antragstellung soll ein Vordruck verwendet werden. Der Einbürgerungsbewerber kann den Einbürgerungsantrag auf eine bestimmte Rechtsgrundlage beschränken. Vor der Antragstellung soll der Einbürgerungsbewerber über die Voraussetzungen der Einbürgerung und das weitere Verfahren, insbesondere die ihm zustehenden Rechte und die ihm obliegenden Mitwirkungspflichten belehrt, erforderliche Einwilligungen zu den notwendigen Ermittlungen sollen eingeholt werden.

8.1.1.1 Zu Nummer 1 (Handlungsfähigkeit, gesetzliche Vertretung)

Fähig zur Vornahme der Antragstellung und der sonstigen Verfahrenshandlungen im Einbürgerungsverfahren ist ein Ausländer, der das 16. Lebensjahr vollendet hat, sofern er nicht nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuchs geschäftsunfähig oder im Falle seiner Volljährigkeit in dieser Angelegenheit zu betreuen und einem Einwilligungsvorbehalt zu unterstellen wäre. Im Falle der Betreuung bedarf der Einbürgerungsantrag der Einwilligung des Betreuers, wenn sich ein Einwilligungsvorbehalt nach § 1903 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf das Einbürgerungsverfahren erstreckt. Ansonsten handelt der gesetzliche Vertreter. Die gesetzliche Vertretung eines Einbürgerungsbewerbers, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat, richtet sich nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch.

8.1.1.2 Zu Nummer 2 (Straffreiheit)

Der Einbürgerungsbewerber darf weder wegen einer rechtswidrigen Tat zu einer Strafe verurteilt noch darf gegen ihn aufgrund seiner Schuldunfähigkeit eine Maßregel der Besserung und Sicherung angeordnet worden sein.

Zum Begriff der Strafe und zur Maßregel der Besserung und Sicherung vergleiche Nr. 10.1.1.5. § 12a findet bei Bagatelldelikten auch auf § 8 Abs. 1 Nr. 2 Anwendung (vergleiche Nummer 12a.1).

Vergleiche auch die Ausnahmeregelung in § 8 Abs. 2 (Nummer 8.2).

Bei strafrechtlichen Verurteilungen im Ausland findet § 12a Abs. 2 und 4 Anwendung (vergleiche Nummern 12a.2 und 12a.4).

Die Aussetzung des Einbürgerungsverfahrens wegen eines anhängigen Straf- oder Ermittlungsverfahrens richtet sich nach § 12a Abs. 3 (vergleiche Nummer 12a.3).

Ergänzende Anmerkung:

Die Tatbestandsvoraussetzung des „Nichtvorliegens von Ausweisungsgründen“ ist entfallen und durch den Tatbestand der „Straffreiheit“ ersetzt worden. Diese Voraussetzung entspricht § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 bei der Anspruchs-Einbürgerung. Sie gilt durch Verweis auf § 8 auch bei den Einbürgerungen nach den §§ 9,13 und 14. Ebenso gilt § 12a auch für alle Einbürgerungen nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz. Die Ausweisungsgründe nach § 54 Nr. 5 und 5a des Aufenthaltsgesetzes gelten als Ausschlussgründe über § 11 auch für die Einbürgerung nach § 8.

8.1.1.3 Zu Nummer 3 (Wohnung; Unterkunft)

Unter Wohnung ist eine Unterkunft zu verstehen, die dem Einbürgerungsbewerber und seinen mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen die Führung eines

Haushalts ermöglicht. Es muss sich hierbei nicht um eine selbstständige Wohnung handeln, auch ein Untermietverhältnis reicht aus. Eine lediglich provisorische Unterbringung genügt jedoch nicht.

Als Unterkommen ist eine andere Unterkunft anzusehen, die dem ständigen Aufenthalt zu Wohnzwecken dient, beispielsweise ein Wohnheim.

8.1.1.4 Zu Nummer 4 (Unterhaltspflicht)

Der Einbürgerungsbewerber ist imstande, sich und seine Angehörigen zu ernähren, wenn er den eigenen und den Lebensunterhalt der Familie sowie etwaige gegen ihn gerichtete Unterhaltsansprüche nachhaltig und auf Dauer aus einem selbst erwirtschafteten Einkommen, einem eigenen Vermögen oder einem bestehenden Unterhaltsanspruch gegen einen Dritten bestreiten kann, ohne auf einen Anspruch auf Unterhalt aus öffentlichen Mitteln angewiesen zu sein (Unterhaltspflicht). Bei verheirateten Einbürgerungsbewerbern ist es ausreichend, dass die Ehegatten hierzu gemeinsam in der Lage sind. Die Unterhaltspflicht umfasst auch eine ausreichende soziale Absicherung gegen Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit und für das Alter.

Hängt die Unterhaltspflicht von dem Unterhaltsanspruch gegen einen Dritten ab, so ist es bei einem gesetzlichen Unterhaltsanspruch ausreichend, wenn der Dritte leistungsfähig und der Unterhaltsanspruch im Inland durchsetzbar ist. Dies gilt entsprechend für eine Vereinbarung über die Unterhaltspflicht nach § 1585c des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Der Bezug von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch) oder Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe) beziehungsweise das Bestehen eines entsprechenden Anspruchs steht der Einbürgerung entgegen. (vergleiche Nr. 10.1.1.3). Dies gilt auch dann,

wenn der Einbürgerungsbewerber den Umstand, der ihn zur Inanspruchnahme dieser Leistungen berechtigt, nicht zu vertreten hat.

Vergleiche aber die durch das Zuwanderungsgesetz neu aufgenommene Ausnahmeregelung des § 8 Abs. 2 (Nummer 8.2).

Der Einbürgerung steht es nicht entgegen, wenn der Einbürgerungsbewerber Kindergeld oder eine Rente eines deutschen Trägers bezogen hat oder bezieht. Bei Bezug anderer Leistungen, wie Arbeitslosengeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsgeld, Krankengeld, Wohngeld oder Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, ist eine Prognoseentscheidung erforderlich, ob der Einbürgerungsbewerber künftig in der Lage sein wird, sich ohne Bezug solcher Leistungen aus eigenen Kräften zu unterhalten.

Ergänzende Anmerkung:

Der frühere durch das Zuwanderungsgesetz neu eingefügte Satz 2 ist wieder aufgehoben worden, da die bisherige Verweisung auf die Ausweisungsgründe nach dem Aufenthaltsgesetz entfällt.

8.1.2 Allgemeine Grundsätze für die Ermessensausübung

Die Nummern 8.1.2 bis 8.1.3.9.2 und 8.2 enthalten allgemeine Grundsätze für die Ermessensausübung und legen fest, unter welchen Voraussetzungen ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung anzunehmen ist. Persönliche Wünsche und wirtschaftliche Interessen des Einbürgerungsbewerbers können nicht entscheidend sein.

Belange der Entwicklungspolitik stehen einer Einbürgerung nach § 8 nicht entgegen.

8.1.2.1 Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse, insbesondere ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache

Der Einbürgerungsbewerber muss sich in die deutschen Lebensverhältnisse eingeordnet haben, insbesondere über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen.

8.1.2.1.1 Sprachkenntnisse

Ergänzende Anmerkung:

Bei der Prüfung der Sprachkenntnisse im Rahmen des Ermessens ist in der Regel der Maßstab des neuen § 10 Abs. 4 anzulegen. Auch bei der Ermessenseinbürgerung ist daher grundsätzlich ein Sprachniveau zu verlangen, das dem Zertifikat Deutsch entspricht (B 1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen – GER -).

8.1.2.1.2 Nachweis der Sprachkenntnisse

Ob ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vorliegen, ist von der Staatsangehörigkeitsbehörde festzustellen. Ausreichende deutsche Sprachkenntnisse sind in der Regel nachgewiesen, wenn der Einbürgerungsbewerber

- a) eine Bescheinigung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (vor dem 28. August 2007 eines Integrationskursträgers) über die erfolgreiche Teilnahme an einem Sprachkurs im Rahmen des Integrationskurses (§ 43 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes) vorweist,
- b) in sonstiger Weise das Zertifikat Deutsch oder ein gleichwertiges oder höherwertiges Sprachdiplom erworben hat,
- c) vier Jahre eine deutschsprachige Schule mit Erfolg (Versetzung in die nächsthöhere Klasse) besucht hat,
- d) einen Hauptschulabschluss oder wenigstens gleichwertigen deutschen Schulabschluss erworben hat,

e) in die zehnte Klasse einer weiterführenden deutschsprachigen Schule (Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule) versetzt worden ist oder

f) ein Studium an einer deutschsprachigen Hochschule oder Fachhochschule oder eine deutsche Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen hat.

Sind die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache nicht oder nicht hinreichend anhand von Zeugnissen oder Zertifikaten nachgewiesen, ist dem Einbürgerungsbewerber ein Sprachtest, ggf. auch ein Sprachkurs zu empfehlen; es sei denn der Einbürgerungsbewerber verfügt nach der in einem persönlichen Gespräch gewonnenen Überzeugung der Staatsangehörigkeitsbehörde offensichtlich über die geforderten Sprachkenntnisse. In diesen Fällen kann auf einen Sprachtest verzichtet werden.

8.1.2.1.3 Ausnahmen vom Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse

Von den Anforderungen an ausreichende deutsche Sprachkenntnisse ist abzusehen, wenn der Einbürgerungsbewerber sie wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung oder altersbedingt nicht erfüllen kann (vergleiche Nr. 10.6). Die fehlenden oder mangelhaften Sprachkenntnisse müssen auf die Behinderung oder Krankheit oder altersbedingte Beeinträchtigung zurückzuführen sein, z.B. Legasthenie.

Bei Kindern unter 16 Jahren reicht eine altersgemäße Sprachentwicklung in deutscher Sprache aus, die bei schulpflichtigen Kindern durch Schulzeugnisse nachgewiesen werden soll (vergleiche Nr. 10.4.2).

Ergänzende Anmerkung:

Im Rahmen des Ermessens sind jedoch weitere Ausnahmen möglich, z.B. bei Analphabeten, bei Personen über 60 Jahren mit mindestens

12-jährigem rechtmäßigen Aufenthalt (vergleiche Nummer 8.1.3.7), bei Personen, an deren Einbürgerung ein besonderes öffentliches Interesse (vergleiche Nummer 8.1.3.5) besteht.

8.1.2.2 Dauer des Inlandsaufenthalts

Vor der Einbürgerung soll sich ein Einbürgerungsbewerber, der bei der Einbürgerung das 16. Lebensjahr vollendet hat, wenigstens acht Jahre im Inland aufgehalten haben. Kann ein Ausländer eine Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs nach § 43 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes vorweisen, soll die Mindestfrist von acht auf sieben Jahren verkürzt werden (vergleiche Nummer 10.3.1). Bei Vorliegen besonderer Integrationsleistungen, insbesondere Sprachkenntnisse ab B 2 GER und höher, kann die Dauer des Inlandsaufenthalts auf sechs Jahre verkürzt werden (vergleiche Nummer 10.3.2).

Nach einer Unterbrechung des Aufenthalts können frühere Aufenthalte im Inland bis zu fünf Jahren der geforderten Aufenthaltsdauer angerechnet werden, soweit ihnen integrationsfördernde Bedeutung zukommt (vergleiche Nummer 12b.2).

8.1.2.3 Rechtmäßigkeit des Aufenthalts im Inland; anrechenbare Aufenthaltszeiten

Bei der Berechnung der für eine Einbürgerung erforderlichen Aufenthaltsdauer können nur Zeiten berücksichtigt werden, in denen der Einbürgerungsbewerber sich rechtmäßig im Inland aufgehalten hat. Zu den danach anrechenbaren Aufenthaltszeiten vergleiche Nummer 4.3.1.2. Zu den Aufenthaltsunterbrechungen vergleiche Nummern 12b.1 bis 12b.1.3 und 12b.3.

Ergänzende Anmerkung:

Bei der Regelung in Nummer 8.1.2.3 Absatz 2 der StAR-VwV (Anrechnung von Zeiten einer Duldung auf die geforderte Aufenthaltsdauer)

ist das Urteil des BVerwG vom 29.03.2007 – 5 C 8.06 zu beachten, das sich gegen die Anrechnung von Gestattungszeiten bei einem erfolglosen Asylverfahren ausspricht. In Konsequenz dieser Entscheidung wäre auch die vergleichbare Sonderregelung des § 35 Abs. 1 Satz 3 des bis zum 31. Dezember 2004 gültigen Ausländergesetzes auf die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis beschränkt und nicht mehr bei der Einbürgerung zu berücksichtigen. In Härtefällen kann jedoch vom Grundsatz des achtjährigen Aufenthalts abgewichen werden.

Zu berücksichtigen sind ferner Zeiten, in denen der Einbürgerungsbewerber als deutscher Staatsangehöriger oder Statusdeutscher behandelt wurde. Dabei ist vorrangig zu prüfen, ob der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 3 Abs. 2 festgestellt werden kann.

8.1.2.4 Erforderlicher Aufenthaltsstatus bei der Einbürgerung

Erforderlich ist ein in Nr. 10.1.1.2 genannter Aufenthaltsstatus (Aufenthaltsrecht oder Aufenthaltstitel). Abweichend davon genügt eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 und § 23a Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes, wenn sie aufgrund gruppenbezogener Regelungen aus humanitären Gründen auf Dauer zugesagt („Altfallregelung“) oder im Einzelfall („Härtefallersuchen“) angeordnet worden ist.

Für Ausländer, die aufgrund völkerrechtlicher Übereinkommen oder damit in Zusammenhang stehender Rechtsvorschriften vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind, insbesondere die bei den diplomatischen Missionen oder berufskonsularischen Vertretungen ausländischer Staaten im Inland beschäftigten ausländischen Ortskräfte und ihre Familienangehörigen, setzt die Einbürgerung voraus, dass ihnen nach Fortfall der aufenthaltsrechtlichen Vergünstigung ein Aufenthaltsstatus (Aufenthaltsrecht oder Aufenthaltstitel) gewährt werden könnte.

8.1.2.5 Staatsbürgerliche Kenntnisse; Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung; Loyalitätserklärung

Der Einbürgerungsbewerber soll Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland entsprechend § 10 Abs. 1 Nr. 7 besitzen (vergleiche Nummer 10.1.1.7). Deren Nachweis ist in der Regel durch eine Bescheinigung über einen erfolgreich bestandenen Einbürgerungstest erbracht (vergleiche Nummer 10.5). Zum Nachweis genügt auch der erfolgreiche Abschluss einer deutschen Hauptschule oder ein vergleichbarer oder höherer Abschluss einer deutschen allgemein bildenden Schule. Kein Nachweis ist erforderlich bei Minderjährigen unter 16 Jahren und sonstigen nicht handlungsfähigen Personen im Sinne des § 80 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes (vergleiche Nummer 10.1.2) sowie bei Einbürgerungsbewerbern, die den Nachweis wegen ihrer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung oder aufgrund ihres Alters nicht erbringen können (vergleiche Nummer 10.7).

Im Rahmen des Ermessens sind jedoch noch weitere Ausnahmen möglich: z.B. bei Einbürgerungen aus besonderem Interesse (Nummer 8.1.3.5), bei Analphabeten, bei Personen über 60 Jahren mit mindestens zwölfjährigem Inlandsaufenthalt, bei ehemaligen deutschen Staatsangehörigen (vergleiche Nummer 8.1.3.3).

Bitte beachten: Die Regelungen des § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 und Abs. 5 treten erst am 1. September 2008 in Kraft. Entsprechend ist der Nachweis der staatsbürgerlichen Kenntnisse durch einen Einbürgerungstest bei der Einbürgerung nach § 8 auch erst ab Inkrafttreten dieser Regelungen zu erbringen!

Der Einbürgerungsbewerber muss nach seinem Verhalten in Vergangenheit und Gegenwart Gewähr dafür bieten, dass er sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennt.

Erfüllt der Einbürgerungsbewerber einen der in § 11 aufgeführten Ausschlussgründe (vergleiche Nummer 11.1.1 bis 11.2) oder ist die politische Betätigung nach § 47 des Aufenthaltsgesetzes beschränkt oder untersagt worden, so kommt eine Einbürgerung nicht in Betracht.

Ergänzende Anmerkung:

§ 11 ist seit der Neuregelung durch das Richtlinienumsetzungsgesetz direkt auf alle Einbürgerungen nach dem StAG und damit auch auf § 8 anzuwenden.

Hat der Einbürgerungsbewerber im Zeitpunkt der Einbürgerung das 16. Lebensjahr vollendet und ist er im Übrigen handlungsfähig im Sinne des § 80 des Aufenthaltsgesetzes, so hat er ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und eine Loyalitätserklärung abzugeben, vergleiche Nummer 10.1.1.1.

8.1.2.6 Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit ist bei der Ermessensausübung zu beachten.

8.1.2.6.1 Einbürgerungszusicherung

Soweit dies zur Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit erforderlich ist, ist dem Einbürgerungsbewerber eine schriftliche Einbürgerungszusicherung (vergleiche § 38 des Verwaltungsverfahrensgesetzes) zu erteilen.

Durch sie wird ihm die Einbürgerung für den Fall zugesagt, dass er die Aufgabe seiner Staatsangehörigkeit nachweist. In der Regel ist die Einbürgerungszusicherung auf zwei Jahre zu befristen. Die Verlängerung der Frist ist zulässig. Die Einbürgerungszusicherung wird unter dem Vorbehalt erteilt, dass sich die für die Einbürgerung maßgebliche Sach- oder Rechtslage bis zum Ablauf der Frist nicht ändert.

Ergänzende Anmerkung:

Setzt das Recht des Herkunftsstaates die Volljährigkeit für das Ausscheiden aus der Staatsangehörigkeit voraus, so kann bei Minderjährigen Mehrstaatigkeit vorübergehend hingenommen werden (vergleiche Nr. 8.1.2.6.2). Bei der Anspruchseinbürgerung ist der bisherige Abs. 5 in § 87 AuslG nicht in § 12 StAG übernommen worden. Zu dem entsprechenden Verfahren in diesen Fällen vergleiche Nr. 10.1.1.4.

8.1.2.6.2 Vorübergehende Hinnahme von Mehrstaatigkeit

Lässt der ausländische Staat das Ausscheiden aus seiner Staatsangehörigkeit erst nach dem Vollzug der Einbürgerung zu und liegt kein Grund für die dauernde Hinnahme von Mehrstaatigkeit vor, so kann die Einbürgerung erfolgen, wenn der Einbürgerungsbewerber zum Ausscheiden aus der ausländischen Staatsangehörigkeit bereit ist und - sofern das ausländische Recht dies vorsieht - die dazu erforderlichen Handlungen vorgenommen hat (vorübergehende Hinnahme von Mehrstaatigkeit). Setzt nach dem Recht des Herkunftsstaates das Ausscheiden aus der Staatsangehörigkeit die Volljährigkeit voraus und wird der Einbürgerungsbewerber nicht innerhalb von zwei Jahren volljährig, so kann Mehrstaatigkeit vorübergehend dann hingenommen werden, wenn

- a) der Einbürgerungsbewerber mit den Eltern oder dem allein sorgeberechtigten Elternteil eingebürgert werden soll,

- b) der Einbürgerungsbewerber mit dem nicht allein sorgeberechtigten Elternteil eingebürgert werden soll und der andere Elternteil deutscher Staatsangehöriger ist,
- c) die Eltern des Einbürgerungsbewerbers oder der allein sorgeberechtigte Elternteil deutsche Staatsangehörige sind oder
- d) der Einbürgerungsbewerber Vollwaise ist.

Ergänzende Anmerkung:

Werden die Eltern oder ein sorgeberechtigter Elternteil des Einbürgerungsbewerbers nach §§ 10 f eingebürgert, so ist dessen Miteinbürgerung nach § 10 Abs. 2 unter Erteilung einer Auflage zu prüfen (vergleiche Nr. 10.1.1.4).

Die Einbürgerung ist in diesen Fällen mit einer schriftlichen Auflage zu versehen, in der dem Einbürgerungsbewerber die zum Ausscheiden aus der ausländischen Staatsangehörigkeit erforderlichen Handlungen aufgegeben werden und in der er verpflichtet wird, diese Handlungen unverzüglich vorzunehmen. Zur Durchsetzung der Auflage kann - auch mehrfach - ein Zwangsgeld nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen verhängt werden. Vom Vollzug der Auflage ist abzusehen, wenn nach der Einbürgerung ein Grund für die dauernde Hinnahme von Mehrstaatigkeit entsteht.

8.1.2.6.3 Hinnahme von Mehrstaatigkeit

Ob Mehrstaatigkeit hingenommen werden kann, hat die Einbürgerungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen zu prüfen. Ausnahmen vom Einbürgerungshindernis eintretender Mehrstaatigkeit kommen insbesondere in Betracht.

- 8.1.2.6.3.1 Wenn das Recht des ausländischen Staates das Ausscheiden aus dessen Staatsangehörigkeit nicht ermöglicht.

8.1.2.6.3.2 Wenn der ausländische Staat die Entlassung durchweg verwehrt oder von unzumutbaren Bedingungen abhängig macht.

Durchweg verwehrt wird die Entlassung in diesem Sinn, wenn Entlassungen nie oder fast nie ausgesprochen werden. Dies ist insbesondere bei Einbürgerungsbewerbern aus bestimmten arabischen und nordafrikanischen Staaten der Fall (vergleiche Nummer 12.1.2.2).

Ergänzende Anmerkung:

Beim Iran gilt die Besonderheit, dass Nr. II des Schlussprotokolls des deutsch-iranischen Niederlassungsabkommens vom 17. Februar 1929 bei der Ermessenseinbürgerung nach § 8 anwendbar bleibt, sofern nicht eine Ermessensreduzierung auf Null vorliegt, die einem Anspruch auf Einbürgerung gleichkommt.

8.1.2.6.3.3 Bei älteren Personen bei Erfüllung folgender Voraussetzungen:

- a) Ältere Personen sind Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben.
- b) Die Entlassung muss auf unverhältnismäßige - tatsächliche oder rechtliche - Schwierigkeiten stoßen. Dies ist der Fall, wenn diese einer älteren Person nicht mehr zugemutet werden sollen. Solche Schwierigkeiten können zum Beispiel dann vorliegen, wenn der ältere Einbürgerungsbewerber gesundheitlich so sehr eingeschränkt ist, dass er in der Auslandsvertretung nicht persönlich vorsprechen kann oder wenn die Entlassung eine Reise in den Herkunftsstaat erfordern würde, die altersbedingt nicht mehr zumutbar ist, oder wenn sich nicht oder nicht mit vertretbarem Aufwand aufklären lässt, welche ausländische Staatsangehörigkeit er besitzt.
- c) Die Versagung der Einbürgerung muss eine besondere Härte darstellen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn alle im Inland

wohnhaften Familienangehörigen bereits deutsche Staatsangehörige sind oder der Einbürgerungsbewerber seit mindestens 15 Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat.

8.1.2.6.3.4 Wenn der Einbürgerungsbewerber zwar die Verweigerung der Entlassung zu vertreten, sich aber schon länger als 20 Jahre nicht mehr im Herkunftsstaat aufgehalten hat, davon mindestens zehn Jahre im Inland, und über 40 Jahre alt ist.

8.1.2.6.3.5 Wenn der Einbürgerungsbewerber als politisch Verfolgter oder Flüchtling einen Reiseausweis für Flüchtlinge nach Artikel 28 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (BGBl. II 1953, S. 559) besitzt, soweit nicht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein Verfahren der Rücknahme oder des Widerrufs der Asylentscheidung nach § 73 Asylverfahrensgesetz eingeleitet hat.

Ergänzende Anmerkung:

Die Neuregelung des § 73 Abs. 2a des Asylverfahrensgesetzes ist durch das Zuwanderungsgesetz eingeführt worden.

8.1.2.6.3.6 Wenn ein herausragendes öffentliches Interesse an der Einbürgerung auch unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit besteht.

8.1.2.6.3.7 Wenn ehemalige deutsche Staatsangehörige durch Eheschließung mit Ausländern die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben.

8.1.2.6.3.8 Wenn der Einbürgerungsbewerber die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder der Schweiz oder eines Staates besitzt, mit dem die Bundesrepublik Deutschland einen völkerrechtlichen Vertrag nach § 12 Abs. 3 abgeschlossen hat.

8.1.3 Einbürgerungserleichterungen für bestimmte Personengruppen

Für die unter den Nummern 8.1.3.1 bis 8.1.3.9.2 aufgeführten Personengruppen kommen die dort genannten Abweichungen von den unter den Nummern 8.1.2 bis 8.1.2.6.2 genannten allgemeinen Grundsätzen für die Ermessensausübung in Betracht.

8.1.3.1 Staatsangehörigkeitsrechtlich Schutzbedürftige

Staatsangehörigkeitsrechtlich schutzbedürftig ist ein Ausländer, der einen Reiseausweis für Flüchtlinge nach Artikel 28 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (BGBl. II 1953, S. 559) besitzt, soweit nicht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits ein Verfahren des Widerrufs oder der Rücknahme der Asylentscheidung nach § 73 des Asylverfahrensgesetzes eingeleitet hat, oder staatenlos ist. Staatenlos ist eine Person, die kein Staat nach seinem innerstaatlichen Recht als Staatsangehörigen ansieht.

In diesen Fällen soll entsprechend Artikel 34 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und Artikel 32 des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen die Einbürgerung erleichtert und das Verfahren beschleunigt werden. Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Urkunden sollen berücksichtigt werden.

Abweichend von Nummer 8.1.2.2 wird eine Aufenthaltsdauer von sechs Jahren als ausreichend angesehen.

Ergänzende Anmerkung:

Infolge der Neuregelung der Zuwanderung jüdischer Migranten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion besteht für diese Personengruppe kein Flüchtlingsstatus mehr, so dass bei ab dem 31. März 2007 gestellten Einbürgerungsanträgen dieser Personengruppe die bisherige Privilegierung entfällt.

8.1.3.2 Fälle mit staatsangehörigkeitsrechtlichem Wiedergutmachungsgehalt

Dient die Einbürgerung Zwecken der staatsangehörigkeitsrechtlichen Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gegenüber einer von Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 betroffenen Person (so genannte Erlebensgeneration) und besteht kein Anspruch auf Einbürgerung aus Wiedergutmachungsgründen nach Artikel 116 Abs. 2 des Grundgesetzes oder den §§ 11, 12 Abs. 1 des Staatsangehörigkeitsregelungsgesetzes, so genügt abweichend von Nummer 8.1.2.2 eine Aufenthaltsdauer von vier Jahren.

8.1.3.3 Ehemalige deutsche Staatsangehörige, Abkömmlinge deutscher Staatsangehöriger (einschließlich der Adoptivkinder) und Abkömmlinge ehemaliger deutscher Staatsangehöriger

Ehemalige deutsche Staatsangehörige und Abkömmlinge deutscher und ehemaliger deutscher Staatsangehöriger können abweichend von Nummer 8.1.2.2 bei einer - nach Lage des Einzelfalles auch erheblich - kürzeren Aufenthaltsdauer als acht Jahre eingebürgert werden.

Ist der Einbürgerungsbewerber von einem deutschen Staatsangehörigen nach den deutschen Gesetzen wirksam als Kind angenommen (vergleiche Nummer 6.1 bis 6.1.3) und hatte er im Zeitpunkt des Annahmeantrags das 18. Lebensjahr bereits vollendet, so kommt eine Einbürgerung nach einer Aufenthaltsdauer von vier Jahren in Betracht, wenn er nach der Annahme als Kind mit dem deutschen Elternteil in einer familiären Lebensgemeinschaft lebt. Das Annahmeverhältnis und die familiäre Lebensgemeinschaft sollen seit drei Jahren bestanden haben. Eine bloße Begegnungsgemeinschaft genügt nicht für eine Verkürzung der erforderlichen Aufenthaltsdauer, vielmehr ist eine Beistandsgemeinschaft erforderlich. Nicht vorausgesetzt wird, dass das Annahmeverhält-

nis die Wirkungen einer Volladoption entfaltet (vergleiche § 1770 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

8.1.3.4 Deutschsprachige Einbürgerungsbewerber

Deutschsprachige Einbürgerungsbewerber aus Liechtenstein, Österreich oder deutschsprachigen Gebieten in anderen europäischen Staaten, in denen Deutsch Amts- oder Umgangssprache ist, können abweichend von Nummer 8.1.2.2 nach einer Aufenthaltsdauer von vier Jahren eingebürgert werden.

8.1.3.5 Einbürgerungserleichterungen bei besonderem öffentlichem Interesse

Einbürgerungserleichterungen kommen auch in Betracht, wenn ein besonderes öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht. In diesen Fällen ist eine erhebliche Verkürzung der in Nummer 8.1.2.2 vorgesehenen Aufenthaltsdauer möglich. Die geforderte Aufenthaltsdauer soll aber drei Jahre nicht unterschreiten.

Ein besonderes öffentliches Interesse an der Einbürgerung kann vorliegen, wenn der Einbürgerungsbewerber durch die Einbürgerung für eine Tätigkeit im deutschen Interesse, insbesondere im Bereich der Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft, Kunst, Kultur, Medien, des Sports oder des öffentlichen Dienstes (vergleiche § 40 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes) gewonnen oder erhalten werden soll. Es kann auch gegeben sein bei Angehörigen international tätiger, auch ausländischer Unternehmen und Institutionen oder bei anderen Personen, die aus beruflichen oder geschäftlichen Gründen ihren Aufenthalt vorübergehend ins Ausland verlegen oder häufig dorthin reisen müssen.

Die Einbürgerung im Bereich des Sports setzt stets voraus, dass sich der Einbürgerungsbewerber zumindest seit drei Jahren im Inland aufhält, konkret in einer deutschen Nationalmannschaft eingesetzt werden soll und sportlich eine längerfristige internationale Perspek-

tive aufweist. Die Startberechtigung für internationale Meisterschaften muss durch den zuständigen Fachverband oder den Deutschen Sportbund bestätigt worden sein.

Das besondere öffentliche Interesse ist von einer obersten Behörde des Bundes oder eines Landes zu bestätigen und im Einzelnen zu begründen. Im Bereich des Sports ist hierzu eine Stellungnahme des Bundesministeriums des Innern einzuholen.

Soll eine sonstige Tätigkeit für einen längeren Zeitraum ganz oder überwiegend im Ausland ausgeübt werden, ist eine Stellungnahme des Auswärtigen Amtes einzuholen, wenn das besondere öffentliche Interesse an der Einbürgerung nicht bereits aus der Tätigkeit im Inland abgeleitet werden kann.

8.1.3.6 Minderjährige Kinder

Ein minderjähriges Kind, das bei der Einbürgerung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soll nur dann selbstständig eingebürgert werden, wenn es im Inland mit einem deutschen Staatsangehörigen, der für das Kind sorgeberechtigt ist, in einer familiären Gemeinschaft lebt.

Abweichend von Nummer 8.1.2.2 soll sich das einzubürgernde Kind vor der Einbürgerung seit mindestens drei Jahren im Inland aufhalten. Bei einem Kind, das im Zeitpunkt der Einbürgerung das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, genügt es in diesem Fall, wenn es unmittelbar vor der Einbürgerung sein halbes Leben im Inland verbracht hat.

8.1.3.7 Ältere Personen

Bei Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit zwölf Jahren ihren rechtmäßigen Aufenthalt (vergleiche Nummer 8.1.2.3) im Inland haben, genügt es abweichend von Nummer 8.1.2.1.2, wenn sie sich ohne nennenswerte Probleme im Alltagsleben in deutscher Sprache mündlich verständigen können.

8.1.3.8 Vorsorgliche Einbürgerung

Bestehen erhebliche Schwierigkeiten, den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit oder der Deutscheneigenschaft zu belegen, und lassen sich diese trotz nachhaltiger Bemühungen nicht in angemessener Zeit ausräumen oder bestehen Zweifel an der Rechtswirksamkeit des vorausgegangenen Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit oder der Deutscheneigenschaft, und liegt der Erwerbstatbestand der Ersitzung nach § 3 Abs. 2 nicht vor, kann abweichend von den Nummern 8.1.2.2 bis 8.1.2.4 eine vorsorgliche Einbürgerung erfolgen, wenn der Betreffende bisher von deutschen Stellen als deutscher Staatsangehöriger oder Statusdeutscher behandelt worden ist.

Ein nachträglicher Nachweis, dass die deutsche Staatsangehörigkeit oder Deutscheneigenschaft (vergleiche ergänzende Anmerkung zu Nummer 4.1) im Zeitpunkt der vorsorglichen Einbürgerung schon bestanden hat, ist dadurch nicht ausgeschlossen.

8.1.3.9 Miteinbürgerung von Ehegatten und Kindern

Ehegatten und Kinder, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können mit den Personen eingebürgert werden, die unter den Voraussetzungen der Nummer 8.1.2 bis 8.1.3.8 eingebürgert werden.

8.1.3.9.1 Miteinbürgerung eines Ehegatten

Auch bei den miteinzubürgernden Ehegatten werden grundsätzlich ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vorausgesetzt. Zu den Ausnahmen vergleiche Nummer 8.1.2.1.3.

Abweichend von Nummer 8.1.2.2 genügt ein Aufenthalt im Inland von vier Jahren bei zweijähriger Dauer der ehelichen Lebensgemeinschaft.

8.1.3.9.2 Miteinbürgerung von Kindern

Ein minderjähriges Kind des Einbürgerungsbewerbers, das im Zeitpunkt der Einbürgerung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soll mit ihm eingebürgert werden, wenn er für das Kind sorgeberechtigt ist und mit ihm eine familiäre Lebensgemeinschaft im Inland besteht.

Bei den miteinzubürgernden Kindern soll eine altersgemäße Sprachentwicklung in deutscher Sprache entsprechend § 10 Abs. 4 Satz 2 vorhanden sein (vergleiche Nummer 10.4.2).

Abweichend von Nummer 8.1.2.2 soll sich das einzubürgernde Kind vor der Einbürgerung seit mindestens drei Jahren im Inland aufhalten. Bei einem Kind, das im Zeitpunkt der Miteinbürgerung das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, genügt es in diesem Fall, wenn es unmittelbar vor der Einbürgerung sein halbes Leben im Inland verbracht hat.

Die Miteinbürgerung minderjähriger Kinder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, setzt in der Regel voraus, dass sie selbstständig eingebürgert werden könnten.

8.2 Zu Absatz 2 (Ausnahmen von der Straffreiheit und der Unterhaltsfähigkeit bei öffentlichem Interesse oder besonderer Härte)

Ergänzende Anmerkung:

Die Ausnahmeregelung von § 8 Abs. 1 Nr. 2 ist durch das Richtlinienumsetzungsgesetz neu eingefügt worden.

Absatz 2 ermöglicht es im Einzelfall, von den Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 2 und Nr. 4 (vergleiche Nummern 8.1.1.2 und 8.1.1.4) aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Vermeidung einer besonderen Härte ausnahmsweise abzuweichen.

Ein Absehen aus Gründen des öffentlichen Interesses kommt zum Beispiel dann in Betracht,

wenn bereits Einbürgerungserleichterungen, einschließlich vorübergehender oder dauernder Hinnahme von Mehrstaatigkeit, bei einem besonderen oder herausragenden öffentlichen Interesse eingeräumt worden sind (vergleiche Nummern 8.1.3.5 und 8.1.2.6.3.6).

Das Vorliegen der besonderen Härte bei Abs. 1 Nr. 2 ist als Ausnahmefall zu behandeln, da bereits die Voraussetzungen des § 12a (Bagatellstrafen) zugunsten des Einbürgerungsbewerbers eingreifen. Es müssen daher für den Einbürgerungsbewerber besonders beschwerende Umstände vorliegen, die im Einzelfall ein Absehen von darüber hinausgehenden strafrechtlichen Verurteilungen rechtfertigen.

Eine besondere Härte bei Abs. 1 Nr. 4 kann insbesondere dann angenommen werden, wenn jemand aufgrund einer zur Durchführung des Entlassungsverfahrens erteilten Einbürgerungszusicherung aus seiner bisherigen Staatsangehörigkeit bereits ausgeschieden und staatenlos geworden ist, und nun unverschuldet der Einbürgerung mangelnde Unterhaltsfähigkeit entgegenstünde, die auf zwischenzeitlichem Verlust des eigenen oder des Arbeitsplatzes des Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartners oder ähnlicher Umstände beruht. Gesichtspunkte der Vermeidung einer besonderen Härte kommen zum Beispiel in Fällen mit staatsangehörigkeitsrechtlichem Wiederherstellungscharakter (vergleiche Nummern 8.1.3.2 und 8.1.3.3), bei Behinderten, Pflegekindern, älteren Personen mit langem Inlandsaufenthalt und Kindern von staatsangehörigkeitsrechtlich Schutzbedürftigen, die diesen Status nicht erworben haben, in Betracht.

9 Zu § 9 Einbürgerung von Ehegatten oder Lebenspartnern Deutscher

9.0 Allgemeines

Die privilegierte Einbürgerung bezieht sich nur auf die Ehe sowie die eingetragene Lebenspartnerschaft nach dem Lebenspartnerschafts-

gesetz vom 16. Februar 2001 (BGBl. I, S. 266). Die Einbürgerung nach § 9 darf bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen nur ausnahmsweise versagt werden, wenn ein atypischer Fall vorliegt, in dem aus besonderen Gründen der Regelungszweck des § 9 (Herstellung einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit in der Ehe bzw. Lebenspartnerschaft) verfehlt würde. Ein solcher atypischer Fall kann insbesondere dann gegeben sein, wenn die Ehe oder Lebenspartnerschaft

- a) zu einem anderen Zweck als dem der Führung einer ehelichen Lebensgemeinschaft oder partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft begründet wurde (z.B. Scheinehe) oder
- b) nur formal besteht und eine eheliche Lebensgemeinschaft oder partnerschaftliche Lebensgemeinschaft nicht oder nicht mehr geführt wird (gescheiterte Ehe oder gescheiterte Lebenspartnerschaft), sofern nicht § 9 Abs. 2 entsprechend anzuwenden ist (vergleiche Nummer 9.2).

Minderjährige Kinder des ausländischen Ehegatten oder Lebenspartners können nach Maßgabe des § 8 miteingebürgert werden (vergleiche Nummern 8.1.3.9 und 8.1.3.9.2).

9.1 Zu Absatz 1 (Voraussetzungen)

Die Ehe oder Lebenspartnerschaft muss für den deutschen Rechtskreis gültig geschlossen sein und im Zeitpunkt der Einbürgerung noch bestehen. Der deutsche Ehegatte oder Lebenspartner des Einbürgerungsbewerbers muss in diesem Zeitpunkt deutscher Staatsangehöriger sein. Der Besitz der Deutscheneigenschaft reicht nicht aus.

Die gesetzlichen Voraussetzungen des § 8 müssen von dem Einbürgerungsbewerber in jedem Fall erfüllt werden (vergleiche Nummer 8.1.1 bis 8.1.1.4).

9.1.1 Zu Nummer 1 (Vermeidung von Mehrstaatigkeit)

Zum Ausscheiden aus der bisherigen Staatsangehörigkeit vergleiche Nummer 10.1.1.4, zur Hinnahme von Mehrstaatigkeit nach Maßgabe des § 12 vergleiche Nummern 12.0 bis 12.3. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, so kommt eine Einbürgerung nach § 8 in Betracht; die Aufenthaltsdauer wird abweichend von Nummer 8.1.2.2 nach Nummer 9.1.2.1 Abs. 1 sowie Nummer 9.1.2.2 beurteilt. Die Dauer der ehelichen Lebensgemeinschaft oder partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft richtet sich nach Nummer 9.1.2.1 Abs. 2.

Ergänzende Anmerkung:

Bei der Einbürgerung nach § 9 findet das deutsch-iranische Niederlassungsabkommen keine Anwendung (vergleiche ergänzende Anmerkung unter Nummer 8.1.2.6.3.2).

9.1.2 Zu Nummer 2 (Gewährleistung der Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse)

Die Einordnung des Einbürgerungsbewerbers in die deutschen Lebensverhältnisse muss nicht abgeschlossen, sondern lediglich für die Zukunft gewährleistet sein. In der Regel nicht gewährleistet ist die Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse, wenn der Einbürgerungsbewerber die Ehe mit dem deutschen Staatsangehörigen geschlossen hat, obwohl er zu diesem Zeitpunkt bereits verheiratet war, oder nach Eingehung der Ehe mit dem deutschen Staatsangehörigen erneut geheiratet hat (Doppelehe). Dies gilt für die Lebenspartnerschaft entsprechend.

9.1.2.1 Allgemeine Anforderungen

Erforderlich ist in der Regel ein Aufenthalt im Inland von drei Jahren. Nach einer Unterbrechung des Aufenthalts können frühere Aufenthalte im Inland bis zu zwei Dritteln der geforderten Aufenthaltsdauer angerechnet werden (vergleiche Nummer 12b.2).

Die eheliche Lebensgemeinschaft oder partnerschaftliche Lebensgemeinschaft des Einbürgerungsbewerbers mit dem deutschen Ehegatten oder Lebenspartner muss im Zeitpunkt der Einbürgerung seit zwei Jahren bestehen. Dieser muss in dieser Zeit deutscher Staatsangehöriger oder Statusdeutscher gewesen sein.

Der Einbürgerungsbewerber muß die in den Nummern 8.1.2.3, 8.1.2.4 und 8.1.2.5 aufgeführten Erfordernisse erfüllen.

9.1.2.2 Verkürzung der Aufenthaltsdauer

Abweichend von Nummer 9.1.2 kann die Einbürgerung nach einer Aufenthaltsdauer von weniger als drei Jahren erfolgen, wenn die eheliche Lebensgemeinschaft oder partnerschaftliche Lebensgemeinschaft seit drei Jahren besteht, bei

- a) Angehörigen international tätiger, auch ausländischer Unternehmen und Institutionen oder anderen Personen, die aus beruflichen oder geschäftlichen Gründen ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hatten, wenn die Tätigkeit im Ausland im deutschen Interesse lag,
- b) Ehegatten oder Lebenspartnern von Deutschen, die im Ausland eine der unter Buchstabe a) genannten Tätigkeiten ausgeübt haben, und
- c) Ehegatten oder Lebenspartnern von aus dem Ausland zurückgekehrten entsandten Angehörigen des Auswärtigen Amtes, der Bundeswehr und anderer öffentlicher oder öffentlich geförderter Einrichtungen.

9.1.3 Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache

Ergänzende Anmerkung:

Diese Voraussetzung ist durch das Richtlinienumsetzungsgesetz neu eingefügt worden in Anlehnung an § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 und Abs. 4

und 6. Der Ausschluss der Einbürgerung „entgegenstehender erheblicher Belange der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere solche der äußeren oder inneren Sicherheit sowie der zwischenstaatlichen Beziehungen“ ist dagegen entfallen. Stattdessen gilt § 11 auch für die Einbürgerung nach § 9 (vergleiche Nummern 11.1.1 bis 11.2).

Die vorzeitige privilegierte Einbürgerung von Ehegatten und Lebenspartnern deutscher Staatsangehöriger setzt nunmehr ausreichende deutsche Sprachkenntnisse in mündlicher und schriftlicher Form auf dem Sprachniveau B 1 GER voraus (vergleiche Nummern 10.1.1.6 und 10.4). Sich „ohne nennenswerte Probleme im Alltagsleben ausdrücken zu können“ reicht nicht mehr aus. Ausnahmen bestehen nur nach § 10 Abs. 6 (vergleiche Nummer 10.6).

9.2 Zu Absatz 2

Zu den Kindern aus der Ehe gehören auch gemeinschaftlich angenommene Kinder sowie von einem Ehegatten angenommene Kinder des anderen Ehegatten.

Absatz 2 ist entsprechend anzuwenden, wenn die Ehegatten nicht nur vorübergehend getrennt leben und das Familiengericht dem ausländischen Elternteil gemäß § 1671 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die elterliche Sorge allein überträgt.

Ergänzende Anmerkung:

Im Gegensatz zur Rechtslage vor dem Kindschaftsreformgesetz von 1998 ist die gemeinschaftliche elterliche Sorge der gesetzliche Regelfall, alleiniges Sorgerecht die Ausnahme (§ 1627 BGB).

9.3 Zu Absatz 3

Nicht belegt.

**10 Zu § 10 Einbürgerungsanspruch;
Miteinbürgerung von Ehegatten und minderjährigen Kindern**

10.1 Zu Absatz 1 (Einbürgerungsanspruch)

10.1.1 Zu Satz 1 (Rechtmäßiger gewöhnlicher Aufenthalt im Inland; Handlungsfähigkeit)

Zum Begriff des Ausländers und des Antrags vergleiche Nummer 8.1.1. Der rechtmäßige gewöhnliche Aufenthalt im Inland (Nr. 4.3.1.2) muss in den der Einbürgerung nach § 10 Abs. 1 vorausgehenden acht Jahren grundsätzlich ununterbrochen bestanden haben. Zu Unterbrechungen des rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts vergleiche § 12b (Nummern 12b.1 bis 12b.3). Auch im Zeitpunkt der Einbürgerung muss der Ausländer seinen rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben. Der Ausländer muss um handlungsfähig zu sein mindestens das 16. Lebensjahr vollendet haben und darf nicht geschäftsunfähig sein oder im Falle seiner Volljährigkeit in dieser Angelegenheit zu betreuen und einem Einwilligungsvorbehalt unterstellt sein (§ 80 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes). Vergleiche Nummer 8.1.1.1.

10.1.1.1 Zu Nummer 1 (Bekanntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung; Loyalitätserklärung)

In der Regel bei der Beantragung der Einbürgerung, spätestens vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde hat der Einbürgerungsbewerber folgendes Bekenntnis und folgende Erklärung abzugeben:

„1. Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetz-

gebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,

- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
 - g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.
2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
- a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
 - c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.“

Macht der Einbürgerungsbewerber glaubhaft, dass er sich von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen abgewandt hat, so hat er folgendes Bekenntnis und folgende Erklärung abzugeben:

„1. Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze, die

- a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder

b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder

c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen habe ich mich abgewandt.“

Der Einbürgerungsbewerber soll bereits bei der Antragstellung über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Erklärung schriftlich und mündlich belehrt und befragt werden, ob er Handlungen vorgenommen hat, die als der Einbürgerung entgegenstehende Bestrebungen im Sinne der Erklärung anzusehen sind. Vergleiche bei handlungsunfähigen Personen Nummer 10.1.2.

10.1.1.2 Zu Nummer 2 (erforderlicher Aufenthaltsstatus bei der Einbürgerung)

Der Ausländer muss im Zeitpunkt der Einbürgerung entweder

a) ein unbefristetes Aufenthaltsrecht haben (vergleiche Nummer 4.3.1.3) oder

b) Staatsangehöriger der Schweiz oder dessen Familienangehöriger sein, der eine sog. Aufenthaltserlaubnis auf Grund des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und der Schweiz über die Freizügigkeit besitzt (BGBl. 2001 II S. 810) oder

c) Ausländer sein, der eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz für einen bestimmten Zweck besitzt.

Nicht ausreichend sind Aufenthaltserlaubnisse für Aufenthaltsw Zwecke nach den §§ 16, 17, 20, 22, 23 Abs. 1, §§ 23a, 24, 25 Abs. 3 bis 5 des Aufenthaltsgesetzes.

10.1.1.3 Zu Nummer 3 (keine Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch)

Ergänzende Anmerkung:

Änderung der Nummer 3 geht auf das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954) und das Zuwanderungsgesetz zurück.

Zu berücksichtigen ist nur, ob der Einbürgerungsbewerber tatsächlich Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitssuchende) oder nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe) in Anspruch genommen hat oder nimmt.

Der Bezug von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitssuchende) oder dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe) steht einer Einbürgerung nach § 10 nicht entgegen, wenn der Einbürgerungsbewerber die Hilfebedürftigkeit nicht zu vertreten hat. Erforderlich, aber auch hinreichend ist, dass der Ausländer nicht durch ihm zurechenbares Handeln oder Unterlassen die Ursache für einen fortdauernden Leistungsbezug gesetzt hat.

Als ein zu vertretender Grund für eine Hilfebedürftigkeit im Sinne des § 10 Abs. 1 Satz 3 ist insbesondere ein Arbeitsplatzverlust wegen Nichterfüllung arbeitsvertraglicher Pflichten beziehungsweise eine Auflösung eines Beschäftigungsverhältnisses wegen arbeitsvertragswidrigen Verhaltens anzusehen. Anhaltspunkte dafür, dass ein Einbürgerungsbewerber das Fehlen der wirtschaftlichen Voraussetzungen zu vertreten hat, ergeben sich zum Beispiel auch daraus, dass er wiederholt die Voraussetzungen für eine Sperrzeit nach § 144 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch erfüllt hat oder

dass aus anderen Gründen Hinweise auf Arbeitsunwilligkeit bestehen.

Nicht zu vertreten hat es der Einbürgerungsbewerber insbesondere, wenn ein Leistungsbezug wegen Verlustes des Arbeitsplatzes durch gesundheitliche, betriebsbedingte oder konjunkturelle Ursachen begründet ist und er sich hinreichend intensiv um eine Beschäftigung (Ausbildungs- oder Arbeitsplatz) bemüht hat.

Ergänzende Anmerkung:

Die Ausnahme des Nichtvertretens der Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch SGB ist inhaltlich unverändert in die Einbürgerungsvoraussetzung des § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 übernommen worden. Der frühere § 10 Abs. 1 Satz 3 entfällt. Auch bei Einbürgerungsbewerbern bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres ist daher zu prüfen, ob sie die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch SGB zu vertreten haben. Der Bezug staatlicher Leistungen während der Schulzeit, der Ausbildung und des Studiums ist vom Einbürgerungsbewerber regelmäßig nicht zu vertreten. Auch kann die Inanspruchnahme staatlicher Leistungen durch die unterhaltspflichtigen Eltern dem jugendlichen Einbürgerungsbewerber nicht zugerechnet werden.

10.1.1.4 Zu Nummer 4 (Vermeidung von Mehrstaatigkeit)

Ist der Einbürgerungsbewerber nicht staatenlos (vergleiche Nummer 8.1.3.1), so setzt der Einbürgerungsanspruch voraus, dass er aus seiner bisherigen Staatsangehörigkeit ausscheidet (Vermeidung von Mehrstaatigkeit). Aufgeben umfasst alle Fälle des Ausscheidens aus der bisherigen Staatsangehörigkeit durch einseitige Willenserklärung oder einen Hoheitsakt des Herkunftsstaates (wie Entlassung, Genehmigung des Verzichts auf die Staatsangehörigkeit oder Erlaubnis zum Staatsangehörigkeitswechsel). Verlust ist das kraft Gesetzes eintretende

Ausscheiden aus der bisherigen Staatsangehörigkeit.

Zu den Ausnahmen von der Vermeidung von Mehrstaatigkeit vergleiche Nummern 12.0 bis 12.3. Lässt der ausländische Staat die Entlassung aus seiner Staatsangehörigkeit erst nach der Einbürgerung oder nach Erreichen eines bestimmten Lebensalters zu, ist die Einbürgerung mit einer schriftlichen Auflage zu versehen, in der dem Einbürgerungsbewerber die zum Ausscheiden aus der ausländischen Staatsangehörigkeit erforderlichen Handlungen aufgegeben werden und in der er verpflichtet wird, diese Handlungen unverzüglich vorzunehmen. Zu Durchsetzung der Auflage kann – auch mehrfach – ein Zwangsgeld nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen verhängt werden. Vom Vollzug der Auflage ist abzusehen, wenn nach der Einbürgerung ein Grund für die dauernde Hinnahme von Mehrstaatigkeit entsteht.

10.1.1.5 Zu Nummer 5 (Straffreiheit)

Straftat im Sinne dieser Vorschrift ist jedes mit Strafe bedrohte Handeln oder Unterlassen. Für Jugendliche und Heranwachsende gilt das Jugendgerichtsgesetz (vergleiche § 1 des Jugendgerichtsgesetzes). Verurteilungen, die getilgt oder zu tilgen sind, werden nicht berücksichtigt (§§ 51 Abs. 1, 52 des Bundeszentralregistergesetzes). Zu Ausnahmen vom Erfordernis der Straffreiheit vergleiche Nummern 12a.1 bis 12a.1.2.

Auch ausländische Verurteilungen wegen einer Straftat sind zu berücksichtigen, im Einzelnen vergleiche Nummern 12a.2 bis 12a.4.

Bei schuldunfähigen Personen hindert auch die Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung nach § 61 des Strafgesetzbuches (z.B. die Einweisung in ein psychiatrisches Krankenhaus) die Einbürgerung. Zu den Ausnahmen vergleiche Nummer. 12a.1.4.

Bei strafmündigen Personen ist eine unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister anzufordern, um festzustellen, ob Verurteilungen (einschließlich der Anordnungen einer Maßregel der Besserung und Sicherung) des Einbürgerungsbewerbers vorliegen (vergleiche § 41 Abs. 1 Nr. 6 des Bundeszentralregistergesetzes).

10.1.1.6 Zu Nummer 6 (Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache)

Die Voraussetzung ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache ist von der Einbürgerungsbehörde festzustellen.

Die erforderlichen Sprachkenntnisse sind in der Regel nachgewiesen, wenn der Einbürgerungsbewerber

- a) eine Bescheinigung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (vor dem 28. August 2007 eines Integrationskursträgers) über die erfolgreiche Teilnahme an einem Sprachkurs im Rahmen eines Integrationskurses (§ 43 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes) erhalten hat,
- b) das Zertifikat Deutsch (B 1 GER) oder ein gleichwertiges oder höherwertiges Sprachdiplom erworben hat,
- c) vier Jahre eine deutschsprachige Schule mit Erfolg (Versetzung in die nächsthöhere Klasse) besucht hat,
- d) einen Hauptschulabschluss oder wenigstens gleichwertigen deutschen Schulabschluss erworben hat,
- e) in die zehnte Klasse einer weiterführenden deutschsprachigen Schule (Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule) versetzt worden ist oder
- f) ein Studium an einer deutschsprachigen Hochschule oder Fachhochschule oder ei-

ne deutsche Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen hat.

Sind die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache nicht oder nicht hinreichend anhand von Zeugnissen oder Zertifikaten nachgewiesen, ist dem Einbürgerungsbewerber ein Sprachtest, ggf. auch ein Sprachkurs zu empfehlen, es sei denn der Einbürgerungsbewerber verfügt nach der in einem persönlichen Gespräch gewonnenen Überzeugung der Staatsangehörigkeitsbehörde offensichtlich über die geforderten Sprachkenntnisse. In diesen Fällen kann auf einen Sprachtest verzichtet werden.

Ergänzende Anmerkung:

Der frühere Ausschlussgrund des § 11 Satz 1 Nr. 1 (keine ausreichenden deutschen Sprachkenntnisse) ist in die Einbürgerungsvoraussetzungen des § 10 Abs. 1 aufgenommen worden. Der Wortlaut ist unverändert. Jedoch ist der Begriff „ausreichende Kenntnisse“ in § 10 Abs. 4 präzisiert worden (vergleiche Nummer 10.4.1). Vergleiche auch die Ausnahmen von den ausreichenden Sprachkenntnissen in § 10 Abs. 4 Satz 2 und in § 10 Abs. 6 (Nummern 10.4.1 und 10.6).

10.1.1.7 Zu Nummer 7 (Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland)

Das Vorliegen staatsbürgerlicher Kenntnisse hat die Staatsangehörigkeitsbehörde festzustellen. In der Regel werden diese Kenntnisse durch einen bundeseinheitlichen Einbürgerungstest (vergleiche Nummer 10.5) nachgewiesen. Der Nachweis staatsbürgerlicher Kenntnisse ist auch erbracht, wenn der Einbürgerungsbewerber einen Abschluss einer deutschen Hauptschule oder einen vergleichbaren oder höheren Schulabschluss einer deutschen allgemeinbildenden Schule nachweisen kann.

Zu den Ausnahmen vom Nachweis staatsbürgerliche Kenntnisse vergleiche Nummern 10.1.2 und 10.6.

10.1.2 Zu Satz 2 (Ausnahmen vom Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung; Loyalitätserklärung und von den Kenntnissen der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland)

Bekenntnis und Erklärung nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und staatsbürgerliche Kenntnisse nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 sind nicht zu fordern, wenn der Einbürgerungsbewerber nicht handlungsfähig nach Maßgabe von § 80 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes ist. Diese Regelung betrifft Minderjährige unter 16 Jahren und unter Betreuung stehende Personen.

10.2 Zu Absatz 2 (Miteinbürgerung von Ehegatten und Kindern)

10.2.1 Zu Satz 1 (Voraussetzungen; Ermessen)

10.2.1.1 Voraussetzungen

Eine Miteinbürgerung nach Absatz 2 ist auch möglich, wenn Ehegatte und minderjährige Kinder sich seit acht Jahren rechtmäßig im Inland aufhalten und selbst nach Absatz 1 einzubürgernden wären. Die übrigen Voraussetzungen eines Einbürgerungsanspruchs nach Absatz 1 müssen - vorbehaltlich der Regelung in Absatz 1 Satz 2 (vergleiche Nummer 10.1.2) - auch in der Person des jeweiligen Familienangehörigen erfüllt sein.

Auch bei den miteinzubürgernden Ehegatten werden ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vorausgesetzt. Bei den miteinzubürgernden Kindern muss eine altersgemäße Sprachentwicklung in deutscher Sprache nach § 10 Abs. 4 Satz 2 vorhanden sein (vergleiche Nummer 10.4.2).

Die Miteinbürgerung soll gleichzeitig mit dem nach Absatz 1 anspruchsberechtigten Einbürgerungsbewerber erfolgen. Es genügt aber, wenn der Antrag auf Miteinbürgerung rechtzeitig vor der Einbürgerung des nach Absatz 1 Anspruchsberechtigten gestellt worden ist.

10.2.1.2 Grundsätze für das Ermessen

10.2.1.2.1 Miteinbürgerung eines Ehegatten

Bei einem Ehegatten, der miteingebürgert werden soll, genügt ein Aufenthalt im Inland von vier Jahren bei zweijähriger Dauer der ehelichen Lebensgemeinschaft.

10.2.1.2.2 Miteinbürgerung von Kindern

Ein minderjähriges Kind des Einbürgerungsbewerbers, das im Zeitpunkt der Einbürgerung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soll mit ihm eingebürgert werden, wenn er für das Kind sorgeberechtigt ist und mit ihm eine familiäre Lebensgemeinschaft im Inland besteht.

Das miteinzubürgernde Kind soll sich seit drei Jahren im Inland aufhalten. Bei einem Kind, das im Zeitpunkt der Miteinbürgerung das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, genügt es in diesem Fall, wenn es unmittelbar vor der Einbürgerung sein halbes Leben im Inland verbracht hat.

Die Miteinbürgerung eines minderjährigen Kindes, das im Zeitpunkt der Einbürgerung das 16. Lebensjahr vollendet hat, setzt in der Regel voraus, dass es selbstständig eingebürgert werden könnte.

10.2.1.2.3 Ausschlussgründe

Eine Miteinbürgerung erfolgt nicht, wenn ein Ausschlussgrund nach § 11 vorliegt.

10.3 Zu Absatz 3 (Erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs; besondere Integrationsleistungen)

10.3.1 Die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs wird durch eine Bescheinigung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nach § 43 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes i.V.m. § 17 Abs. 4 der Integrationskursverordnung

nung („Zertifikat Integrationskurs“) nachgewiesen. In diesem Fall verkürzt sich die Aufenthaltszeit von acht auf sieben Jahre. Gleiches gilt für die Vorlage von Bescheinigungen von Kursträgern nach § 43 Abs. 3 Satz 2 der bis zum 27. August 2007 geltenden Fassung des Aufenthaltsgesetzes.

Der Integrationskurs besteht aus einem Sprachkurs und einem Orientierungskurs. Einbürgerungsbewerber werden durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorrangig zum Integrationskurs zugelassen (§ 5 Abs. 3 Nr. 1 der Integrationskursverordnung). Verfügt der Einbürgerungsbewerber bereits über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache (B 1 GER) sowie über die im Orientierungskurs vermittelten Kenntnisse, so kann er den Sprachtest bzw. den Orientierungskurstest auch ohne Besuch des Sprachkurses bzw. Orientierungskurses ablegen.

Ergänzende Anmerkung:

Durch Änderung der Integrationskursverordnung vom 5. Dezember 2007 (BGBl. I Nr. 61 S. 2787) ist ab dem 1. Januar 2009 der bundeseinheitliche Test zum Orientierungskurs nach einem einheitlichem Curriculum eingeführt worden. Einbürgerungsbewerber, die nicht bereits vorher zur Teilnahme am Integrationskurs verpflichtet waren und über die dort vermittelten Kenntnisse bereits verfügen, brauchen weder Sprach- noch Orientierungskurs zu besuchen, sondern können gleich zum Test zugelassen werden.

Satz 2 eröffnet der Staatsangehörigkeitsbehörde ein Ermessen zur Verkürzung der Aufenthaltszeiten nach Absatz 1 von acht auf sechs Jahre. Voraussetzung ist das Vorliegen besonderer Integrationsleistungen. Hierzu zählen deutsche Sprachkenntnisse, die die Voraussetzung der ausreichenden Sprachkenntnisse übersteigen müssen und daher auf dem Niveau B 2 GER oder höher liegen sollen. Als weitere besondere Integrationsleistungen kommen z.B. in Betracht eine längere ehrenamtliche Tätigkeit

bei einer gemeinnützigen Organisation oder einem Verein. Bei der Ermessensentscheidung ist in jedem Einzelfall eine Gesamtbetrachtung anzustellen, bei der auch mehrere Leistungen zusammen erst eine privilegierte Einbürgerung rechtfertigen können.

10.4 Zu Absatz 4 (Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse; Sprachkenntnisse minderjähriger Kinder)

10.4.1 Nach der Definition des Satzes 1 verfügt der Einbürgerungsbewerber über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6, wenn er die Anforderungen der Sprachprüfung zum Zertifikat Deutsch sowohl in mündlicher und schriftlicher Form erfüllt. Zwar setzt dies nicht zwangsläufig eine Sprachprüfung voraus, jedoch wird die Staatsangehörigkeitsbehörde schon mangels Sachkunde im Zweifel einen schriftlichen Nachweis (Zertifikat, Zeugnis) verlangen. Die in Nummer 10.1.1.6 genannten Nachweise erfüllen die in Satz 1 genannten Voraussetzungen.

Die genannten Zertifikate oder Zeugnisse gelten daher als Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse und sind für die Staatsangehörigkeitsbehörde verbindlich, es sei denn, dass erhebliche Zweifel an den dem Einbürgerungsbewerber bescheinigten Deutschkenntnissen bestehen. In diesem Fall hat sich die Staatsangehörigkeitsbehörde zunächst bei der die Bescheinigung ausstellenden Stelle nach der ordnungsgemäßen Bescheinigung der Deutschkenntnisse des Einbürgerungsbewerbers zu erkundigen, bevor ein neuer Nachweis verlangt werden kann.

10.4.2 Die altersgemäße Sprachentwicklung bei minderjährigen Kindern, die der Schulpflicht unterliegen, soll durch Schulzeugnisse nachgewiesen werden.

10.5 Zu Absatz 5 (Einbürgerungstest, Einbürgerungskurse)

Die Staatsangehörigkeitsbehörde prüft vorab, ob der Einbürgerungsbewerber den Nachweis der staatsbürgerlichen Kenntnisse nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 bereits durch einen deutschen Schulabschluss erbracht hat (vergleiche Nummer 10.1.1.7) oder durch einen Einbürgerungstest erbringen muss.

Zu den Ausnahmen vom Nachweis staatsbürgerlicher Kenntnisse vergleiche Nummer 10.6.

Die Staatsangehörigkeitsbehörde klärt den Einbürgerungsbewerber darüber auf, dass er den Einbürgerungstest auch ohne vorherige Teilnahme an einem Einbürgerungskurs ablegen kann und empfiehlt ihm entweder die Anmeldung bei einem Kursträger zum Einbürgerungskurs oder direkt zu einem Prüfungstermin zum Einbürgerungstest (§ 2 Abs. 2 Einbürgerungstestverordnung – EinbTestV – vom 5. August 2008 (BGBl. I S. 1649)).

Bei Nutzung der Prüfungsinfrastruktur des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge stellt dieses über seine Prüfstellen den ordnungsgemäßen Prüfungsablauf (einschließlich Identitätsfeststellung) sicher und wertet den Test aus. Der Einbürgerungsbewerber erhält vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Bescheinigung über den bestandenen Einbürgerungstest (§ 2 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 4 EinbTestV).

Soweit die Staatsangehörigkeitsbehörde den Einbürgerungstest auf der Grundlage des bundeseinheitlichen Testformats (vergleiche Nummer 10.1.1.7) selbst durchführt, sorgt diese für den ordnungsgemäßen Prüfungsablauf und händigt die Bescheinigung über den bestandenen Einbürgerungstest aus (§ 3 i.V.m. § 1 Abs. 4 EinbTestV).

Ein vor dem Wohnsitzwechsel vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bzw. von einer anderen zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde ausgestelltes Zertifikat bleibt ein verbindlicher Nachweis.

10.6 Zu Absatz 6 (Ausnahmeregelungen)

Von den Voraussetzungen der ausreichenden Kenntnisse der deutschen Sprache nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 und der Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 7 wird zwingend abgesehen, wenn der Einbürgerungsbewerber wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung oder aufgrund seines Alters nicht in der Lage ist, diese Voraussetzungen zu erfüllen. In diesen Fällen ist auch kein Nachweis geringerer Kenntnisse zu verlangen.

Nicht jede Krankheit oder Behinderung führt zum Ausschluss der genannten Voraussetzungen, sondern nur diejenigen, die den Einbürgerungsbewerber an der Erlangung der Kenntnisse hindern, insbesondere die Unfähigkeit, sich mündlich oder schriftlich zu artikulieren sowie angeborene oder erworbene Formen geistiger Behinderung oder altersbedingte Beeinträchtigungen. Die Ausschlussgründe sind vom Einbürgerungsbewerber durch ein ärztliches Attest nachzuweisen, wenn sie nicht offenkundig sind.

10.7 Zu Absatz 7 (Rechtsverordnungsermächtigung)

Die Rechtsverordnung des Bundesministeriums des Innern regelt die Prüfungs- und Nachweismodalitäten des Einbürgerungstests und die Grundstruktur und die Lerninhalte des Einbürgerungskurses (Curriculum), um ein bundeseinheitliches Verfahren zu garantieren und damit jeglichen Anreiz zu nehmen, über einen Wohnsitzwechsel vermeintlich günstigere Testbedingungen erlangen zu können..

11 Zu § 11 Ausschlussgründe

Ergänzende Anmerkung: Durch das Richtlinienumsetzungsgesetz ist die Anwendung des § 11 (Ausschlussgründe) auf alle Einbürgerungen nach dem StAG ausgeweitet worden. Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache zählen nunmehr zu den Einbürgerungsvoraussetzungen (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6).

11.1 Zu Satz 1 (Verfassungstreue, Ausweisungsgründe)

11.1.1 Zu Nummer 1 (verfassungsfeindliche oder extremistische Bestrebungen)

Die Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn zwar die nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 geforderte Erklärung abgegeben wird (vergleiche Nummer 10.1.1.1), aber tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche oder extremistische Betätigung des Einbürgerungsbewerbers (vergleiche §§ 3, 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes) vorliegen.

11.1.2 Zu Nummer 2 (Ausweisungsgründe nach § 54 Nr. 5 und Nr. 5a des Aufenthaltsgesetzes)

Die Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn der Ausländer die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder sich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder mit Gewaltanwendung droht oder wenn Tatsachen belegen, dass er einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den internationalen Terrorismus unterstützt oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat (vergleiche § 5 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes).

Maßgeblich ist dabei allein die Erfüllung des Tatbestandes des § 54 Nr. 5 und Nr. 5a des Aufenthaltsgesetzes. Auf die konkrete Zuläs-

sigkeit einer Ausweisung kommt es nicht an. Im Übrigen vergleiche Nummer 8.1.1.2.

11.2 Zu Satz 2 (Geltung der Nr. 2 außerhalb des Aufenthaltsgesetzes)

§ 54 Nr. 5 und Nr. 5a des Aufenthaltsgesetzes wird entsprechend auf freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger, gleichgestellte Staatsangehörige eines EWR-Staates sowie deren Familienangehörige, und auf sonstige Ausländer, die nach § 1 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes von der Anwendung aufenthaltsrechtlicher Vorschriften befreit sind, sowie auf Staatsangehörige der Schweiz und deren Familienangehörige angewandt.

Ergänzende Anmerkung:

Satz 2 ist durch das Zuwanderungsgesetz neu eingefügt worden.

12 Zu § 12 Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit

12.0 Allgemeines

§ 12 regelt Ausnahmen vom Erfordernis der Vermeidung von Mehrstaatigkeit (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4) Sofern einer der in den Absätzen 1 und 2 bestimmten Fälle vorliegt, erfolgt die Einbürgerung oder Miteinbürgerung, ohne dass die Aufgabe oder der Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit erforderlich ist. Absatz 3 enthält eine allgemeine Öffnungsklausel für völkerrechtliche Verträge, die eine Hinnahme von Mehrstaatigkeit vorsehen können.

12.1 Zu Absatz 1 (Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit)

12.1.1 Zu Satz 1 (Grundsatz)

Satz 1 enthält eine allgemeine Regelung für die Hinnahme von Mehrstaatigkeit, die durch die nachfolgend in Satz 2 genannten Fälle konkretisiert wird. Dieser zählt - neben der in Ab-

satz 2 genannten Ausnahme - abschließend die Fallgruppen auf, in denen eine Einbürgerung oder Miteinbürgerung nach § 10 unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit vorzunehmen ist.

12.1.2 Zu Satz 2 (Voraussetzungen für die Hinnahme von Mehrstaatigkeit wegen Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit)

12.1.2.1 Zu Nummer 1 (rechtliche Unmöglichkeit des Ausscheidens aus der ausländischen Staatsangehörigkeit)

Nach Satz 2 Nr. 1 erfolgt die Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Einbürgerungsbewerbern, deren Herkunftsstaat die Aufgabe oder den Verlust rechtlich nicht vorsieht.

12.1.2.2 Zu Nummer 2 (faktische Unmöglichkeit des Ausscheidens aus der ausländischen Staatsangehörigkeit)

Satz 2 Nr. 2 betrifft die faktische Unmöglichkeit des Ausscheidens aus der bisherigen Staatsangehörigkeit. Regelmäßig verweigert wird die Entlassung in diesem Sinn, wenn Entlassungen nie oder fast nie ausgesprochen werden.

Ergänzende Anmerkung:

Die bisherige Pflicht zur Abgabe eines Entlassungsantrags des Einbürgerungsbewerbers ist durch das Richtlinienumsetzungsgesetz entfallen.

Ergänzende Anmerkung:

Vom Bundesministerium des Innern wird in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt eine Liste der für die Anwendung der Nummer 2 in Betracht kommenden Staaten herausgegeben, die bei Bedarf aktualisiert wird.

Liste der Staaten, die faktisch keine Entlassung vornehmen (Hinnahme von Mehrstaatigkeit gemäß § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 StAG):

*(Rdschr des BMI vom 3. Dezember 2001
- V 6 - 124 117-87/3 -
und wg. Iran vom 14. März 2002
- V 6 - 124 512 IRN/4):*

**Afghanistan, Algerien, Eritrea, Iran, Kuba,
Libanon, Marokko, Syrien und Tunesien**

12.1.2.3 Zu Nummer 3 (Versagung der Entlassung; unzumutbare Entlassungsbedingungen; Nichtbescheidung eines Entlassungsantrags)

12.1.2.3.1 Erste Fallgruppe (Versagung der Entlassung)

Die Versagung der Entlassung setzt grundsätzlich eine einen Entlassungsantrag ablehnende schriftliche Entscheidung voraus. Eine Versagung der Entlassung liegt auch dann vor, wenn eine Antragstellung auf eine Entlassung trotz mehrerer ernsthafter und nachhaltiger Bemühungen des Einbürgerungsbewerbers und trotz amtlicher Begleitung, soweit sie sinnvoll und durchführbar ist, über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten hinweg nicht ermöglicht wird. Dies gilt bei mehrstufigen Entlassungsverfahren auch für die Einleitung der nächsten Stufen.

Zu vertreten hat der Ausländer die Entlassungsverweigerung, wenn er seine Verpflichtungen gegenüber dem Herkunftsstaat verletzt hat und die Entlassungsverweigerung darauf beruht. Dies kommt zum Beispiel in Betracht bei Nichtrückzahlung von zu Ausbildungszwecken gewährten Stipendien, der Verletzung von Unterhaltspflichten, Steuerrückständen oder der Einreichung eines nicht vollständigen oder formgerechten Entlassungsantrags.

12.1.2.3.2 Zweite Fallgruppe (unzumutbare Entlassungsbedingungen)

12.1.2.3.2.1 Eine unzumutbare Bedingung im Sinne des Satzes 2 Nr. 3, 2. Fallgruppe liegt insbesondere vor, wenn die bei der Entlassung zu entrichtenden Gebühren (einschließlich Nebenkosten wie zum Beispiel Beglaubigungskosten) ein durchschnittliches Bruttomonats-

einkommen des Einbürgerungsbewerbers übersteigen und mindestens 1 278,23 Euro (*umgerechnet von 2 500 DM*) betragen.

12.1.2.3.2.2 Macht der Herkunftsstaat die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit von der Leistung des Wehrdienstes abhängig, so ist dies eine unzumutbare Entlassungsbedingung, wenn der Einbürgerungsbewerber

- a) über 40 Jahre alt ist und seit mehr als 15 Jahren seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht mehr im Herkunftsstaat hat, davon mindestens zehn Jahre im Inland,
- b) durch die Leistung des Wehrdienstes in eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik Deutschland oder mit einem mit der Bundesrepublik Deutschland verbündeten Staat verwickelt werden könnte,
- c) zur Ableistung des Wehrdienstes für mindestens zwei Jahre seinen Aufenthalt im Ausland nehmen müsste und in einer familiären Gemeinschaft mit seinem Ehegatten und einem minderjährigen Kind lebt oder
- d) sich aus Gewissensgründen der Beteiligung an jeder Waffenanwendung zwischen den Staaten widersetzt und die Leistung eines Ersatzdienstes durch den Herkunftsstaat nicht ermöglicht wird.

Kann die nach den Buchstaben a) bis d) unzumutbare Wehrdienstleistung durch Zahlung einer Geldsumme abgewendet werden („Freikauf“), so ist dies in der Regel unzumutbar, wenn das Dreifache eines durchschnittlichen Bruttomonatseinkommens des Einbürgerungsbewerbers überschritten wird. Ein Betrag von 5 112,92 Euro (*umgerechnet von 10 000 DM*) ist immer zumutbar.

Im Rahmen der Zumutbarkeit ist auch an dieser Stelle zu prüfen, ob die Leistung ausländischen Wehrdienstes für im Inland aufgewachsene Einbürgerungsbewerber zumutbar ist (der frü-

here § 12 Abs. 3 ist durch das Richtlinienumsetzungsgesetz entfallen). In Anlehnung an die Nummer 3.3.1.2 der Vorläufigen Anwendungshinweise vom 22. Dezember 2004 zu § 5 Abs. 2 Nr. 3 der Aufenthaltsverordnung ist die Erfüllung der Wehrpflicht im Herkunftsstaat für Einbürgerungsbewerber zusätzlich unzumutbar, die bereits in der zweiten und weiteren Generationen in Deutschland leben. Auch ein Freikauf ist dieser Personengruppe generell nicht mehr zuzumuten.

12.1.2.3.2.3 Zu den unzumutbaren Bedingungen zählt grundsätzlich nicht, dass die Behörden des Herkunftsstaates den Einbürgerungsbewerber aufgefordert haben, zunächst seine pass- oder personenstandsrechtlichen Angelegenheiten zu ordnen.

12.1.2.3.3 Dritte Fallgruppe (Nichtbescheidung eines Entlassungsantrags)

Mehrstaatigkeit ist regelmäßig hinzunehmen, wenn zwei Jahre nach Einreichen eines vollständigen und formgerechten Entlassungsantrags eine Entlassung aus der Staatsangehörigkeit nicht erfolgt und mit einer Entscheidung innerhalb der nächsten sechs Monate nicht zu rechnen ist. Welche Anforderungen an den Entlassungsantrag zu stellen sind, richtet sich nach dem Recht des Herkunftsstaates.

12.1.2.4 Zu Nummer 4 (ältere Personen)

Nach Satz 2 Nr. 4 werden ältere Personen bei Erfüllung folgender Voraussetzungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit eingebürgert:

- a) Ältere Personen sind Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben.
- b) Die Entlassung muss auf unverhältnismäßige - tatsächliche oder rechtliche - Schwierigkeiten stoßen. Dies ist der Fall, wenn diese einer älteren Person nicht mehr zugemutet werden sollen. Solche Schwierigkeiten können zum Beispiel dann vorliegen,

wenn der ältere Einbürgerungsbewerber gesundheitlich so sehr eingeschränkt ist, dass er in der Auslandsvertretung nicht persönlich vorsprechen kann oder wenn die Entlassung eine Reise in den Herkunftsstaat erfordern würde, die altersbedingt nicht mehr zumutbar ist, oder wenn sich nicht oder nicht mit vertretbarem Aufwand aufklären lässt, welche ausländische Staatsangehörigkeit er besitzt.

- c) Die Versagung der Einbürgerung muss eine besondere Härte darstellen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn alle in Deutschland wohnhaften Familienangehörigen bereits deutsche Staatsangehörige sind oder der Einbürgerungsbewerber seit mindestens 15 Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat.

12.1.2.5 Zu Nummer 5 (erhebliche Nachteile)

12.1.2.5.1 Wirtschaftliche oder vermögensrechtliche Nachteile können sich aus dem Recht des Herkunftsstaates unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse oder aus den besonderen Umständen des Einzelfalls ergeben. Zu berücksichtigen ist es danach beispielsweise, wenn

- a) mit dem Ausscheiden aus der Staatsangehörigkeit Erbrechtsbeschränkungen verbunden sind,
- b) sich der Einbürgerungsbewerber gegenüber seinem Herkunftsstaat verpflichten muss, Rechte an Liegenschaften, die er im Herkunftsstaat besitzt oder durch Erbfolge erwerben könnte, nach dem Ausscheiden aus der Staatsangehörigkeit ohne angemessene Entschädigung auf andere Personen zu übertragen oder deutlich unter Wert zu veräußern,
- c) mit dem Ausscheiden aus der ausländischen Staatsangehörigkeit der Verlust von Ren-

tenansprüchen oder -anwartschaften verbunden wäre oder

- d) geschäftliche Beziehungen in den ausländischen Staat durch das Ausscheiden aus dessen Staatsangehörigkeit konkret gefährdet wären.

12.1.2.5.2 Erheblich sind nur objektive Nachteile, die deutlich über das normale Maß hinausreichen. Wirtschaftliche oder vermögensrechtliche Nachteile sind in der Regel erheblich, wenn sie ein durchschnittliches Bruttojahreseinkommen des Einbürgerungsbewerbers übersteigen; wirtschaftliche Nachteile unter 10 225,84 Euro (*umgerechnet von 20 000 DM*) sind stets unerheblich.

12.1.2.6 Zu Nummer 6 (politisch Verfolgte und Flüchtlinge)

Zu den durch Satz 2 Nr. 6 begünstigten Personengruppen zählen Asylberechtigte nach Artikel 16a des Grundgesetzes und sonstige politisch Verfolgte im Sinne des § 3 des Asylverfahrensgesetzes, die als Flüchtlinge im Sinne des Abkommens über die Rechtsstellung gelten.

Ergänzende Anmerkung:

Infolge der Neuregelung der Zuwanderung jüdischer Migranten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion besteht für diese Personengruppe kein Flüchtlingsstatus mehr. Durch das Richtlinienumsetzungsgesetz ist daher die Privilegierung durch die Hinnahme von Mehrstaatigkeit entfallen.

Der Reiseausweis für Flüchtlinge ist der Nachweis für die durch Satz 2 Nr. 6 begünstigten Personengruppen.

12.2 Zu Absatz 2 (Einbürgerung von EU-Ausländern und Staatsangehörigen der Schweiz)

Bei Staatsangehörigen aus den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und bei Staatsangehörigen der Schweiz gilt ohne Einschränkung die Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit. Ob Mehrstaatigkeit tatsächlich entsteht, hängt vom Recht des ausländischen Staates ab.

Ergänzende Anmerkung:

Die frühere Voraussetzung der „Gegenseitigkeit“ bei Staatsangehörigen aus den EU-Staaten ist durch das Richtlinienumsetzungsgesetz entfallen. Vergleiche auch die spiegelbildliche Regelung in § 25 Abs. 1 Satz 2, wenn ein deutscher Staatsangehöriger die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der EU oder der Schweiz erwirbt (Nummer 25.1.2).

Ergänzende Anmerkung:

Der frühere Absatz 3 (Leistung ausländischen Wehrdienstes durch im Inland aufgewachsene Einbürgerungsbewerber) ist durch das Richtlinienumsetzungsgesetz entfallen. Die Frage der Zumutbarkeit der Leistung ausländischen Wehrdienstes ist unter § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 2.Alt. zu prüfen (vergleiche Nummer 12.1.2.3.2.2).

12.3 Zu Absatz 3 (völkerrechtliche Verträge)

Absatz 3 enthält eine allgemeine Öffnungsklausel für völkerrechtliche Verträge, die eine - unter Umständen befristete - Hinnahme von Mehrstaatigkeit vorsehen können. Derartige Verträge sind bisher nicht geschlossen worden.

12a Zu § 12a Entscheidung bei Straffälligkeit

12a.1 Zu Absatz 1 (einbürgerungsunschädliche Verurteilungen)

Gemäß § 12a Abs. 1 bleiben bestimmte Verurteilungen wegen Straftaten bei Einbürgerungen nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz außer Betracht.

12a.1.1 Zu Satz 1 (Bagatellgrenzen)

12a.1.1.1 Zu Nummer 1 (Verfehlungen Jugendlicher, die nicht mit Jugendstrafe geahndet werden)

Nach Satz 1 Nr. 1 stets unberücksichtigt bleiben Erziehungsmaßnahmen nach den §§ 9 ff. des Jugendgerichtsgesetzes sowie Zuchtmittel nach den §§ 13 ff. des Jugendgerichtsgesetzes. Jugendstrafen sind dagegen immer beachtlich (vgl. die Ergänzende Anmerkung zu Nummer 12a.2).

12a.1.1.2 Zu Nummer 2 (Geldstrafen)

Verurteilungen zu Geldstrafe von nicht mehr als 90 Tagessätzen stehen der Einbürgerung oder Miteinbürgerung nicht entgegen.

12a.1.1.3 Zu Nummer 3 (Freiheitsstrafen)

Ist eine Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt und die Bewährungszeit noch nicht abgelaufen, hat die zuständige Behörde zu prüfen, ob sie den Einbürgerungsantrag ablehnt oder das Verfahren bis zum Erlass der Freiheitsstrafe nach Ablauf der Bewährungszeit aussetzt.

Ergänzende Anmerkung:

Durch das Richtlinienumsetzungsgesetz sind die Bagatellgrenzen bei den Geldstrafen in Absatz 1 Satz Nr. 2 und bei den Freiheitsstrafen in Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 auf 90 Tagessätze bzw. drei Monate herabgesetzt worden.

12a.1.2 Zu Satz 2 (Kumulierung)

Bei mehreren Verurteilungen (Geld- oder Freiheitsstrafe) sind diese zusammen zu zählen. Bei Bildung einer Gesamtstrafe, die niedriger ist als die Kumulierung, ist die niedrigere Gesamtstrafe der Maßstab.

Bei einem Zusammentreffen von Geld- und Freiheitsstrafen entspricht ein Tagessatz einem Tag Freiheitsstrafe.

12a.1.3 Zu Satz 3 (Ermessen bei Geringfügigkeit)

Eine Ermessensentscheidung bei geringfügiger Überschreitung des Strafrahmens kommt nur in den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 und Nr. 3 und bei der Kumulierung nach Satz 2 in Betracht. Geringfügig ist die Überschreitung, wenn die Strafe oder die Summe der Strafen die Bagatellgrenze um nicht mehr als 21 Tagessätze bzw. drei Wochen Freiheitsstrafe übersteigt. In diesen Fällen kann die Strafe außer Betracht bleiben, wenn z.B. die Sozialprognose des Einbürgerungsbewerbers günstig und seine Integration im Übrigen gut ist (z.B. er seinen Unterhalt selbst bestreiten kann).

12a.1.4 Zu Satz 4 (Ermessen bei Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung)

Bei Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung in Form der Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 61 Nr. 5 des Strafgesetzbuches) oder eines Berufsverbotes (§ 61 Nr. 6 des Strafgesetzbuches) ist ebenfalls nach Ermessen zu entscheiden, ob die Anordnung außer Betracht bleiben kann, soweit nicht bereits eine Verurteilung wegen der zugrunde liegenden Straftat die Einbürgerung ausschließt. Bei der Ermessensentscheidung ist vor allem zu berücksichtigen, wie lange die Maßregel der Besserung und Sicherung noch andauert, welche Folgen die Tat hatte und ob die Sozialprognose des Einbürgerungsbewerbers günstig ist.

12a.2 Zu Absatz 2 (Ausländische Verurteilungen)

Im Ausland erfolgte Verurteilungen wegen einer Straftat sind wie deutsche Verurteilungen zu berücksichtigen, wenn

- a) die Tat auch im Inland strafbar ist,
- b) der Verurteilung ein rechtsstaatliches Verfahren zugrunde lag und
- c) das Strafmaß nach deutschem Recht verhältnismäßig ist.

Ausländische Verurteilungen sind nicht mehr zu berücksichtigen, wenn sie entsprechend wie Straftaten nach deutschem Recht nach dem Bundeszentralregistergesetz zu tilgen wären. Die Bagatellgrenzen des § 12a Abs. 1 gelten entsprechend.

Ergänzende Anmerkung:

Aufgrund des Zuwanderungsgesetzes neu aufgenommene Regelung. Die ursprüngliche Regelung des § 88 Abs. 2 Ausländergesetz über die Berücksichtigung von Jugendstrafen ist ersatzlos entfallen. Jugendstrafen fallen daher nicht mehr unter die Privilegierung des § 12 a und stehen daher einer Einbürgerung immer entgegen.

12a.3 Zu Absatz 3 (Aussetzung der Entscheidung)

Bei Einbürgerungsbewerbern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, überprüfen die Staatssangehörigkeitsbehörden zeitnah vor einer Einbürgerung, ob polizeiliche Ermittlungen gegen den Betroffenen anhängig sind, durch Anfrage bei den zuständigen Polizeibehörden (INPOL). Zu diesem Zweck übermitteln sie den Polizeibehörden die erforderlichen Daten (vergleiche Nummer 32. 1 und 32.2). Sind Ermittlungen anhängig, wird das Verfahren bis zu deren Abschluss ausgesetzt.

Die Pflicht zur Aussetzung der Entscheidung gilt auch für im Ausland geführte Ermittlungs-

verfahren. Maßgeblich ist, ob der Einbürgerungsbewerber Beschuldigter im Sinne der §§ 160 ff. der Strafprozessordnung ist. Nicht ausreichend ist, dass im Sinne des Gefahrenabwehrrechts die Gefahr besteht, dass der Einbürgerungsbewerber künftig Straftaten begehen kann.

Wird das Verfahren nach § 170 Abs. 2 der Strafprozessordnung, den §§ 153, 153b bis 153e, 154b, 154c der Strafprozessordnung oder den §§ 45, 47 des Jugendgerichtsgesetzes eingestellt, ist damit das Verfahren abgeschlossen. Werden in den Fällen der §§ 153a der Strafprozessordnung, des 47 des Jugendgerichtsgesetzes Auflagen, Weisungen oder erzieherische Maßnahmen auferlegt, so erfolgt die Einstellung des Verfahrens beziehungsweise das Absehen von der Verfolgung (§ 45 Abs. 3 Satz 2 des Jugendgerichtsgesetzes) erst nach deren Erfüllung. Nicht abgeschlossen ist das Verfahren bei einer vorläufigen Einstellung nach § 205 der Strafprozessordnung. Wird das Verfahren nach § 153a der Strafprozessordnung vorläufig eingestellt, ist das Verfahren erst nach der Erfüllung der Auflagen und Weisungen abgeschlossen.

12a.4 Zu Absatz 4 (Aufführen ausländischer Straf- und Ermittlungsverfahren)

Ergänzende Anmerkung:

Durch das Zuwanderungsgesetz neu aufgenommene Regelung.

Der Einbürgerungsbewerber hat im Ausland erfolgte Verurteilungen wegen einer Straftat und im Ausland anhängige Ermittlungs- und Strafverfahren, soweit sie ihm mitgeteilt wurden oder ihm bekannt sind, in seinem Einbürgerungsantrag anzugeben.

12b Zu §12b Aufenthaltsunterbrechungen

12b.1 Zu Absatz 1 (Allgemeines)

Von einem gewöhnlichen Aufenthalt im Inland kann regelmäßig dann nicht mehr ausgegangen werden, wenn mehr als die Hälfte der geforderten Aufenthaltsdauer im Ausland verbracht worden ist. In diesen Fällen beginnt die Frist mit der erneuten Begründung eines rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts im Inland neu zu laufen.

12b.1.1 Zu Satz 1 (Unterbrechungen des gewöhnlichen Aufenthalts)

Auch mehrere Auslandsaufenthalte bis zu sechs Monaten innerhalb der acht Jahre rechtmäßigen gewöhnlichen Inlandsaufenthalts sind grundsätzlich nicht als Unterbrechungen des rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts im Inland zu berücksichtigen (zum Beispiel Urlaubsreisen, Verwandtenbesuche, Erledigung von erbrechtlichen oder geschäftlichen Angelegenheiten).

12b.1.2 Zu Satz 2 (Anrechnung von Zeiten im Ausland)

Nach Satz 2 besteht der gewöhnliche Aufenthalt auch bei längeren Auslandsaufenthalten fort, wenn der Ausländer innerhalb einer von der Ausländerbehörde bestimmten Frist wieder eingereist ist (zum Beispiel bei einem Aufenthalt zu Studienzwecken oder einem genehmigten Schulbesuch).

12b.1.3 Zu Satz 3 (Anrechnung von Wehrpflichtzeiten)

Nach Satz 3 besteht der gewöhnliche Aufenthalt auch bei der Erfüllung der gesetzlichen Wehrpflicht im Herkunftsstaat fort, wenn der Ausländer innerhalb von drei Monaten nach der Entlassung aus dem Wehr- oder Ersatzdienst wieder einreist.

12b.2 Zu Absatz 2 (Anrechnung früherer Aufenthalte im Inland bei Aufenthaltsunterbrechungen)

In Einbürgerungsverfahren ist bei der Ermessensabwägung, inwieweit ein früherer rechtmäßiger Aufenthalt im Inland nach einer Unterbrechung des Aufenthalts anrechenbar ist, zu prüfen, ob dem früheren Inlandsaufenthalt trotz der Unterbrechung integrierende Wirkung zuerkannt werden kann.

Bei Personen, denen nach § 37 des Aufenthaltsgesetzes eine Aufenthaltserlaubnis erteilt worden ist, ist der gesamte rechtmäßige frühere Inlandsaufenthalt bis zur gesetzlichen Höchstdauer von fünf Jahren anzurechnen.

12b.3 Zu Absatz 3 (Unterbrechungen der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts)

Kurzfristige Unterbrechungen des rechtmäßigen Aufenthalts infolge einer nicht rechtzeitigen Beantragung des Aufenthaltstitels oder der Verlängerung desselben bleiben außer Betracht, wenn sie bereits bei der Entscheidung über den Aufenthaltstitel außer Betracht geblieben sind.

13 Zu § 13

Nicht belegt.

14 Zu § 14

Nicht belegt.

15 Zu § 15

Nicht belegt.

16 Zu § 16 (Aushändigung der Einbürgerungsurkunde; Feierliches Bekenntnis)

16.1. Zu Satz 1 (Wirksamwerden der Einbürgerung)

Für die Einbürgerung wird die Einbürgerungsurkunde nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung

mit dem Muster der Anlage 1 oder der Anlage 1a der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen verwendet.

Die Einbürgerungsurkunde ist auszuhändigen. Die allgemeinen Zustellungsvorschriften des Bundes und der Länder sind ergänzend anwendbar. Nach Möglichkeit soll die Urkunde dem Antragsteller persönlich ausgehändigt werden. Dies und der Tag der Aushändigung müssen auf der Urkunde und in den Akten vermerkt werden. Kann die persönliche Aushändigung der Urkunde nicht durchgeführt werden, muss die Übergabe in der Weise erfolgen, dass der Zeitpunkt der Aushändigung sicher festgestellt werden kann. Die Einbürgerungsurkunde für einen noch nicht 16 Jahre alten Einbürgerungsbewerber ist dem gesetzlichen Vertreter auszuhändigen.

Die sachliche Zuständigkeit ist landesrechtlich geregelt. Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus § 17 in Verbindung mit § 27 des Staatsangehörigkeitsregelungsgesetzes.

16.2 Zu Satz 2 (Feierliches Bekenntnis)

Das mündliche feierliche Bekenntnis vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde ist zusätzlich zu dem vom Einbürgerungsbewerber bereits schriftlich geleisteten Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Loyalitätserklärung abzugeben und bekräftigt diese. Die Abgabe des Bekenntnisses ist in den Akten zu vermerken. In Ausnahmefällen, z.B. wenn die Einbürgerungsurkunde nicht persönlich ausgehändigt werden kann, kann das feierliche Bekenntnis auch schriftlich durch eigenhändige Unterschrift geleistet werden. Bei Verweigerung des Bekenntnisses seitens des Einbürgerungsbewerbers unterbleibt die Aushändigung der Urkunde.

Das feierliche Bekenntnis setzt einen würdigen Rahmen voraus. Die weitere Ausgestaltung, z.B. in Form einer Einbürgerungsfeier, bleibt

den zuständigen ausführenden Behörden vorbehalten.

Das feierliche Bekenntnis entfällt entsprechend § 10 Abs. 1 Satz 2 bei Minderjährigen unter 16 Jahren und bei Personen, die unter Betreuung stehen (vergleiche Nummer 10.1.2).

Ergänzende Anmerkung:

§ 16 Abs. 2 (Erstreckung der Einbürgerung auf minderjährige Kinder) ist durch das Richtlinienumsetzungsgesetz ersatzlos entfallen.

17 Zu § 17 Verlust der Staatsangehörigkeit

17.1 Zu Abs. 1 (Verlustgründe)

Die Vorschrift zählt die Gründe für den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit auf.

Zu früheren Verlustgründen vergleiche Nummer 1.2.2.

17.2 Zu Abs. 2 (Einschränkung des Verlustes bei Dritten)

Absatz 2 schränkt den Verlust der Staatsangehörigkeit ein, der infolge des Verlustgrundes nach Absatz 1 Nr. 7 (Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes nach § 35) bei dritten, an der Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes unbeteiligten Personen sonst automatisch unbegrenzt eintreten würde.

Voraussetzungen des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit bei Dritten:

- Die dritte Person muss ihre deutsche Staatsangehörigkeit **durch Gesetz** von der Person erworben haben, deren deutsche Staatsangehörigkeit durch die Rücknahme rückwirkend entfallen ist. Es handelt sich daher um nachgeborene und adoptierte Kinder (§ 4 Abs. 1 und § 6).
- Der rückwirkende Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit durch die Rücknahme bei der Person, die den rechtswidrigen

Verwaltungsakt erwirkt hat, muss ursächlich für den automatischen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit der dritten Person sein.

- Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei der dritten Person tritt nur dann ein, wenn diese ihr fünftes Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Ältere Personen können folglich ihre deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr verlieren, auch wenn die Person, von der sie ihre deutsche Staatsangehörigkeit ableiten, selbst die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 35 rückwirkend verloren hat.

17.3.1 Zu Abs. 3 (Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit Dritter aufgrund anderer Gesetze)

Nach Abs. 3 verlieren Personen, die das fünfte Lebensjahr bereits vollendet haben, ebenfalls nicht ihre deutsche Staatsangehörigkeit, wenn Entscheidungen aufgrund anderer Gesetze außerhalb des Staatsangehörigkeitsgesetzes getroffen werden, die sich automatisch auf die deutsche Staatsangehörigkeit dieser Personen auswirken.

Bei den Entscheidungen handelt es sich um behördliche Entscheidungen (z.B. Verwaltungsakte) oder Gerichtsentscheidungen. Sie müssen aufgrund anderer Rechtsgrundlagen als dem Staatsangehörigkeitsgesetz getroffen worden sein und sich in erster Linie an andere Personen als die in Absatz 3 genannten Dritten richten.

Als Beispiele werden in Absatz 3 Satz 1 genannt die Rücknahme der Niederlassungserlaubnis nach § 51 Abs. 1 Nr. 3 des Aufenthaltsgesetzes mit der Folge des rückwirkenden Wegfalls des Erwerbs nach § 4 Abs. 3 (*Ius-soli*-Erwerbs), die Rücknahme einer Spätaussiedler- oder Angehörigenbescheinigung nach § 15 des Bundesvertriebenengesetzes mit der Folge des rückwirkenden Wegfalls des Erwerbs

nach § 4 Abs. 1 und § 6 und der Feststellung des Nichtbestehens der Vaterschaft nach § 1599 BGB mit der Folge des rückwirkenden Wegfalls des Abstammungserwerbs nach § 4 Abs. 1. Diese Beispiele sind **nicht** abschließend. Die Regelung schließt andere zukünftig auftretende Fälle nicht aus.

Absatz 3 Satz 2 nimmt die Fälle der Anfechtung der Vaterschaft durch die anfechtungsberechtigte Behörde bei sog. Scheinvaterschaften ausdrücklich von der Regelung des Satz 1 aus. Wenn die Vaterschaft von einem deutschen Staatsangehörigen nur zu dem Zweck anerkannt worden ist, um dem Kind die deutsche Staatsangehörigkeit und der ausländischen Mutter ein Aufenthaltsrecht zu verschaffen, besteht kein Grund für die Einschränkung des Verlustes des missbräuchlich erworbenen Rechtsstatus. In diesen Fällen können auch Personen, die bereits ihr fünftes Lebensjahr vollendet haben oder älter sind, die deutsche Staatsangehörigkeit wieder verlieren.

18 Zu § 18 Entlassung

Die Entlassung aus der deutschen Staatsangehörigkeit vor Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit führt zu (vorübergehender) Staatenlosigkeit. Von dieser Möglichkeit ist daher - auch im Hinblick auf die Möglichkeit, nach § 25 Abs. 1 einen automatischen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit zu bewirken - zurückhaltend Gebrauch zu machen. Die ausländische Staatsangehörigkeit muss beantragt worden sein; zum Begriff des Antrags vergleiche Nummern 8.1.1 und 25.1.3. Der Einbürgerungsbewerber muss nachweisen, dass die zuständige Stelle des verleihenden Staates eine bindende Verleihungszusicherung erteilt hat. Unter den Voraussetzungen der §§ 18 bis 24 besteht ein Anspruch auf die Entlassung aus der deutschen Staatsangehörigkeit.

§ 18 wird auf Statusdeutsche nicht angewendet.

19 Zu § 19 Entlassung einer unter elterlicher Sorge oder unter Vormundschaft stehenden Person

19.1 Zu Absatz 1 (Entlassung mit Genehmigung des Familiengerichts)

19.1.1 Zu Satz 1 (Voraussetzungen der Entlassung)

§ 19 schließt die Anwendung der allgemeinen Bestimmungen über die Geschäftsfähigkeit (§§ 104 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs) und über die Handlungsfähigkeit (§§ 12, 16 des Verwaltungsverfahrensgesetzes und die entsprechenden Vorschriften der Landesverwaltungsverfahrensgesetze) aus und geht der allgemeinen Regelung der Handlungsfähigkeit in § 37 vor. Zum Begriff des gesetzlichen Vertreters vergleiche Nummer 8.1.1.1. Die Genehmigung des Familiengerichts ist dem Entlassungsantrag des gesetzlichen Vertreters beizufügen. Unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 ist eine Genehmigung des Familiengerichts nicht erforderlich, vergleiche Nummer 19.2. Dessen örtliche Zuständigkeit ergibt sich für unter elterlicher Sorge und unter Vormundschaft stehende Kinder gemäß § 152 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit - FamFG - vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S.2586). Sie richtet sich hier in der Regel nach dem gewöhnlichen Aufenthalt des Kindes (§ 152 Abs. 2 FamFG). Ist die Zuständigkeit eines deutschen Gerichts danach nicht gegeben, so ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirk das Bedürfnis der Fürsorge bekannt wird (§ 152 Abs. 3 FamFG). In Auslandsfällen steht es daher im Ermessen des gesetzlichen Vertreters, welches Gericht zuständig ist, denn das Fürsorgebedürfnis wird mit dem Eingang des Antrags bei dem jeweiligen Gericht bekannt.

19.2 Zu Absatz 2 (Entlassung ohne Genehmigung des Familiengerichts)

Die Genehmigung des Familiengerichts ist unter den in dieser Bestimmung aufgezählten Voraussetzungen nicht erforderlich. Dies setzt unter anderem voraus, dass der antragstellende elterliche Sorgeberechtigte zugleich seine eigene Entlassung aus der deutschen Staatsangehörigkeit beantragt. Die elterliche Sorge unterliegt nach Artikel 21 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche grundsätzlich (vorbehaltlich vorrangiger völkervertraglicher Regelungen) dem Recht am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes. Hat das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland, so wird damit für die Bestimmung der elterlichen Sorge regelmäßig deutsches Sachrecht anzuwenden sein. Bei der danach gewöhnlich gegebenen Gesamtvertretung beider Eltern müssen beide am Staatsangehörigkeitswechsel teilnehmen, damit eine Entlassung aus der deutschen Staatsangehörigkeit erfolgen kann.

Ergänzende Anmerkung:

Durch das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit – FGG-Reformgesetz – vom 17.12. 2008 ist in § 19 anstelle des Vormundschaftsgerichts das Familiengericht getreten. Der frühere Absatz 1 Satz 2 ist ganz entfallen, da die Beschwerde der Staatsanwaltschaft in den Fällen des § 19 in den letzten Jahren an praktischer Bedeutung verloren hatte. Im Übrigen richtet sich das Beschwerdeverfahren nach den §§ 58 ff FamFG.

Bitte beachten:Die Änderungen des § 19 treten erst am 1. September 2009 in Kraft.

20 Zu § 20

Nicht belegt.

21 Zu § 21

Nicht belegt.

22 Zu § 22 Nichterteilung der Entlassung

22.0 Allgemeines (Ausschluss der Entlassung für bestimmte Personengruppen)

Die Entlassung ist in den in den Nr. 1 und 2 genannten Fällen für bestimmte Personengruppen ausgeschlossen.

22.1. Zu Nummer 1 (Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis stehen)

Beamte im Sinne der Nummer 1 sind Personen, die nach dem Beamtenrecht durch Aushändigung einer Ernennungsurkunde mit den Worten „unter Berufung in das Beamtenverhältnis“ zu Beamten ernannt worden sind (vergleiche § 6 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes sowie die entsprechenden landesrechtlichen Regelungen. Richter sind Personen, die durch Aushändigung einer Ernennungsurkunde mit den Worten „unter Berufung in das Richterverhältnis“ zu Richtern ernannt worden sind (§ 17 des Deutschen Richtergesetzes). Soldaten der Bundeswehr sind nach § 1 Abs. 1 des Soldatengesetzes Personen, die aufgrund Wehrpflicht oder freiwilliger Verpflichtung in einem Wehrdienstverhältnis stehen (zu Beginn und Ende des Wehrdienstverhältnisses vergleiche § 2 des Soldatengesetzes).

Soweit Wehrpflichtige nicht mehr in einem Wehrdienstverhältnis stehen, findet Nummer 2 Anwendung. Sonstigen Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis stehen, zum Beispiel Zivildienstleistenden, darf die Entlassung ebenfalls nicht erteilt werden, solange ihr Dienst- oder Amtsverhältnis nicht beendet ist. Das Dienstverhältnis muss öffentlich-rechtlich ausgestaltet sein und darf nicht auf privatrechtlicher Grundlage beruhen. Dazu zählen nicht ohne weiteres die Beschäftigungsverhältnisse der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst. Ehrenamtlich tätige Personen werden nicht von dem Entlassungsverbot erfasst.

22.2 Zu Nummer 2 (Wehrpflichtige)

Zum Begriff des Wehrpflichtigen vergleiche §§ 1, 3 Abs. 3 bis 5 und § 49 des Wehrpflichtgesetzes. Solange Wehrpflichtige in einem Wehrdienstverhältnis oder Dienstverhältnis als Zivildienstleistende stehen, ist die Entlassung bereits nach Nummer 1 ausgeschlossen. Nummer 2 findet Anwendung bei Wehrpflichtigen, die nicht in einem Wehrdienstverhältnis stehen.

Die Staatsangehörigkeitsbehörde ist bei der Entscheidung über die Genehmigung der Entlassung eines Wehrpflichtigen an die Versagung der erforderlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Kreiswehrrersatzamts gebunden.

23 Zu § 23 Wirksamwerden der Entlassung

Die Entlassungsurkunde wird nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit dem Muster der Anlage 3 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen ausgestellt. Nach Möglichkeit soll sie dem Antragsteller persönlich ausgehändigt werden. Dies und der Tag der Aushändigung müssen auf der Urkunde und in den Akten vermerkt werden, vergleiche im Übrigen Nummer 16.1.

Die allgemeinen Zustellungsvorschriften des Bundes und der Länder sind ergänzend anwendbar.

Ergänzende Anmerkung:

Die Sätze 2 bis 4 des bisherigen Absatz 1 und Absatz 2 sind durch das Richtlinienumsetzungsgesetz ersatzlos entfallen.

24 Zu § 24 Unwirksamkeit der Entlassung

Die Entlassung steht unter der auflösenden Bedingung, dass der Entlassene die ihm zugesicherte ausländische Staatsangehörigkeit nicht innerhalb eines Jahres nach der Aushändigung

der Entlassungsurkunde erworben hat. Dazu hat die Staatsangehörigkeitsbehörde nach Ablauf eines Jahres seit Aushändigung der Entlassungsurkunde zu prüfen, ob der Entlassene die ihm zugesicherte ausländische Staatsangehörigkeit erworben hat.

Hat der Entlassene die ausländische Staatsangehörigkeit rechtzeitig erworben, macht die Staatsangehörigkeitsbehörde aktenkundig, dass die Entlassung endgültig wirksam geworden ist. Andernfalls stellt sie fest, dass die Entlassung nicht wirksam geworden ist und teilt dies dem Betroffenen schriftlich unter Angabe von Gründen mit. Die Entlassungsurkunde ist einzuziehen.

Wird die ausländische Staatsangehörigkeit innerhalb der Jahresfrist nicht erworben, wird der Entlassene rückwirkend in vollem Umfang als deutscher Staatsangehöriger behandelt, soweit kein anderer Verlustgrund vorliegt. Bei Unwirksamkeit der Entlassung erwirbt zum Beispiel ein innerhalb der Jahresfrist geborenes Kind des Entlassenen rückwirkend die deutsche Staatsangehörigkeit.

25 Zu § 25 Verlust bei Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit auf Antrag sowie Ausnahmen; Beibehaltungsgenehmigung

25.0 Allgemeines

§ 25 regelt den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit auf Antrag und deren Ausnahmen (Absatz 1) und die Abwendbarkeit des Verlusts durch vorherige Erteilung einer Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit - Beibehaltungsgenehmigung - (Absatz 2).

25.1 Zu Absatz 1 (Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Erwerb einer ausländischen

Staatsangehörigkeit auf Antrag; Ausnahmeregelung)

25.1.1 Zu Satz 1 (Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit)

Deutscher im Sinne des Absatzes 1 ist ein deutscher Staatsangehöriger (vergleiche Nummer 1.1). Für Statusdeutsche gilt die Regelung entsprechend.

Die ausländische Staatsangehörigkeit muss tatsächlich erworben worden sein. Maßgebend sind insofern die Vorschriften des Staatsangehörigkeitsrechts des ausländischen Staates. Die bloße Stellung eines Antrags auf eine ausländische Staatsangehörigkeit ist nicht ausreichend. Geht die ausländische Staatsangehörigkeit rückwirkend wieder verloren, hat das keine Auswirkungen auf den eingetretenen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit. Der Betreffende hat nur die Möglichkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung wieder zu erwerben. Ein Antrag im Sinne des Absatzes 1 ist jede freie Willensbetätigung, die unmittelbar auf den Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit gerichtet ist. Antrag in diesem Sinne ist damit neben einem Einbürgerungsantrag auch der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit aufgrund einer Option, durch Registrierung oder durch Erklärung.

Wird der Antrag nicht freiwillig, sondern unter dem Druck einer unmittelbaren Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit abgegeben, liegt nicht die erforderliche freie Willensbetätigung vor.

Erfolgt der Erwerb kraft Gesetzes, etwa durch Eheschließung mit einem ausländischen Staatsangehörigen, liegen die Voraussetzungen des Absatzes 1 auch dann nicht vor, wenn von einem Ausschlagungsrecht kein Gebrauch gemacht wird. In Fällen, in denen das ausländische Recht die antragslose Erstreckung des Erwerbs der ausländischen Staatsangehörigkeit auf Personen vorsieht, die selbst keinen Antrag

gestellt haben (insbesondere einbezogene minderjährige Kinder), liegt der für Absatz 1 erforderliche Antragserwerb auch dann nicht vor, wenn die Personen, auf die sich die Einbürgerung erstreckt hat, in den Einbürgerungsantrag des Eingebürgerten einbezogen worden sind.

Stellt ein gesetzlicher Vertreter für den Vertretenen einen Antrag auf Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit, müssen für einen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit die Voraussetzungen vorliegen, unter denen nach § 19 die Entlassung einer Person, die unter elterlicher Sorge oder Vormundschaft steht, beantragt werden könnte, vergleiche Nummern 19.1 bis 19.2.

Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit setzt ab dem 1. Januar 2000 nicht mehr voraus, dass der Deutsche seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland hat.

25.1.2 Zu Satz 2 (Ausnahmen bei Erwerb einer Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaates oder der Staatsangehörigkeit der Schweiz)

Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit tritt von vornherein nicht ein, wenn der Deutsche die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder die Staatsangehörigkeit der Schweiz erwirbt oder eines Staates erwirbt, mit dem die Bundesrepublik Deutschland einen völkerrechtlichen Vertrag über die Hinnahme von Mehrstaatigkeit geschlossen hat. In diesen Fällen bedarf es keiner Beibehaltungsgenehmigung mehr.

Ergänzende Anmerkung:

Die durch das Richtlinienumsetzungsgesetz neu eingefügte Ausnahmeregelung des Satz 2 ist spiegelbildlich zur Vorschrift des § 12 Abs. 2 und Abs. 3 zu sehen. Entlassung (§ 18) und Verzicht (§ 26) bleiben weiterhin möglich.

25.2. Zu Absatz 2 (Beibehaltungsgenehmigung)

25.2.1 Zu Satz 1 (Allgemeines)

Die Beibehaltungsgenehmigung kann formlos beantragt werden. Sofern sich der Betreffende im Ausland aufhält, soll der Antrag bei der zuständigen Auslandsvertretung der Bundesrepublik Deutschland gestellt werden. Der nach Absatz 1 eingetretene Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bleibt unberührt, wenn die Beibehaltungsgenehmigung erst nach dem Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit beantragt oder erteilt wird.

Die Beibehaltungsgenehmigung wird schriftlich durch Urkunde gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 5 in Verbindung mit dem Muster der Anlage 5 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen in Verbindung mit der Anlage zum Rundschreiben des Bundesministeriums des Innern vom 14. Dezember 2004 – M / -124 134/2 erteilt. Die Gültigkeit der Beibehaltungsgenehmigung ist in der Regel auf längstens zwei Jahre vom Ausstellungstage an zu bemessen (§ 3 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen). Wird die ausländische Staatsangehörigkeit erst nach Ablauf dieser Frist erworben, so geht die deutsche Staatsangehörigkeit nach Maßgabe des Absatzes 1 verloren.

Die Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung ist gebührenpflichtig, vergleiche § 38 Abs. 3 Satz 2.

25.2.2 Zu Satz 2

Nicht belegt

25.2.3 Zu Satz 3 (Ermessensentscheidung; Abwägung der öffentlichen und privaten Belange)

25.2.3.0 Allgemeines

Die Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung erfordert eine Ermessensentscheidung. Die berührten öffentlichen und privaten Belange sind gegeneinander und untereinander abzuwägen. Bei der Abwägung sind die Wertungen des § 12 angemessen zu berücksichtigen, soweit sie auf die Situation der Beibehaltungsgenehmigung (Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit durch einen deutschen Staatsangehörigen) übertragbar sind (vergleiche Nummer 25.2.3.2). Ferner können sonstige öffentliche oder private Belange die Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung rechtfertigen (vergleiche Nummer 25.2.3.3).

25.2.3.1 Abwägungsgrundsätze; zwischenstaatliche Belange

Eine Beibehaltungsgenehmigung kann erteilt werden, wenn öffentliche oder private Belange den Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit und den Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit rechtfertigen und der Erteilung keine überwiegenden Belange entgegenstehen.

Lässt der ausländische Staat die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit allgemein nicht zu, so soll die Beibehaltungsgenehmigung versagt werden. Dies gilt auch, wenn der ausländische Staat die Leistung eines Eides fordert, mit dem jeder Loyalität zu einem anderen Staat abgeschworen wird (Abschwöroid), es sei denn, dass der ausländische Staat eine der Bundesrepublik Deutschland vergleichbare staatliche und gesellschaftliche Ordnung aufweist. Der in den Vereinigten Staaten von Amerika zu leistende Loyalitätseid steht der Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung nicht entgegen.

25.2.3.2 Vermeidung oder Beseitigung erheblicher Nachteile

Eine Beibehaltungsgenehmigung kann erteilt werden, wenn der Antragsteller den Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit anstrebt,

um erhebliche Nachteile zu vermeiden oder zu beseitigen, die bei einer Einbürgerung die Hin-
nahme von Mehrstaatigkeit rechtfertigen wür-
den, vergleiche § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 und
Nummern 12.1.2.5.1 und 12.1.2.5.2.

25.2.3.3 Besonderes öffentliches Interesse

Eine Beibehaltungsgenehmigung kann erteilt
werden, wenn an einer Einbürgerung ein be-
sonderes öffentliches Interesse bestünde (ver-
gleiche Nummer 8.1.3.5).

Ergänzende Anmerkung:

*Deutsche, die im Grenzgebiet der Bundesre-
publik Deutschland leben fallen unter die mit
dem Richtlinienumsetzungsgesetz eingeführte
Regelung des § 25 Abs. 1 Satz 2 (vergleiche
Nummer 25.1.2).*

25.2.3.4 Zu Satz 4 (Antragsteller im Ausland)

Nicht belegt.

25.3 Zu Absatz 3 (Ausschluss der Erteilung von Beibehaltungsgenehmigungen)

Ergänzende Anmerkung

*Die bisherige Vorschrift des § 25 Abs. 3 ist
durch das Zuwanderungsgesetz ersatzlos ent-
fallen*

26 Zu § 26 Verzicht

26.1 Zu Absatz 1 (Voraussetzungen des Verzichts)

Nicht belegt.

26.2 Zu Absatz 2 (Genehmigungsbedürftigkeit; Ver- sagung der Genehmigung)

26.2.1 Zu Satz 1

Nicht belegt.

26.2.2 Zu Satz 2

Die Verzichtserklärung muss genehmigt wer-
den, wenn nicht die in Satz 2 in Verbindung
mit § 22 genannten Versagungsgründe (ver-
gleiche Nummern 22.1 und 22.2 vorliegen.

26.3 Zu Absatz 3 (Wirksamwerden des Verzichts)

Die Genehmigung des Verzichts wird durch
Urkunde gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 4 in Verbin-
dung mit dem Muster der Anlage 4 der Allge-
meinen Verwaltungsvorschrift über Urkunden
in Staatsangehörigkeitssachen erteilt. Zur Aus-
händigung der Urkunde vergleiche Nummer
23.

26.4 Zu Absatz 4 (Minderjährige)

Vergleiche hierzu Nummern 19.1.1 bis 19.2.

27 Zu § 27 Verlust bei Annahme als Kind durch einen Ausländer

Ergänzende Anmerkung:

*In Anpassung an Artikel 7 Abs. 1 lit. g) des Eu-
ropäischen Übereinkommens über die Staats-
angehörigkeit vom 6.11.1997 (BGBl. 2004 II,
S. 578) ist durch das Richtlinienumsetzungs-
gesetz der Verlust der deutschen Staatsangehö-
rigkeit durch Adoption auf Minderjährige be-
schränkt worden. Ein Erwachsener verliert
durch Adoption seine deutsche Staatsangehö-
rigkeit nicht mehr.*

27.1 Zu Satz 1 (Voraussetzungen des Verlusts)

Die Minderjährigkeit richtet sich nach Artikel 7
Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerli-
chen Gesetzbuche allein nach deutschem
Recht. Zur Wirksamkeit einer Annahme als
Kind vergleiche Nummern 6.1 bis 6.1.2.2. Der
Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit
muss unmittelbar durch die Adoption erfolgen.
Setzt der Erwerb der ausländischen Staatsan-
gehörigkeit einen Antrag (vergleiche Nummer

25.1) voraus, so kommt ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 25 nur in Verbindung mit § 19 in Betracht.

27.2 Zu Satz 2 (Erstreckung auf Abkömmlinge)

Der Verlust erstreckt sich auch auf die Abkömmlinge des Minderjährigen, sofern sich auch dessen Staatsangehörigkeitserwerb auf sie erstreckt. Das ausländische Staatsangehörigkeitsrecht muss die Erstreckung des Erwerbs der ausländischen Staatsangehörigkeit auf die Abkömmlinge vorsehen.

27.3 Zu Satz 3 (Ausschluss des Verlusts)

Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit tritt nicht ein, wenn das Kind nach ausländischem Recht mit einem deutschen Elternteil verwandt bleibt, z.B. wenn ein Ausländer das Kind seines deutschen Ehegatten als gemeinschaftliches Kind annimmt.

28 Zu § 28 Verlust durch Eintritt in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines ausländischen Staates

28.1 Zu Satz 1 (Eintritt in fremde Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband)

Ein Betroffener handelt nicht freiwillig im Sinne des Satzes 1, wenn er lediglich seiner gesetzlichen Wehrpflicht nachkommt. Der Antrag auf Zustimmung zum Eintritt in fremde Streitkräfte ist beim örtlich zuständigen Kreiswehersatzamt zu stellen. Als vergleichbarer bewaffneter Verband kann zum Beispiel eine Polizeisondertruppe oder eine paramilitärische staatliche Organisation anzusehen sein.

§ 28 gilt auch für Statusdeutsche. Vergleiche die ergänzende Anmerkung zu Nummer 4.1.

Ergänzende Anmerkung:

Auch bei Frauen und nicht mehr der Wehrpflicht unterliegenden Männern wird die Zustimmung nunmehr vom Kreiswehersatzamt erteilt.

28.2 Zu Satz 2 (Berechtigung zum Eintritt in fremde Streitkräfte)

Die Berechtigung zum Eintritt in fremde Streitkräfte kann sich zum Beispiel aus einem Abkommen über die Wehrpflicht von Mehrstaaten ergeben.

29 Zu § 29 Erklärung; Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

Ergänzende Anmerkung:

Die mit dem Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618) eingeführte Regelung des § 29 kommt erstmals ab dem 1. Januar 2008 zur Anwendung, wenn die nach § 40b Eingebürgerten ab diesem Zeitpunkt das 18. Lebensjahr vollenden und somit erklärungsspflichtig werden. Die StAR-VwV enthält keine Regelung zu § 29, so dass bis zu deren Anpassung die folgenden Anwendungshinweise gelten:

29.1 Zu Absatz 1 (Erklärungspflicht für Mehrstaater)

Die Erklärungspflicht betrifft nur deutsche Mehrstaater, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt nach § 4 Abs. 3 (*ius soli*) oder nach der Altfallregelung des § 40b erworben haben. Sie betrifft nicht deutsche Mehrstaater, die die Mehrstaatigkeit aufgrund von Abstammung von binationalen Eltern oder bei Geburt im Ausland aufgrund eines dort geltenden *ius soli* erworben haben.

Die Staatsangehörigkeitsbehörde fordert, nachdem sie von der zuständigen Meldebehörde über die Person und die Erklärungspflicht des Betroffenen unterrichtet worden ist (vergleiche Nummer 34.1), diesen auf zu erklären, ob er

die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten will. Die Aufforderung der Staatsangehörigkeitsbehörde ist nach § 29 Abs. 5 mit einem Hinweis in allgemein verständlicher Form über die Pflicht zur Erklärung und über die Folgen der Erklärung oder Nichtklärung zu verbinden (vergleiche Nummer 29.5).

Die Erklärung muss von dem Erklärungs-pflichtigen persönlich (bei handlungsunfähigen Personen vergleiche Nummer 8.1.1.1), in schriftlicher Form mit eigenhändiger Unterschrift abgegeben und vor Vollendung des 23. Lebensjahres bei der zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde eingegangen sein.

29.2 Zu Absatz 2 (Gesetzlicher Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit)

Absatz 2 enthält zwei Fälle des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit:

1. Verlust mit Zugang der Erklärung des Erklärungs-pflichtigen bei der zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde, dass er seine ausländische Staatsangehörigkeit behalten will und

2. Verlust im Zeitpunkt der Vollendung des 23. Lebensjahres, wenn der Erklärungs-pflichtige keine Erklärung abgegeben hat.

Im ersten Fall muss zweifelsfrei sein, dass der Erklärungs-pflichtige für die ausländische und nicht für die deutsche Staatsangehörigkeit optiert hat. Hat der Erklärungs-pflichtige mehrere ausländische Staatsangehörigkeiten, reicht es für den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aus, dass er sich für **eine** ausländische entschieden hat. Liegt trotz des Hinweises nach § 29 Abs. 5 bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres keine Erklärung vor, tritt der zweite Fall des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit ein.

Der Verlust tritt in beiden Fällen nur für die Zukunft ein. Er erstreckt sich nicht auf Personen, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit von

dem Erklärungs-pflichtigen ableiten. Nach Eintritt des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit ist der Erklärungs-pflichtige wieder Ausländer und unterliegt dem Aufenthaltsgesetz. Die Staatsangehörigkeitsbehörde teilt der zuständigen Meldebehörde den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit des Erklärungs-pflichtigen nach § 33 Abs. 5 mit (vgl. Nummer 33.5). Die Meldebehörde unterrichtet wiederum die zuständige Ausländerbehörde gemäß § 87 Abs. 2 Nr. 1 des Aufenthaltsgesetzes.

29.3 Zu Absatz 3 (Aufgabe oder Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit; Beibehaltungsgenehmigung)

Erklärt der Erklärungs-pflichtige unzweifelhaft, die deutsche Staatsangehörigkeit behalten zu wollen, so muss er bis zur Vollendung seines 23. Lebensjahres die ausländische(n) Staatsangehörigkeit(en) aufgeben oder deren Verlust nachgewiesen haben. Will der Erklärungs-pflichtige dennoch die ausländische Staatsangehörigkeit behalten, so muss er bis zur Vollendung seines 21. Lebensjahres (Ausschlussfrist) einen Antrag auf Erteilung einer Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit stellen. Zur Wahrung dieser Ausschlussfrist ist der tatsächliche Zugang des Antrags erforderlich. Auf die Erteilung der Beibehaltungsgenehmigung hat der Erklärungs-pflichtige einen Anspruch, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 4 vorliegen (vergleiche Nummer 29.4).

Die Staatsangehörigkeitsbehörde hat den Erklärungs-pflichtigen außerdem darauf aufmerksam zu machen (vergleiche Nummer 29.5), dass er **vorsorglich** die Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung beantragen soll, wenn damit gerechnet werden muss, dass die Aufgabe oder der Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit nicht vor der Vollendung des 23. Lebensjahres herbeigeführt oder nachgewiesen werden kann. Der vorsorglich gestellte Antrag soll nicht beschieden werden, solange der Erklärungs-pflichtige sich ernsthaft und nachhaltig

um die Entlassung aus der ausländischen Staatsangehörigkeit bemüht, es sei denn, dass ein Fall des Absatz 4 eingetreten ist und ein Anspruch auf Erteilung der Beibehaltungsgenehmigung besteht (vergleiche Nummer 29.4).

Absatz 3 enthält als Rechtsfolge zwei Fälle des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit:

1. Verlust bei Vollendung des 23. Lebensjahres, wenn der Erklärungspflichtige den Nachweis über den Verlust oder die Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit(en) nicht geführt und keinen Antrag auf Beibehaltungsgenehmigung gestellt hat (Satz 2) und
2. Verlust mit bestandskräftiger Ablehnung der Beibehaltungsgenehmigung durch die Staatsangehörigkeitsbehörde (Satz 4), falls der Erklärungspflichtige einen Antrag auf Beibehaltungsgenehmigung gestellt hat. Der Verlust kann in diesem Fall auch nach Vollendung des 23. Lebensjahres eintreten.

29.4 Zu Absatz 4 (Anspruch auf Erteilung der Beibehaltungsgenehmigung)

Die Staatsangehörigkeitsbehörde hat die Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit unverzüglich zu erteilen, wenn

1. die Aufgabe oder der Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit nicht möglich oder nicht zumutbar ist oder
2. bei einer Einbürgerung Mehrstaatigkeit nach Maßgabe von § 12 hinzunehmen wäre.

Die Fälle der ersten und zweiten Kategorie überschneiden sich zum Teil, da in § 12 Abs. 1 Satz 2 die häufigsten Fälle der Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit aufgezählt sind. § 12 enthält aber in seinen Absätzen 2 und 3 noch Fälle, in denen die Hinnahme von Mehrstaatigkeit geregelt ist, obwohl die Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit

weder unmöglich noch unzumutbar ist. Auch in diesen Fällen, z.B. wenn der Erklärungspflichtige eine andere EU-Staatsangehörigkeit besitzt, hat er einen Anspruch auf Erteilung der Beibehaltungsgenehmigung.

Nach der Kategorie 1 ist auch noch bei anderen Gründen der Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Entlassung aus der ausländischen Staatsangehörigkeit als die des § 12 eine Beibehaltungsgenehmigung zu erteilen, z.B. wenn die Unzumutbarkeit der Entlassung sich aus Umständen ergibt, die nicht auf den ausländischen Staat zurückzuführen sind.

Die Beibehaltungsgenehmigung ist in den Fällen des Absatzes 4 zwingend zu erteilen. Eine Entscheidung nach Ermessen findet nicht statt.

Für die Erteilung der Beibehaltungsgenehmigung nach Absatz 4 entfällt die Gebühr (vgl. Nummer 38.1).

29.5 Zu Absatz 5 (Hinweis auf Rechtsfolgen; Zustellung)

Die Staatsangehörigkeitsbehörde hat gegenüber dem Erklärungspflichtigen eine Hinweispflicht auf dessen Verpflichtung nach § 29 Abs. 1 und eine Belehrungspflicht im Hinblick auf die möglichen Rechtsfolgen nach § 29 Abs. 2 bis 4.

Der Hinweis und die Belehrung müssen schriftlich erfolgen und sind unverzüglich nach Vollendung des 18. Lebensjahres des Erklärungspflichtigen nach den Vorschriften des Verwaltungszustellungsgesetzes – VwZG – (Satz 4) zuzustellen. Bei dauerndem Aufenthalt des Erklärungspflichtigen im Ausland hat das Bundesverwaltungsamt gemäß § 9 des Verwaltungszustellungsgesetzes die Erklärung zuzustellen (vgl. auch Nummer 34.2). Bei unbekanntem Aufenthalt erfolgt die Zustellung öffentlich (§ 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes).

Bei fehlendem, fehlerhaftem oder verspätetem Hinweis oder entsprechender Belehrung der Staatsangehörigkeitsbehörde tritt der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nicht ein.

29.6. Zu Absatz 6 (Feststellung zur deutschen Staatsangehörigkeit; Rechtsverordnungsermächtigung)

Der Fortbestand oder Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit wird nach Absatz 6 aus Gründen der Rechtssicherheit in allen Fällen von Amts wegen festgestellt. § 29 Abs. 6 Satz 1 ist damit ein speziell geregelter Fall des § 30 Abs. 1 Satz 3, der ein öffentliches Interesse bei der Feststellung von Amts wegen fordert (vgl. Nummer 30.1). Die Feststellung ist daher auch für alle Behörden verbindlich, die mit Fragen der Staatsangehörigkeit des Erklärungspflichtigen befasst sind. Da Rechtssicherheit auch auf Seiten des Erklärungspflichtigen bestehen muss, ist ihm die Feststellung über seine deutsche Staatsangehörigkeit durch Bescheid zuzustellen.

Eine Gebühr für die Feststellung entfällt (vergleiche Nummer 38.2).

Von der Rechtsverordnungsermächtigung nach Satz 2 hat das Bundesministerium des Innern keinen Gebrauch gemacht.

30 Zu § 30 (Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit; Staatsangehörigkeitsausweis)

30.1 Zu Absatz 1 (Verbindlichkeit der Feststellung)

Absatz 1 regelt die Verbindlichkeit der Entscheidungen der zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde über das Bestehen oder Nichtbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit für alle Verwaltungsbehörden.

Die Entscheidung der Staatsangehörigkeitsbehörde erfolgt entweder auf Antrag des Betroffenen oder bei öffentlichem Interesse von Amts

wegen. Ein öffentliches Interesse liegt dann vor, wenn an das Bestehen der deutschen Staatsangehörigkeit weitere Rechtsfolgen geknüpft sind, die nicht allein für den Betroffenen und seine Abkömmlinge von Bedeutung sind, z.B. bei Auswirkungen auf ein Beamtenverhältnis oder zur Klärung des passiven oder aktiven Wahlrechtes. Auch die Entscheidung der Staatsangehörigkeitsbehörde von Amts wegen ist dem Betroffenen in Form eines Bescheides zuzustellen.

30.2 Zu Absatz 2 (Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit)

Für die Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit ist nicht erforderlich, dass ein Beweis erbracht wird, der das Bestehen der deutschen Staatsangehörigkeit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dokumentiert, da ein solcher Beweis häufig nicht geführt werden kann, weil die vorhandenen Beweismittel nicht ausreichen (vgl. Nummer 1.3). Dagegen reichen schriftliche Beweismittel, z.B. Personenstandsurkunden, Auszüge aus den Melderegistern, Wehrpässe, Ernennungsurkunden als Beamte aus, wenn das Bestehen der deutschen Staatsangehörigkeit dadurch mit hinreichender Wahrscheinlichkeit festgestellt werden kann, auch wenn ein lückenloser Nachweis nicht möglich ist. Nicht schriftliche Beweismittel, wie z.B. eine eidesstattliche Versicherung oder Zeugenaussagen sind dagegen allein nicht ausreichend für den Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit. Beim Vorliegen des Erwerbsgrundes der langjährigen Behandlung als deutscher Staatsangehöriger nach § 3 Abs. 2 kann nicht durch Beweismittel der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit widerlegt werden (vgl. Nummer 3.2).

30.3 Zu Absatz 3 (Staatsangehörigkeitsausweis)

Stellt die Staatsangehörigkeitsbehörde das Bestehen der deutschen Staatsangehörigkeit fest, so dokumentiert sie dies durch Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises (§ 1 Abs. 1

Nr. 6 in Verbindung mit dem Muster der Anlage 6 und 7 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeits-sachen).

Ergänzende Anmerkung:

Aufgrund der nunmehr verbindlichen Wirkung des Staatsangehörigkeitsausweises kommt eine Befristung seiner Gültigkeit gemäß § 2 Abs. 2 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen nicht mehr in Betracht. Die Staatsangehörigkeitsbehörde dokumentiert durch die Ausstellung des Staatsangehörigkeitsausweises, dass die deutsche Staatsangehörigkeit der betreffenden Person zum Zeitpunkt der Ausstellung besteht. Diese Feststellung wirkt auch für die Zukunft, solange nicht der Nachweis des nachträglichen Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit erbracht ist.

Bei Nichtbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit wird dies durch eine Bescheinigung der Staatsangehörigkeitsbehörde festgestellt. Eine Ausstellung in Urkundenform ist hier nicht erforderlich. Bei Feststellung auf Antrag ergeht ein Ablehnungsbescheid.

31 Zu § 31 (Personenbezogene Daten)

31.0. Allgemeines

§ 31 schafft für Staatsangehörigkeitsbehörden und Auslandsvertretungen die bereichsspezifische Rechtsgrundlage für das Erheben, Speichern, Verändern oder Nutzen personenbezogener Daten (vgl. § 3 Abs. 3 bis Abs. 5 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)).

Das Übermitteln personenbezogener Daten durch und an Staatsangehörigkeitsbehörden richtet sich nach den nachfolgenden spezialgesetzlichen Vorschriften des StAG (§§ 32 bis 34, 36, 37), soweit sich nicht Übermittlungspflichten aus anderen Gesetzen ergeben oder ausdrücklich auf das allgemeine Datenschutzrecht verwiesen ist. Sperren und Löschen per-

sonenbezogener Daten (vgl. § 3 Abs. 4 Nr. 4 und Nr. 5 BDSG) ist für den Bereich des Staatsangehörigkeitsrechtes dagegen nicht bereichsspezifisch geregelt. Hierauf sind die allgemeinen datenschutzrechtlichen Bestimmungen (BDSG bzw. Landes-Datenschutzgesetze) anzuwenden.

31.1. Zu Satz 1 (Personenbezogene Daten allgemein)

Erforderlich zur Erfüllung staatsangehörigkeitsrechtlicher Aufgaben nach dem StAG oder nach sonstigen Gesetzen sind personenbezogene Daten, wenn ihre Kenntnis für eine beabsichtigte staatsangehörigkeitsrechtliche Entscheidung oder Feststellung benötigt wird. Das Erheben von Daten auf Vorrat zu unbestimmten oder noch nicht bestimmbareren Zwecken ist unzulässig.

Staatsangehörigkeitsrechtliche Aufgaben der Auslandsvertretungen sind Beratung der Antragsteller im Ausland und Mitwirkung (z.B. Entgegennahme und Weiterleitung von Anträgen und Unterlagen) in Verfahren des Bundesverwaltungsamtes in dessen Eigenschaft als zuständiger Staatsangehörigkeitsbehörde für Auslandsfälle (§ 17 Abs. 2 StARegG).

31.2. Zu Satz 2 (Besondere Arten personenbezogener Daten)

Satz 2 schafft die ausdrückliche Rechtsgrundlage für das Erheben, Speichern, Verändern oder Nutzen bestimmter sensibler Daten zu von nationalsozialistischen Ausbürgerungen (Artikel 116 Abs. 2 des Grundgesetzes) Betroffenen. Das StAG enthält im Übrigen keine weitere ausdrückliche Rechtsgrundlage für das Erheben, Speichern, Verändern oder Nutzen sonstiger sensibler Daten. Darüber hinaus ist dieses daher nur nach den allgemeinen datenschutzrechtlichen Vorschriften (vgl. §§ 13 Abs. 2 und 14 Abs. 5 BDSG oder entsprechende Vorschriften der Landesdatenschutzgesetze) zulässig.

32 Zu § 32 (Datenübermittlung)

32.0 Allgemeines

§ 32 ist (neben § 34 und § 37 Abs. 2 Satz 2) spezialgesetzliche Regelung für das Übermitteln (vgl. § 3 Abs. 4 Nr. 3 BDSG) personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen (vgl. § 2 BDSG) an Staatsangehörigkeitsbehörden. Vor einer Datenübermittlung ist stets der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Es dürfen nur die Daten übermittelt werden, die bereits bei der mitteilungspflichtigen Stelle vorhanden sind. § 32 begründet keine Pflicht und keine Befugnis zur Datenerhebung, um einem Ersuchen oder einer Übermittlungspflicht an die Staatsangehörigkeitsbehörden nachzukommen. Es ist zwischen der Verpflichtung zur Datenübermittlung auf Ersuchen (Satz 1) und der Verpflichtung zur Datenübermittlung auch ohne vorangegangenes Ersuchen (Sätze 2 bis 4) zu unterscheiden.

32.1 Zu Absatz 1 (Übermittlungspflicht an Staatsangehörigkeitsbehörden)

32.1.1 (Auf Ersuchen)

Übermitteln öffentlichen Stellen (des Bundes und der Länder (vgl. § 2 BDSG)) personenbezogene Daten auf Ersuchen, trägt grundsätzlich die ersuchende Staatsangehörigkeitsbehörde die Verantwortung für die Zulässigkeit der Datenübermittlung. Die übermittelnde Stelle prüft nur, ob das Übermittlungsersuchen im Rahmen der Aufgaben der ersuchenden Staatsangehörigkeitsbehörde liegt, es sei denn, es bestünde besonderer Anlass zur Prüfung der Zulässigkeit (vgl. z.B. § 15 Abs. 2 Satz 2 BDSG). Bereichsspezifische Verwendungsregelungen oder Übermittlungsverbote müssen jedoch von der übermittelnden Stelle beachtet werden (siehe Nr. 32.2).

32.1.2 (Ohne Ersuchen)

Öffentliche Stellen sind verpflichtet bei ihnen vorhandene Erkenntnisse, die Auswirkungen auf Erwerb, Bestand oder Verlust der Staatsangehörigkeit Betroffener haben können, auch ohne Ersuchen an die Staatsangehörigkeitsbehörden zu übermitteln. In Betracht kommen z.B. Erkenntnisse über Straftaten, Ausweisungsgründe, Identitätstäuschungen, verfassungsfeindliche Bestrebungen usw., die u. a. bei anhängigen Einbürgerungsverfahren von Bedeutung sein können. So weisen Passbehörden auf ihnen bekannt werdende Umstände (z.B. Hinweise auf Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit ohne Beibehaltungsgenehmigung) oder andere Behörden weisen auf eine rechtskräftige Vaterschaftsanfechtung hin, die jeweils Auswirkungen auf den Bestand der Staatsangehörigkeit haben können. Soweit Meldebehörden oder Auslandsvertretungen der neue Aufenthaltsort Erklärungspflichtiger nach § 29, die bisher als unbekannt verzogen galten, bekannt wird, übermitteln sie diese Angaben den zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörden.

Bei Übermittlung ohne Ersuchen trägt die übermittelnde Stelle die Verantwortung für die Zulässigkeit der Übermittlung (vgl. § 15 Abs. 2 Satz 1 BDSG).

32.1.3 Mit den Sätzen 3 und 4 soll sichergestellt werden, dass die bei Ausländerbehörden im Rahmen des § 87 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) eingehenden Informationen unverzüglich an die Staatsangehörigkeitsbehörden weiterleitet werden, so dass einbürgerungsrelevante Umstände, wie z. B. Einleitung und Erledigung von Straf- oder Auslieferungsverfahren, in laufenden Einbürgerungsverfahren berücksichtigt werden können.

32.2 Zu Absatz 2 (Besondere gesetzliche Verwendungsregeln)

Als entgegenstehende besondere gesetzliche Verwendungsregelungen kommen beispielsweise § 203 StGB, § 30 AO, § 21 SÜG oder §

23 BVerfSchG (siehe auch § 37 Abs. 2 Satz 2 StAG) in Betracht.

33 **Zu § 33 (Register staatsangehörigkeitsrechtlicher Entscheidung)**

33.1 **Zu Absatz 1 (Entscheidungen)**

Das Register dient dem Nachweis der von den jeweils zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörden getroffenen Entscheidungen, für die entweder Urkunden nach der StAurkVwV ausgestellt oder Feststellungen nach § 30 (z.B. zum gesetzlichen Verlust der Staatsangehörigkeit) getroffen worden sind. Es erschließt der aktuell zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde den Zugriff auf solche Daten, die für die eigene staatsangehörigkeitsrechtliche Entscheidung erforderlich sind. Die Regelung in Satz 2 Nr. 3 bezieht sich nur auf den beim Bundesverwaltungsamt bereits vorhandenen Datenbestand. Die Registerbehörde Bundesverwaltungsamt führt eine Datenbank zur Erfassung und Verarbeitung der Registerinformationen und wird über ein Onlineportal Datenübermittlung und elektronische Datenabfragen für Staatsangehörigkeitsbehörden anbieten.

33.2 **Zu Absatz 2 (Datenkatalog)**

Der Datenkatalog des Absatzes 2 ist abschließend.

33.3 **Zu Absatz 3 (Übermittlungsverpflichtung)**

An das Register sind alle nach dem 27. August 2007 getroffenen Entscheidungen zu übermitteln.

Ergänzende Anmerkung:

Bis zur vollen Funktionsfähigkeit des Entscheidungsregisters und des Online-Portals gelten die von den Innenministerien und Senatsverwaltungen für Inneres der Länder festgelegten Übergangsregelungen.

Danach werden die Daten über ein Onlineportal elektronisch übermittelt

33.4 **Zu Absatz 4 (Übermittlung aus dem Register)**

Das vorgesehene elektronische Register schafft Zugriffsberechtigungen für Staatsangehörigkeitsbehörden. Für die Zulässigkeit der Datenabfrage trägt die anfragende Staatsangehörigkeitsbehörde die Verantwortung.

33.5 **Zu Absatz 5 (Mitteilungen der Staatsangehörigkeitsbehörden an Meldebehörden)**

Die Mitteilung dient der umgehenden Berichtigung der Melderegister, insbesondere auch im Hinblick auf die daraus gezogenen Wählerverzeichnisse.

34 Zu § 34 (Datenübermittlung im Optionsverfahren)

34.1 **Zu Absatz 1 (Übermittlungspflichten der Meldebehörden)**

Die Regelung orientiert sich am langjährig bewährten Verfahren der Wehrerfassung. Erst kurz vor Vollendung des 18. Lebensjahres des Erklärungspflichtigen nach § 29 übermittelt die Meldebehörde die Daten (maßgeblicher Zeitpunkt nach § 34 Abs. 1 Satz 1: bis zum 10. Tag des Vormonats) an die für den Wohnsitz zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde, die dann das Optionsverfahren (vgl. oben Nr. 29.1 f) durchführt.

Ist ein Erklärungspflichtiger nach § 29 nach Unbekannt verzogen, übermittelt die Meldebehörde die Daten an die Staatsangehörigkeitsbehörde des zuletzt gemeldeten Wohnsitzes, die dann das Optionsverfahren durchführt. Für den Fall, dass der Aufenthalt nicht ermittelt werden kann, wird der Hinweis nach § 29 Abs. 5 StAG durch diese Staatsangehörigkeitsbehörde öffentlich zugestellt (vgl. § 10 VwZustG). Nur wenn sich während des Verfahrens der Wohn-

sitz oder Aufenthalt im Zuständigkeitsbereich einer anderen Staatsangehörigkeitsbehörde sicher herausstellt, gibt die bisher zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde den Vorgang dorthin ab. Die nun örtlich zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde weist den Erklärungspflichtigen nach § 29 auf die ggf. bereits erfolgte öffentliche Zustellung hin und unterrichtet ihn über die Erklärungspflicht.

Meldet sich ein Erklärungspflichtiger nach § 29 nach der Datenübermittlung der Meldebehörde an die Staatsangehörigkeitsbehörde ins Ausland ab, gibt die bisher zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde das Verfahren zuständigkeitshalber an das Bundesverwaltungsamt ab. (Zur Zuständigkeit des Bundesverwaltungsamtes siehe Nummer 34.2). § 17 Abs. 3 StARegG bleibt unberührt.

34.2 Zu Absatz 2 (Erklärungspflichtige nach § 29, die sich ins Ausland abgemeldet haben)

Hat ein Erklärungspflichtiger nach § 29 zum maßgeblichen Zeitpunkt (§ 34 Abs. 1 Satz 1) seinen dauernden Aufenthalt im Ausland, ist das Bundesverwaltungsamt die für die Durchführung des Optionsverfahrens zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde (§ 17 Abs. 2 StARegG). Ist jemand unbekannt verzogen, kann daraus nicht geschlossen werden, dass er sich dauerhaft im Ausland aufhält und damit die Zuständigkeit des Bundesverwaltungsamtes gegeben ist. Der Auslandsverzug muss sich aus belegbaren Tatsachen ergeben.

Auch bei einem Erklärungspflichtigen nach § 29, der sich ins Ausland abgemeldet und bis zum maßgeblichen Zeitpunkt nicht wieder im Inland angemeldet hat, übermittelt die Meldebehörde die Daten erst zum maßgeblichen Zeitpunkt (§ 34 Abs. 1 Satz 1) an das Bundesverwaltungsamt. Dieses stellt den Hinweis zu und führt gegebenenfalls auch die öffentliche Zustellung im Ausland durch. Wird die Anschrift von Erklärungspflichtigen nach § 29 im Ausland bekannt, nachdem der Hinweis nach §

29 Abs. 5 bereits öffentlich zugestellt war, gilt Nr. 34.1 entsprechend.

Soweit Erklärungspflichtige nach § 29 vom Ausland her wieder zuziehen, nachdem die Meldebehörde des letzten Inlandswohnsitzes ihre Daten bereits an die zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde (vgl. Nr. 34.1) übermittelt hat, erfährt diese Meldebehörde durch das melderechtliche Rückmeldeverfahren, dass ein Erklärungspflichtiger nach § 29 wieder zugezogen ist. Gemäß ihrer Übermittlungspflicht aus § 32 Abs. 1 Satz 2 informiert sie darüber dann die von ihr beteiligte Staatsangehörigkeitsbehörde (des letzten gemeldeten Inlandswohnsitzes bzw. Bundesverwaltungsamt). Diese gibt das Verfahren an die für den neuen inländischen Wohnsitz zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde ab.

35 Zu § 35 Rücknahme einer rechtswidrigen Einbürgerung oder Beibehaltungsgenehmigung

§ 35 enthält spezial-gesetzliche Regelungen zur Rücknahme von rechtswidrigen Verwaltungsakten nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz, soweit diese zum Verlust die deutsche Staatsangehörigkeit führen (siehe Nummer 17). Dabei handelt es sich nur um Einbürgerungen und Beibehaltungsgenehmigungen. Bei anderen Verwaltungsakten nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz, deren Rücknahme für die Vergangenheit nicht automatisch zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit führt, sind die allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetze für die Rücknahme anwendbar, z.B. bei der Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit (siehe Nr. 30.1). Im Übrigen bleibt die Anwendung von verwaltungsverfahrenrechtlichen Regelungen außerhalb der Spezialregelung des § 35 unberührt, z.B. bei der Einziehung von Urkunden (vgl. § 52 Verwaltungsverfahrensgesetz).

35.1 Zu Absatz 1 (Rücknahmevoraussetzungen)

In Absatz 1 sind die Rücknahmevoraussetzungen abschließend genannt. Sie entsprechen im Wesentlichen den Voraussetzungen in § 48 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 und 2 Verwaltungsverfahrensgesetz mit der Besonderheit dass nach § 35 Abs. 1 die unrichtigen oder unvollständigen Angaben **vorsätzlich** abgegeben sein müssen. Es kann daher Überschneidungen mit Fällen der arglistigen Täuschung geben. Die Angaben müssen auch **wesentlich** für den Erlass der Einbürgerung oder Beibehaltungsgenehmigung gewesen sein. Wäre die Entscheidung auch in Kenntnis der wahren Sachlage so getroffen worden, kann die Angabe nicht als wesentlich eingestuft werden.

Die Entscheidung über die Rücknahme steht im Ermessen der zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich in diesen Fällen nach § 27 i.V.m. § 17 des

Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit. Danach ist die Behörde zuständig, in deren Bereich der von der Rücknahme Betroffene seinen dauernden Aufenthalt hat, unabhängig davon welche Behörde die Entscheidung über die Einbürgerung oder Beibehaltungsgenehmigung getroffen hatte. Hat der Betroffene seinen dauernden Aufenthalt im Ausland, ist das Bundesverwaltungsamt für die Rücknahme zuständig.

Bei der Ermessensentscheidung sind die Gründe für die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes mit den Rechten der betroffenen Person (deren schutzwürdige Belange) abzuwägen. Zu beachten ist jedoch, dass die betroffene Person keinen Vertrauensschutz genießt, weil die Fehlerhaftigkeit der Einbürgerung bzw. Beibehaltungsgenehmigung in ihrer Sphäre liegt. In der Regel führt daher die Ermessensentscheidung zur Rücknahme (intendiertes Ermessen). Jedoch ist auch in diesen Fällen der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz stets zu beachten. Es ist daher zu prüfen, ob besondere Gründe auf Seiten der betroffenen Person vorliegen, die im Rahmen der Interessenabwägung ausnahmsweise ein Abweichen von der Regel rechtfertigen. Ein solcher Grund könnte zum Beispiel sein, wenn der Betroffene durch die Rücknahme nicht nur seine deutsche Staatsangehörigkeit, sondern auch sein Amt als Beamter, seine Zulassung als Arzt, sein Mandat als gewählter Abgeordneter verliert. Die Gründe müssen mit dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit im Zusammenhang stehen. Soziale Härten kommen daher als Abwägungskriterien nur in Betracht, wenn deren Linderung ausschließlich deutschen Staatsangehörigen zugute käme.

35.2 Zu Absatz 2 (Staatenlosigkeit)

Absatz 2 enthält wegen Art. 16 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz eine besondere Konkretisierung der Abwägung im Rahmen des Ermessens. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Mai 2006 – BvR 669/04 – steht

eine mit der Rücknahme eintretende Staatenlosigkeit der Rücknahme nicht entgegen (BVerfG, StAZ 2006, 200, 204 ff). In der Regel hindert die drohende Staatenlosigkeit daher nicht die Rücknahme. Ausnahmen sind nur in wenigen Fällen einer mit der Staatenlosigkeit verbundenen, über die bloße Rechtsfolge hinausgehende Härte für die betroffene Person denkbar. Ermessenserwägungen sind aber bei drohender Staatenlosigkeit stets anzustellen (vgl. BVerwG, Urteil vom 3.6.2003 – 1 C 19.02).

Auch in Fällen eines mit der Rücknahme verbundenen Verlustes der Unionsbürgerschaft (Art. 17 Abs. 1 EGV) sind hierzu Ermessenserwägungen anzustellen (vgl. BVerwG, Urteil vom 3.6.2003 – 1 C 19.02). In diesen Fällen tritt auch mit der Rücknahme der Einbürgerung regelmäßig Staatenlosigkeit ein, da es sich hier um frühere Angehörige von anderen EU-Staaten handelt, die in Deutschland eingebürgert worden sind und dabei ihre frühere Staatsangehörigkeit entweder aufgegeben haben oder aufgrund des Rechts des anderen EU-Staates verloren haben. Da die frühere Staatsangehörigkeit nicht mehr besteht, verlieren die Betroffenen mit der deutschen Staatsangehörigkeit auch ihre Unionsbürgerschaft, die sie schon vor der Einbürgerung in Deutschland besessen hatten. Aber auch dieser Verlust steht einer Rücknahme in der Regel nicht entgegen.

35.3 Zu Absatz 3 (Rücknahmefrist)

Die Frist von fünf Jahren nach Bekanntgabe der Einbürgerung oder Beibehaltungsgenehmigung (Aushändigung der Urkunde) gilt absolut. Auf die Kenntnis der Behörde kommt es nicht an. Nach Ablauf von fünf Jahren können Einbürgerungen oder Beibehaltungsgenehmigungen **nicht** mehr zurückgenommen werden.

35.4 Zu Absatz 4 (zeitliche Wirkung der Rücknahme)

Eine Einbürgerung oder eine Genehmigung zur Beibehaltung der Staatsangehörigkeit darf nur mit Wirkung für die Vergangenheit (*ex tunc*) zurückgenommen werden. Eine Rücknahme für die Zukunft (*ex nunc*) ist **nicht** zulässig.

35.5 Zu Absatz 5 (Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes gegenüber betroffenen Dritten)

Absatz 5 regelt die Rücknahme einer rechtswidrigen Einbürgerung oder Beibehaltungsgenehmigung gegenüber mitbetroffenen Dritten (zum Beispiel miteingebürgerte Ehegatten und Kinder). Auch bei der Miteinbürgerung (§ 10 Abs. 2) führt die Rücknahme der rechtswidrigen Einbürgerung des Hauptbetroffenen trotz der bestehenden Akzessorietät und der daraus folgenden Rechtswidrigkeit der Miteinbürgerung nicht automatisch zur Rücknahme der (Mit-)Einbürgerung des Ehegatten oder der Kinder.

Daher sind für jede betroffene Person eine eigene Rücknahmeentscheidung und eigene Ermessenserwägungen anzustellen. Dabei wiegt auch gegenüber dritten betroffenen Personen das öffentliche Interesse an der Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände auf dem Gebiet des Staatsangehörigkeitsrechts schwer.

In Absatz 5 Satz 2 ist das Ermessen gegenüber Dritten näher konkretisiert:

Haben dritte Personen (z. B. Ehegatte, ältere Kinder) an der Erschleichung der Einbürgerung bzw. Beibehaltungsgenehmigung mitgewirkt oder wussten sie davon, so entfällt der Vertrauensschutz. Schutzwürdige Belange der Betroffenen können in diesen Fällen - wie beim Hauptbetroffenen - nur bei in der Person liegenden besonderen Gründen berücksichtigt werden.

Waren die dritten Personen an der Erschleichung der Einbürgerung bzw. Beibehaltungsgenehmigung **nicht** beteiligt, so sind außerdem noch folgende schutzwürdige Belange dieser Personen abzuwägen:

- inzwischen erworbener eigener Einbürgerungsanspruch,
- Grad der Integration in Deutschland,
- bei minderjährigen Kindern Beachtung des Kindeswohls.

Bei Beachtung des Kindeswohls gilt:

- Kinder unter fünf Jahren teilen regelmäßig das staatsangehörigkeitsrechtliche Schicksal ihrer Eltern.
- Je älter und selbständiger das Kind ist, um so mehr ist auch die eigene Integration in Deutschland (Schul-, Berufsausbildung, deutsches Umfeld) zu berücksichtigen und abzuwägen.

36 Zu § 36 Einbürgerungsstatistik

36.1 Zu Absatz 1 (Erhebungskriterien; Bundesstatistik)

§ 36 Abs. 1 ordnet an, dass über die Einbürgerungen jährliche Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt werden. Die Vorschrift gilt für alle Einbürgerungstatbestände (§§ 8 bis 16, 40b und 40c).

36.2 Zu Absatz 2 (Erhebungsmerkmale)

Die Erhebungsmerkmale sind in Absatz 2 Nr. 1 bis 8 abschließend beschrieben.

36.3 Zu Absatz 3 (Hilfsmerkmale)

Die in den Nummern 1 bis 3 bezeichneten Angaben sind Hilfsmerkmale der Erhebungen und dienen der technischen Durchführung. Die Angaben zu Name und Telekommunikationsnummern der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sind freiwillig (Absatz 4 Satz 4).

36.4 Zu Absatz 4 (Auskunftspflicht)

Absatz 4 sieht vor, dass die für die Einbürgerung zuständigen Behörden nach den Maßgaben der Absätze 1 bis 3 die Auskünfte den zu-

ständigen statistischen Ämtern der Länder jeweils zum 1. März des Folgejahres zu erteilen haben. Das schließt nicht aus, dass Auskünfte bereits vorab sukzessive erteilt werden.

36.5 Zu Absatz 5 (Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen)

Absatz 5 regelt die Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen der Einbürgerungsstatistik an die fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden durch das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder. Die Tabellen dürfen auch Felder enthalten, die nur mit einem einzigen Fall besetzt sind (so genannte Tabelleneins). Die Übermittlung solcher Tabellen ist auf bestimmte Zwecke beschränkt, und zwar für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Planungszwecke. Eine Verwendung für eine Regelung von Einzelfällen ist nicht zulässig.

37 Zu § 37 Verfahrensvorschriften

37.1 Zu Absatz 1 (Handlungsfähigkeit, Mitwirkungspflicht)

Der Verweis auf § 80 Abs. 1 und 3 des Aufenthaltsgesetzes betrifft die Handlungsfähigkeit Minderjähriger. Der Verweis auf § 82 Abs. 1 und 2 des Aufenthaltsgesetzes betrifft die Mitwirkungspflicht des Betroffenen. Mit dem Verweis auf § 82 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes wird geregelt, dass die Behörde das persönliche Erscheinen des Betroffenen anordnen kann, sofern dies erforderlich ist, zum Beispiel zur Überprüfung der für die Einbürgerung erforderlichen Sprachkenntnisse.

37.2 Zu Absatz 2 (Regelanfrage)

Ergänzende Anmerkung:

Durch das Zuwanderungsgesetz neu aufgenommene Regelung.

Bei Einbürgerungsbewerbern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, überprüfen die Staatsangehörigkeitsbehörden vor einer Einbürgerung die Voraussetzungen des § 11 durch eine Anfrage bei den zuständigen Verfassungsschutzbehörden. Zu diesem Zweck übermitteln sie den Verfassungsschutzbehörden die erforderlichen Daten (vergleiche Nummer 32. 1 und 32.2).

38 Zu § 38 Gebühren

38.1 Zu Absatz 1 (Kostenpflicht)

Absatz 1 regelt den Grundsatz der Kostenpflicht für Amtshandlungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten.

Die Kostenpflicht wird im Einzelnen in § 38 Abs. 2 und 3, in § 21 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet, in der Staatsangehörigkeits-Gebührenverordnung sowie im Verwaltungskostengesetz geregelt.

Ergänzende Anmerkung:

Nach Aufhebung des Ausländergesetzes finden für die Gebührenerhebung bei Anspruchseinbürgerungen die Regelungen des § 38 sowie der Staatsangehörigkeits-Gebührenverordnung Anwendung.

38.2 Zu Absatz 2 (Einbürgerungsgebühren)

Nach Satz 2 und 3 sind folgende staatsangehörigkeitsrechtlichen Entscheidungen nach dem StAG generell gebührenfrei:

1. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 5;
2. die Einbürgerung von ehemaligen Deutschen, die durch Eheschließung mit einem Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben;
3. die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit

nach § 29 Abs. 6 und nach § 30 Abs. 1 Satz 3 und
4. die Erteilung der Beibehaltungsgenehmigung nach § 29 Abs. 4.

38.3 Zu Absatz 3 (Verordnungsermächtigung)

Von der Verordnungsermächtigung in Absatz 3 hat das Bundesministerium des Innern mit der Staatsangehörigkeits-Gebührenverordnung Gebrauch gemacht.

Ergänzende Anmerkung:

§ 2 Staatsangehörigkeits-Gebührenverordnung (Gebührenbemessung in Einbürgerungsangelegenheiten) ist durch Artikel 20 des Sechsten Euro-Einführungsgesetzes vom 3. Dezember 2001 (BGBl. I, S. 3306) aufgehoben worden.

38a Zu § 38a Urkunden

§ 38a legt fest, dass lediglich Staatsangehörigkeitsurkunden nicht in elektronischer Form ausgestellt werden dürfen. Im Übrigen ist elektronischer Rechtsverkehr in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten zulässig.

Ergänzende Anmerkung:

§ 38a ist seit dem 1. Februar 2003 infolge des Dritten Gesetzes zur Änderung verwaltungsverfahrensrechtlicher Vorschriften vom 21. August 2002 (BGBl. I, S. 3322) in Kraft.

39 Zu § 39

Nicht belegt.

Ergänzende Anmerkung:

§ 39 (Erlass von Verwaltungsvorschriften) ist durch das Zuwanderungsgesetz aufgehoben worden.

40 Zu § 40

Nicht belegt.

Ergänzende Anmerkung:

§ 40 (Rekurs) ist durch das Zuwanderungsge-
setz aufgehoben worden.

**40a Zu § 40a Überleitung als Deutscher ohne
deutsche Staatsangehörigkeit im
Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des
Grundgesetzes**

**40a.1 Zu Satz 1 (Überleitung von Statusdeutschen im
Allgemeinen)**

Wer mit Beginn des 1. August 1999 Status-
deutscher war, hat in diesem Zeitpunkt kraft
Gesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit er-
worben, auch wenn er keinen Aufenthalt im In-
land hatte.

**40a.2 Zu Satz 2 (Spätaussiedler, nichtdeutsche Ehe-
gatten und Abkömmlinge)**

Für einen Spätaussiedler, seinen nichtdeut-
schen Ehegatten und seine Abkömmlinge im
Sinne des § 4 des Bundesvertriebenengesetzes
wird neben dem Besitz der Deutscheneigen-
schaft am 1. August 1999 vorausgesetzt, dass
ihnen spätestens am 31. Juli 1999 eine Be-
scheinigung gemäß § 15 Abs. 1 oder Abs. 2 des
Bundesvertriebenengesetzes erteilt worden ist.
Wird die Bescheinigung gemäß § 15 Abs. 1
oder Abs. 2 des Bundesvertriebenengesetzes
später erteilt, kommt ein Erwerb der deutschen
Staatsangehörigkeit nach Maßgabe des § 7 in
Betracht, vergleiche Nummer 7.

Abkömmlinge im Sinne des § 40a Satz 2 sind
nur solche im Sinne des § 7 Abs. 2 des Bun-
desvertriebenengesetzes, die in einen Aufnah-
mebescheid einbezogen worden sind. Kinder,
die ihre Deutscheneigenschaft von einem Spät-
aussiedler, seinem nichtdeutschen Ehegatten
oder seinem Abkömmling im Sinne des § 4 des
Bundesvertriebenengesetzes ableiten (insbe-
sondere durch Geburtserwerb entsprechend
§ 4) fallen daher nicht unter Satz 2. Sie haben

die deutsche Staatsangehörigkeit nach Maßga-
be des § 40a Satz 1 erworben.

**40b Zu § 40b Übergangsregelung für Kinder bis
zum zehnten Lebensjahr**

Kinder, die am 1. Januar 2000 das zehnte Le-
bensjahr noch nicht vollendet hatten und bei ih-
rer Geburt die Voraussetzungen des § 4 Abs. 3
erfüllt und die deutsche Staatsangehörigkeit
durch Geburt im Inland erworben hätten, erhal-
ten einen bis zum 31. Dezember 2000 geltend
zu machenden Einbürgerungsanspruch, wenn
die Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 bei der
Einbürgerung immer noch vorliegen. § 40b
findet entsprechende Anwendung, wenn der
maßgebliche Elternteil vor der Einbürgerung
die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat.

Ein am 1. Januar 1990 geborenes Kind hat am
1. Januar 2000 das zehnte Lebensjahr vollendet
und den Anspruch nicht erworben. Für ein spä-
ter geborenes Kind, das im Laufe des Jahres
2000 das zehnte Lebensjahr vollendet hat, gilt
die Antragsfrist bis zum 31. Dezember 2000.

Ist die Einbürgerung bereits vor dem 1. Januar
2000 beantragt worden, kann das Einbürge-
rungsverfahren nach § 40b fortgeführt werden,
wenn der Antragsteller dies wünscht. Die Ein-
bürgerungsbehörde soll einen entsprechenden
Hinweis erteilen.

Auch die nach § 40b eingebürgerten Kinder,
die eine ausländische Staatsangehörigkeit be-
sitzen, unterliegen der Erklärungsfrist nach
§ 29.

Die Gebühr für die Einbürgerung beträgt 255
Euro (§ 38 Abs. 2 Satz 1).

**40c Zu § 40c Übergangsregelung für Einbürge-
rungsbewerber**

Nach der durch das Richtlinienumsetzungsge-
setz neu eingefügten Übergangsregelung finden
für Einbürgerungsbewerber, die bis zum
30. März 2007 ihren Antrag auf Einbürgerung

gestellt haben, die §§ 8 bis 14 und 40c in der vor dem 28. August 2007 geltenden Fassung Anwendung, soweit diese für den Einbürgerungsbewerber günstiger sind.

41 Zu § 41 Ausschluss von Abweichungsmöglichkeiten der Länder

Die §§ 30 bis 34 und 37 Abs. 2 sind sog. abweichungsfeste Regelungen des Verwaltungsverfahrens, von denen wegen eines besonderen Bedürfnisses nach bundeseinheitlicher Regelung (Artikel 84 Abs. 1 Satz 5 des Grundgesetzes) nicht durch landesgesetzliche Regelungen abgewichen werden darf. Von den materiellrechtlichen Regelungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes kann aufgrund der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Artikel 73 Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes) ohnehin durch Landesgesetz nicht abgewichen werden.

Ergänzende Anmerkung:

Die bisherige Regelung des § 41 zum Inkrafttreten des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes ist verbraucht und ist durch die neue Regelung des § 41 mit dem Richtlinienumsetzungsgesetz ersetzt worden.

42 Zu § 42 Strafvorschrift

Die Strafvorschrift ist der Strafbestimmung in § 98 des Bundesvertriebenengesetzes nachgebildet. Der Tatbestand der Strafvorschrift entspricht im Wesentlichen den Voraussetzungen für die Rücknahme nach § 35 Abs. 1 2. Alternative ohne jedoch die Beibehaltungsgenehmigung einzubeziehen. Täter ist nicht nur, wer selbst unrichtige oder unvollständige Angaben macht, sondern auch, wer diese benutzt. Weiterhin ist Täter auch derjenige, der für einen anderen eine Einbürgerung erschleicht. Diese Tatbestände spielen vor allem eine Rolle bei der Täuschung über die Unterhaltsfähigkeit. Eine vergleichbare Strafvorschrift jedoch mit

geringerem Strafraum enthält § 95 Abs. 2 Nr. 2 des Aufenthaltsgesetzes.

Die Strafvorschrift kann sowohl neben der Rücknahme der Einbürgerung nach § 35 als auch isoliert angewandt werden, z.B. wenn eine Rücknahme nach Abwägung der Ermessensgründe nicht in Betracht kommt.